

Preussische Allgemeine



Nr. 8 · 23. Februar 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €



Die nächste Abspaltung

Mit der Gründung der WerteUnion als Partei verlieren CDU und CSU abermals treue Mitglieder – und gewinnen eine neue Konkurrentin hinzu Seite 3



Osmanen Als der sunnitische Islam führerlos wurde Seite 10



Albertina Erinnerung an den Mediävisten Herbert Grundmann Seite 23

FOTOS: PAT/THOMAS BANNAYER; LIBRARY OF CONGRESS; BILDARCHIV OSTPREUSSEN

VON RENÉ NEHRING

Dieser Tod hätte nicht geschehen dürfen. Als vergangenen Freitagmittag die Nachricht vom Ableben des russischen Bloggers und Aktivisten Alexej Nawalnyj die Medien erreichte, stellte sich angesichts des Alters von nur 47 Jahren umgehend die Frage nach der Todesursache. Je nach Einstellung zum regierenden Regime in Moskau überwogen zwei Deutungen: zum einen die Annahme, dass Nawalnyj ohne Fremdeinwirkung an den Folgen seiner Haft gestorben sei, zum anderen die Mutmaßung, dass der Inhaftierte auf höheres Geheiß hin ermordet wurde.

Für beide Möglichkeiten gibt es plausible Indizien: für die erste, dass Nawalnyj seit seiner Inhaftierung für den Kreml ungefährlich war, für die zweite der zeitliche Ablauf – dass nämlich die Todesnachricht in dem Moment die Runde machte, in dem der ukrainische Präsident Selenskyj in Berlin weilte, um eine Sicherheitsvereinbarung mit Deutschland (und anschließend mit Frankreich) zu unterzeichnen, die die Ukraine weiter an den Westen heranrückt. Hinzu kommt, dass zum gleichen Zeitpunkt Nawalnyjs Frau Julia auf der Münchner Sicherheitskonferenz weilte, um dort an das Schicksal ihres Mannes zu erinnern. Demnach wäre Nawalnyjs Tod eine Botschaft des Kreml an den Westen, nach dem Motto: „Wenn ihr uns zu nahe kommt, rächen wir uns an euren Verbündeten.“

Die Verantwortung liegt beim Kreml

Selbstverständlich sind dies keine Beweise, doch werfen nicht zuletzt die von Medien gezeigten, mutmaßlich am Vortag entstandenen Bilder, die einen zwar abgemagerten, doch agilen Nawalnyj zeigen, Fragen auf, warum der dort zu sehende Mann kurz darauf aus dem Leben schied. Verdächtig ist nicht zuletzt das Verhalten der russischen Strafverfolgungsbehörden, die bis dato die Herausgabe des Leichnams an die Familie verweigerten.

Letztendlich geht der Tod des Kremlkritikers so oder so auf das Konto der Moskauer Führung. Ein Staat, der einen Menschen für eine bestimmte Anzahl von Jahren einsperrt, hat die Pflicht, diesen Menschen nach Verbüßung seiner Strafe freizulassen – und ist bis dahin für die Gesundheit des Inhaftierten verantwortlich. Es ist vor allem dieser Aspekt des Falls Nawalnyj, mit dem das Russland von heute sogar hinter die Sowjetunion nach Stalin zurückfällt. Diese ging weiß Gott nicht zimperlich mit Dissidenten wie Wladimir Bukowski, Andrej Sacharow, Natan Schcharanski oder Alexander Solschenizyn um – doch überlebten diese ihre Haft in den Kerkern des Archipel Gulag.

Ein schwerer Schlag ist Nawalnyjs Tod auch für jene im Westen, die – aus familiären, ökonomischen, humanitären oder einfach nur realpolitischen Gründen – trotz des Ukrainekriegs dafür plädierten, nicht alle Bindungen nach Russland zu kappen, und daran erinnerten, dass dieses Land zu groß und zu bedeutsam ist, um es auf Dauer ignorieren zu können. Nun steht zu befürchten, dass hierzulande künftig noch weniger zwischen dem Land und seiner politischen Führung unterschieden und jedes noch so gute Argument für die Aufrechterhaltung notwendiger Beziehungen zu einem Plädoyer für ein Regime umgedeutet werden dürfte, in dem politische Gefangene unter zweifelhaften Umständen zu Tode kommen.

Allerdings sollte sich niemand im Westen allzu sehr moralisch erheben. Just in diesen Tagen verhandelte ein Londoner Gericht über die Auslieferung des Journalisten und Aktivisten Julian Assange an die Vereinigten Staaten (der Ausgang war bis Redaktionsschluss nicht bekannt). Assange hatte im März 2010 auf der von ihm gegründeten Onlineplattform WikiLeaks geheime Dokumente des US-Militärs veröffentlicht, die zahlreiche amerikanische Kriegsverbrechen im Irak und in Afghanistan dokumentieren.

Kein Grund zur Erhebung im Westen

Die Anklage gegen Assange fordert ein Strafmaß von 175 Jahren auf der Grundlage des „Espionage Acts“ von 1917. Dieser wurde jedoch, wie der Name sagt, für Spionage zu Zeiten des Ersten Weltkriegs verabschiedet, nicht für Enthüllungsjournalismus. Weshalb denn auch Journalisten wie Bob Woodward, Seymour Hersh oder Carl Bernstein, die unter anderem die Pentagon-Papiere, das Massaker von My Lai oder den Watergate-Skandal aufdeckten, davon unbehelligt blieben. Doch obwohl im Falle Assange ein offenkundiger Rechtsbruch geplant ist – anders als die Whistleblower Bradley/Chelsea Manning und Edward Snowden hat er keine Dienstgeheimnisse verraten –, schweigt die westliche Öffentlichkeit weitgehend zu diesem Fall.

Noch stiller ist es um den amerikanischen prorussischen Blogger Gonzalo

Lira. Dieser lebte seit 2012 in Charkiw und ergriff in seinen Beiträgen – auch nach der Eroberung der Krim 2014 – Partei für Russland. Daraufhin geriet er wiederholt in den Gewahrsam des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU. Seit Monaten verschwunden, meldeten im Januar dieses Jahres mehrere Medien den Tod Liras in einem ukrainischen Gefängnis oder Krankenhaus. Auch hier wäre es wünschenswert, dass westliche Medien und Politiker auf eine Aufklärung des Falles drängen, und sei es auch nur, um einen ungeheuren Verdacht aus der Welt zu schaffen gegen ein Land, das viele Stimmen eher heute als morgen in der westlichen Bündnisgemeinschaft sehen.

Doch nicht nur diese Fälle sollten den Westen zur Vorsicht mahnen, sondern auch die klassischen Gebote der Außenpolitik. Noch immer sitzen in russischen Gefängnissen zahlreiche politische Gefangene. Die Menschenrechtsorganisation Memorial Deutschland nannte Ende 2023 in einer Aufstellung die Zahl von 631, darunter die Journalisten Wladimir Karamusa und Iwan Safronow, der Kommunalpolitiker Alexej Gorinow sowie der Menschenrechtsaktivist Oleg Orlow.

Ihrem Schicksal sollte fortan – neben dem generellen Bemühen, den Krieg zu beenden und alle Wege zu einem friedlicheren Miteinander zu suchen – die vermehrte Aufmerksamkeit der westlichen Öffentlichkeit gelten.

POLITIK

Konsequenzen aus dem Fall Alexej Nawalnyj

Der Tod des russischen Dissidenten erregt zu Recht die Gemüter. Doch auch im Westen gibt es Fälle zweifelhaften Umgangs mit unliebsamen Journalisten

IN DIESER AUSGABE

Politik

Im Gerangel um das PCK Schwedt nutzt Warschau die deutsche Notlage aus Seite 5

Kultur

Eine Reise auf den Spuren Erich Kästners aus Anlass seines 125. Geburtstags Seite 9

Das Ostpreußenblatt

In Allenstein sind neue Straßenbahnlinien in Betrieb genommen worden Seite 13

Lebensstil

Im chinesischen Mondkalender hat ein Drache das Regiment übernommen Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Digitalwährung In 120 Staaten arbeiten Regierungen und Notenbanken mit Nachdruck an der Einführung digitaler Zentralbankwährungen – Der digitale Euro wird voraussichtlich zwischen 2026 und 2028 eingeführt

Wenn aus Geld „Big Brother“ wird

Die Erfahrungen aus Ländern wie Schweden, wo kaum noch Bargeld im Umlauf ist, zeigen die Gefahren

VON MICHAEL BRÜCKNER

Das schwierige Jahr 2023 befand sich auf der Zielgeraden, als Bundesbankvorstand Burkhard Balz in einer Rede an der Hannoveraner Börse noch einmal richtig Zuversicht verbreitete. „Wir haben mit dem digitalen Euro die Möglichkeit, nicht nur Zeugen, sondern Mitgestalter der Zukunft zu sein. Diese Chance sollten wir nutzen“, so der fast schon schwärmerische Appell des Bundesbankers. Die Frage ist freilich, ob die Bürger diese angebliche Chance wirklich als solche begreifen. Denn der digitale Euro ist ein CBDC. Dieses Akronym steht für Central Bank Digital Currency, also digitales Zentralbankgeld, wie es derzeit in zahlreichen Staaten entweder schon eingeführt wurde oder aber – wie in Europa – vorbereitet wird. In der öffentlichen Wahrnehmung spielen CBDCs bislang kaum eine Rolle. Und wenn, dann halten viele diese Digitalwährung für eine Art Bitcoin, also eine Kryptowährung, die von den Notenbanken emittiert wird. Dabei sind die CBDCs alles andere als „krypto“.

Kontrolle und Überwachung

Als der Bitcoin 2009 auf den Markt kam und ihm in den Jahren darauf viele andere Kryptowährungen folgten, glaubten die meisten Notenbankler und Finanzpolitiker, dies sei kaum mehr als ein Spielzeug für Digital-Nerds. Doch bald setzte sich die Erkenntnis durch: Die Kryptowährungen waren gekommen, um zu bleiben. Und wenn man dem Produkt eines lästigen Konkurrenten nicht erfolgreich Paroli bieten kann, ahmt man es einfach nach. Nichts anderes schlug Ben Broadbent, ein hochrangiger Beamter der Bank of England, in einem Vortrag an der London School of Economic im Jahr 2016 vor. Seine Ausführungen elektrisierten die Zuhörer: Digitalwährungen, herausgegeben von den Notenbanken, dazu noch programmierbar, das ist nicht nur ein potentielles staatliches Kontroll- und Überwachungsinstrument, sondern auch ein weiterer Schritt zur Diskriminierung oder Abschaffung des Bargelds.

Notenbankler wie Burkhard Balz verbreiten zwar unermüdlich, das Bargeld in Form von Scheinen und Münzen bleibe in jedem Fall erhalten, auch nach Einfüh-

rung des digitalen Euros. Aber den kritischen Bürger wird das mit Blick auf Schweden kaum beruhigen. Denn in diesem EU-Land, wo man selbst den Besuch einer öffentlichen Bedürfnisanstalt nur mit Karte zahlen kann, ist zwar noch Bargeld im Umlauf. Aber die Verbraucher können immer weniger damit anfangen. Cash wird diskriminiert und ist in den meisten Restaurants und Läden unerwünscht.

CBDCs seien eine weitere Zahlungsalternative – eben digitales Bargeld, dafür aber weniger volatil als der Bitcoin und die anderen Kryptowährungen, wird uns erzählt. Doch es gibt einen entscheidenden Unterschied zwischen CBDCs und den nicht-staatlichen Kryptos: Die führenden Digitalwährungen wie der Bitcoin basieren auf der dezentralen Blockchain-Technologie. Das heißt, alle über diese Blockchain getätigten finanziellen Transaktionen sind dezentral auf unterschiedlichen Rechnern parallel gespeichert. Durch Verschlüsselungstechniken wird den Nutzern weitgehende Anonymität ge-

währt. Anders verhält es sich bei den CBDCs, die über eine zentrale Blockchain direkt von den betreffenden Notenbanken gesteuert werden.

Ein anonymer Zahlungsvorgang, wie beim Einsatz von Bargeld, ist dann nicht mehr möglich. Zudem sind digitale Zentralbankwährungen programmierbar. Die Möglichkeiten, die eine solche Währung bietet, muten geradezu dystopisch an. Zum Beispiel könnte zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes den Menschen ein gewisses CO₂-Kontingent zugewiesen werden. Ist es aufgebraucht, wären etwa keine Flugbuchungen mit der digitalen Zentralbankwährung mehr zahlbar.

Gefährliche Achillesfersen

Doch Gefahren gehen letztlich von allen Digitalwährungen aus, zumal wenn sie das Bargeld ersetzen oder zumindest zurückdrängen sollen. Sogar die schwedische Nationalbank warnte jüngst vor einer kompletten Bargeld-Abschaffung. Gerade in Krisenzeiten brauche man Bar-

geld. Dazu komme die Gefahr, dass elektronisches Geld durch Stromausfälle, Hackerangriffe und Computer-Zusammenbrüche gefährdet sei. Auch der österreichische Nationalbank-Gouverneur Robert Holzmann, der in seiner Funktion dem EZB-Rat angehört, hat seinen Landsleuten empfohlen, weiter auf Bargeld zu setzen. Er warnte vor einem großflächigen Stromausfall. Der Blackout werde kommen, die Frage sei nur wann, sagte Holzmann in einem Interview mit der österreichischen Tageszeitung „Kurier“.

Der schwedische Sicherheitsexperte und ehemalige Interpol-Chef Björn Eriksson schließlich skizzierte ein Szenario, das zu denken geben müsste: „Sagen wir, Putin würde Schweden überfallen. Alles, was er machen muss, wäre unser digitales Zahlungssystem abzuschalten“, sagte Eriksson vor einiger Zeit dem britischen „Guardian“. Klassische Kryptos wie der Bitcoin sind dabei ebenso gefährdet wie digitale Zentralbankwährungen. Cash ist also nicht nur fesch, sondern auch sicher.



Von Bankvorständen als Zahlungsmittel der Zukunft gepriesen: Das digitale Zentralbankgeld CBDC soll das Bargeld ersetzen – bei den Bürgern kommt es jedoch weniger gut an
Foto: Mauritius/Skorzewiak/Alamy

WIDERSTAND

Wo Menschen CBDCs die kalte Schulter zeigen

Digitale Währungen haben ein Akzeptanzproblem – Weltweit schätzen Menschen die Anonymität des Bargelds

In über 120 Staaten arbeiten Regierungen und Notenbanken an digitalen Zentralbankwährungen (CBDCs). Der digitale Euro wird voraussichtlich zwischen 2026 und 2028 in den Euro-Staaten eingeführt. Anfang November vergangenen Jahres hat der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) eine auf zwei Jahre angelegte Vorbereitungsphase beschlossen.

In anderen Ländern sind CBDCs schon Realität, auch wenn die Menschen dort alles andere als glücklich mit diesem digitalen Geld sind. Die chinesische Führung begann bereits vor Jahren damit, die Bevölkerung zu einer weitgehend bargeldlosen Gesellschaft umzuerziehen, doch dies erwies sich bei der Einführung des digitalen Yuan als

Akzeptanzproblem. Warum sollen wir, so fragten sich viele Chinesen, mit digitaler Zentralbankwährung bezahlen, wenn es günstigere Anbieter wie WeChat Pay oder Alipay gibt? Also wurden die Menschen zu ihrem „Glück“ gezwungen: Im Frühjahr 2023 erhielten die Beamten in der 1,5-Millionen-Einwohnerstadt Changshu ihre Bezüge in digitalen Yuan. Im öffentlichen Nahverkehr, in Apotheken, Supermärkten und bei der Begleichung von Wasser- und Gasrechnungen wurde eine Zahlung in digitaler Zentralbankwährung verlangt.

In Nigeria ist die eNaira zunächst krachend gescheitert. Als erster Staat in Afrika wollte Nigeria eine CBDC einführen. Im Oktober 2021 war es soweit. Die eNaira

wurde als ein wichtiger Schritt zur Inklusion der Menschen in das Finanzsystem gefeiert. Allein – die Bürger sahen das offenkundig ganz anders. Nur 0,5 Prozent der in Nigeria lebenden Menschen nutzen die eNaira. Die meisten schätzen die Anonymität des Bargelds. Doch das will die Regierung in der Hauptstadt Abuja ihnen abgewöhnen. In den letzten Monaten wurde das Bargeld verknappt. Außerdem gelten für Bargeldabhebungen geringe Limits und hohe Gebühren.

Auf den Bahamas ging im Jahr 2020 mit dem Sand Dollar die erste digitale Zentralbankwährung an den Start. Doch der Stolz der Verantwortlichen währte nicht lange. Durch den Zusammenbruch der Krypto-

In China wurden die Menschen zu ihrem „Glück“ gezwungen. Im Frühjahr 2023 erhielten die Beamten in der 1,5-Millionen-Einwohner-Stadt Changshu ihre Bezüge in digitalen Yuan

währungsbörse FTX geriet auch die digitale Zentralbankwährung in eine prekäre Situation. Die Bürger des kleinen Landes begrüßten die digitale Währung nicht eben enthusiastisch. Den Stündenbock für diesen Fehlstart hatten die Verantwortlichen schnell ausgemacht – wieder einmal Corona.

Auf wenig Gegenliebe stieß die digitale Zentralbankwährung (JAM-DEX) auf Jamaica, die im Juni 2022 als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt wurde. In den Monaten danach luden nur etwa drei Prozent der Bevölkerung die erforderliche App herunter. Seither wird auch dort von Regierungseite mehr oder minder sanfter Druck auf die Menschen ausgeübt, die ungeliebte Digitalwährung zu akzeptieren. M.B.

BITCOIN & CO.

Digitalwährungs-Glossar

„Digitalwährungen“ ist der Oberbegriff. Doch darunter sind zahlreiche höchst unterschiedliche Produkte zu finden. Anfang des Jahres gab es weltweit über 8200 Kryptowährungen.

Der bekannteste und älteste Kryptoto ist der Bitcoin, der am 3. Januar 2009 auf den Markt kam. Entwickelt wurde diese Digitalwährung von einer Person oder einer Gruppe unter dem Pseudonym Satoshi Nakamoto.

Sehr rasch kamen weitere Kryptos hinzu; sie werden als Altcoins bezeichnet (das „Alt“ steht für alternativ). Vereinfacht ausgedrückt, sind Altcoins alle Kryptos, die nach dem Bitcoin kamen, zum Beispiel Namecoin oder Litecoin.

Hohe Volatilität

Von Anfang an wies der Bitcoin-Preis eine hohe Volatilität, also Schwankungsbreite, auf. Dies hält viele Anleger davon ab, in diese Digitalwährung zu investieren, obgleich die Wertentwicklung des Bitcoins in manchen Phasen – zum Beispiel im vergangenen Jahr – durchaus spektakulär war. Sogenannte Stablecoins sind an Währungen wie den US-Dollar oder Euro gebunden; das soll die Volatilität verringern. Dies gelingt nicht immer. Anfang des Jahres etwa geriet der True-USD in Turbulenzen. Weitere Beispiele für Stablecoins: Tether, Binance USD und Euro Coin.

Goldgedeckte Stablecoins sind – wie der Name schon vermuten lässt – an den Goldpreis gekoppelt. Beispiele: Perth Mint Gold Token, Digix Global und Tether Gold.

Digitale Zentralbankwährungen (CBDCs) werden von den Zentralbanken emittiert – zum Beispiel der geplante digitale Euro. Der Wert von goldgedeckten CBDCs orientiert sich am internationalen Goldpreis. Anfang Oktober vergangenen Jahres ließ die Reserve Bank of Zimbabwe ein goldgedecktes CBDC zu (Zimbabwe Gold ZiG). Auch die BRICS-Staaten wollen eine goldgedeckte Zentralbankwährung einführen. Dadurch soll eine De-Dollarisierung der Weltwirtschaft erreicht werden. M.B.

Eine Union für die Konservativen

Mit der WerteUnion verlieren CDU und CSU abermals langjährige und treue Mitstreiter. Das bürgerliche Lager in Deutschland ist nunmehr ähnlich zersplittert, wie man es bislang nur von der linken Seite des politischen Spektrums kannte

VON WERNER J. PATZELT

Nun ist es also geschehen. Die CDU wird von einem Teil ihrer einst „Treuesten der Treuen“ verlassen. Doch zur Partei wurde die WerteUnion am letzten Sonnabend nicht etwa deshalb, weil sie das unbedingt wollte. Seit ihrer Gründung im Jahr 2017 war es der einzige Wunsch der WerteUnion, als Teil der Unionsfamilie die CDU wieder zur Vertretung jener inhaltlichen Positionen zu veranlassen, die dieser Partei zwischen 1953 und 1994, sowie dann noch einmal 2013, Stimmenanteile von 40 und mehr Prozent eingebracht hatten. Gerade um auf einen entsprechenden Kurswechsel hinzuwirken, hatte die WerteUnion bei der CDU-Mitgliederbefragung von 2021 für Friedrich Merz Werbung gemacht.

Doch die CDU wollte diesen Beitrag zu einer Neuausrichtung nicht, obwohl entlang dem politischen Kurs der Vorsitzenden Merkel die Stimmenanteile von noch 35,2 Prozent im Jahr 2005 auf bloß mehr 24,1 Prozent im Jahr 2021 abgesunken waren. Anscheinend hielt eine Mischung aus Vorsicht angesichts der weiterhin von Merkelianern dominierten Parteigremien sowie politischer Risikoscheu den neuen Vorsitzenden davon ab, sich von einer Projektionsfläche der Merkel-Gegner zum wirklich die CDU reformierenden Volkstribunen zu wandeln. Doch womöglich sind die WerteUnion und ihr Chef eine Art Bauernopfer, das Merz zu erbringen hatte, um den konservativ orientierten Entwurf des kommenden Grundsatzprogramms zur Parteitagmehrheit zu verhelfen. Im schlimmsten Fall fehlt Merz es weiterhin an Einsicht in den Wert einer solchen Re-Pluralisierung der CDU, dank welcher neben den ökologischen, sozialen und liberalen Wurzeln der Partei auch deren konservative Wurzel neu austreiben könnte. Jedenfalls gaben CDUler die WerteUnion als die „AfD in der CDU“ aus, nannten sie beifallsheischend ein „Krebsgeschwür“ und überzogen ihren Vorsitzenden Maaßen mit einem Parteiauschlussverfahren.

Die zweite Parteigründung als Folge der Ära Merkel

Dass nun also der CDU weitere Konkurrenz erwächst, hat niemand anderes als diese Partei sich selbst zuzuschreiben. Im Grunde wurde Angela Merkel zum Gründungsanlass von gleich zwei der Union abträglichen Parteien. Der AfD bahnte sie den Weg mit ihrer Eurozonen- und Migrationspolitik, und die demonstrative Geringschätzung von Konservativen zeugte gleichsam die WerteUnion. Dass dieser die Abspaltung von der CDU regelrecht aufgezwungen wurde, ist umso tragischer, als die jetzige Maaßen-Partei doch nichts anderes sein will als die „ideelle und programmatische Nachfolgerin“ der klassischen Unionsparteien.

Falls Maaßen und seine Mitstreiter es schaffen sollten, woran der AfD-Gründer Lucke scheiterte, nämlich eine Unterwanderung durch Rechtsradikale, Querulanten oder Quertreiber zu verhindern, dann könnte die WerteUnion durchaus das inzwischen begonnene Sperrfeuer von Medien, Merkelianern und „Kämpfern gegen Rechts“ überstehen. Und wenn ihr überdies Selbstdisziplin dahingehend gelänge, dass ihre Verantwortungsträger alle als demagogisch oder radikal skandalisierbaren Äußerungen unterließen, dann gäbe es sehr wohl Chancen darauf, sich zwischen Union und AfD zu behaupten und anschließend in das eine oder andere Parlament zu gelangen. Weil nicht zu erwarten ist, dass die CDU ausgerechnet ohne die WerteUnion wieder zur einst zwischen politischer Mitte und rechtem Narrensaum dominierenden Partei wird, könnte einem poli-



Aufbruch überzeugter Christdemokraten: Am vergangenen Sonnabend wurde auf einem Bonner Rheindampfer – der Ort wurde als Reminiszenz an die alte Bundesrepublik gewählt – die Partei WerteUnion gegründet

Foto: pa

tischen Erfolg der WerteUnion dann nur noch eine AfD im Wege stehen, die sich vertrauenserschütternd zu einer normalen Partei entwickelte. Doch darauf ist kein Verlass.

Das Ende der Sammlung aller Bürgerlichen in einer Partei

Im Grunde haben Merkel und ihre Nachhut jene große politische Leistung Konrad Adenauers und Ludwig Erhards ruiniert, die Helmut Kohl noch zu sichern verstand. Das war die Zusammenfassung aller nicht-linken politischen Kräfte Deutschlands, sofern diese sich unter kulturchristlichem Gestaltungsanspruch zusammenschließen wollten. Die erste Integrationsleistung der Union bestand tatsächlich darin, den politischen Konfessionalismus zu überwinden. Das verlieh der Union so lange große Resonanz und Durchsetzungsstärke, wie das Christentum in Deutschland Gestaltungskraft besaß und die Kirchen eine andere Rolle spielten als die, sozialdemokratische und grüne Gestaltungsziele christlich zu verpacken.

Die zweite große Integrationsleistung der Union bestand darin, dass sie sich der Einbindung der Millionen von Geflüchteten und Vertriebenen in das seit 1949 von ihr regierte Staatswesen annahm. Ihnen soziale Absicherung und Lebensperspektiven zu bieten, band sehr viele von ihnen an die Union. Auch das Beharren der Unionsparteien auf dem „Recht auf Heimat“ samt der Vision einer Wiedervereinigung des zerstückelten Deutschland verstetigten diese Bindung. Alle Flüchtlingsparteien wie den „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ saugte die Union jedenfalls auf und machte sie politisch entbehrlich.

Ferner zerschlug das Bundesverfassungsgericht schon 1952 dem revisionistisch-rechtsradikalen Teil der Deutschen seine politische Partei, nämlich die (national-) „Sozialistische Reichspartei“. Nicht-extremistisch Rechtsstehende fanden hingegen lange Zeit auch in der FDP ihre politische Heimat. In Deutschland entstand jedenfalls kein generationenübergreifend wachsendes

Protestpotential wie jenes unter den Palästinensern nach Gründung des Staates Israel, obwohl es gewaltige demographische Um-schichtungen gegeben hatte.

Die dritte Integrationsleistung der Union bestand darin, einestheils in langjährigen Koalitionen mit der FDP die politisch-christlichen Strömungen Deutschlands mit der traditionell anti-kirchlichen Tradition des Liberalismus zusammenzuführen. Den Orientierungsrahmen dafür hatte der Union ihre programmatische Anverwandlung des Ordoliberalismus verschafft. Andernteils wurde in der – gegen vielerlei Vorbehalte geschaffenen – ersten, damals noch wirklich „Großen Koalition“ auch ein nennenswerter Teil von deutschen Linken der Vorstellung nähergebracht, die Union wäre nicht nur ein aus vielen Gründen zu bekämpfender Gegner, sondern könne auch ein wünschenswerter Partner beim Streben nach allseits gemeinwohldienlicher Politik im Rahmen einer wirklich sozialen Marktwirtschaft sein.

Anbandelung mit den Grünen

Allerdings misslang es der Union aus mannigfachen Gründen, trotz eigener ökologischer Politikansätze mit den Grünen lange Zeit anders als mit Abscheu umzugehen. Das hing natürlich mit auch linksradikalen Herkunft der Gründergeneration dieser Partei zusammen, ferner mit ihrer scharfen Ablehnung jeder friedlichen Nutzung der Kernenergie, die damals noch gemeinsames Credo von Union und SPD war, desgleichen mit der grünen Weigerung, jene Sicherheitspolitik des SPD-Kanzlers Schmidt mitzutragen, die von der Union so gut wie vollumfänglich unterstützt wurde. So entstand jener Riss im deutschen Parteiensystem, dem entlang sich SPD und Grüne bald als Träger eines gemeinsamen gesellschaftlichen Transformationsprojekts zusammenfanden.

Weil sich die Union diesem Projekt widersetzte und darin mit der AfD eine – am besten als „Anti-Grünen-Partei“ zu verstehende – Nachfolgerin fand, wucherte dieser Riss zum jetzt alles überwältigenden kulturel-

Im Grunde haben Merkel und ihre Nachhut jene große politische Leistung Konrad Adenauers und Ludwig Erhards ruiniert, die Helmut Kohl noch zu sichern verstand. Das war die Zusammenfassung aller nicht-linken politischen Kräfte Deutschlands, sofern diese sich unter kulturchristlichem Gestaltungsanspruch zusammenschließen wollten

len Großkonflikt zwischen links-grün „Woken“ und rechts-nichtgrün Unerweckten. In diesem Konflikt vertrat die Union eine gemeinsame Gegenposition ein letztes Mal unter Helmut Kohl. Die zunehmende mediale und akademische Hegemonie von Grünen und Sozialdemokraten entzog dieser Gegenposition alsbald ihre machtpolitische Grundlage. Zugleich wurde Deutschlands „bürgerliches Lager“ durch das Aufkommen der AfD gespalten, auch wegen der rein ausgrenzenden Reaktion der Union, obwohl ihre neue Konkurrenz großenteils den eigenen Reihen entstammte.

Verwalten der Macht anstatt für traditionelle Grundsätze zu streiten

Unter Angela Merkel versuchte die Union ohnehin nicht länger, die deutsche Bürgerschaft zu integrieren, sondern passte sich lieber selbst in deren Segment zwischen rechter und linker Mitte ein. Zugleich nahm es die Union hin, dass der Begriff „rechts“ zu einem Synonym für nicht nur „rechtspopulistisch“, sondern auch für „rechtsradikal“ und gar „rechtsextrem“ ausgeweitet wurde. Also fühlte es sich für CDU-Politiker immer unangenehmer an, wenn sie den Begriff „rechts“ auf sich bezogen fanden.

Deshalb wandelte man sich nicht nur semantisch zu einer Partei allein der „Mitte“, sondern gab außerdem den politischen Willen auf, weiterhin auch klar Rechte – über deren Bindung an die Union – ins respektierte Staatsvolk zu integrieren. Ansonsten folgte die CDU bald schon dem Vorsatz, andauernde Regierungsmacht sich durch wechselnde Bündnisse mit SPD und Grünen zu sichern. Diese Bündnisse braucht sie auch, seit der Aufstieg der AfD sie nachhaltig schwächte – und für eine Zusammenarbeit mit der AfD absichtlich keinerlei Brücken gebaut wurden.

Missachtung aller Warnsignale

Leider begriff die CDU das Aufkommen der AfD auch nicht ernsthaft als Warnsignal hinsichtlich von europa- und migrationspolitisch neu aufgetretenen Herausforderungen, die es nun durch Nach- und Neujustierungen deutscher Politik zu bestehen gelte. Vielmehr betrachtete man die AfD schlicht als „illegitimen“ Mitbewerber, den es zu schneiden gelte. Auch versuchte man den Zugriff der neuen Konkurrenz auf bisheriges CDU-Wählerpotential nicht durch eigenes Eingehen auf dessen – womöglich sogar vernünftige – Politikwünsche abzuriegeln. Vielmehr setzte man auf klarkantige Trennstriche und Brandmauern. Dabei wurde zum Konsens, dass fortan ein „Lager der Demokraten“ – Linke, Grüne, SPD, FDP und ein Großteil der Union – dem „Lager der Antidemokraten“ gegenüberstünde, angeführt von der AfD und aufgefüllt mit den „allzu Konservativen“ der Union.

Falls man dadurch die AfD kleinbekommen wollte, scheiterte dies offensichtlich. Stattdessen vertiefte man so nur die gesellschaftliche Polarisierung – und brachte die Union inzwischen auch noch um die Wählerschaft der WerteUnion. Deshalb ist das „bürgerliche Deutschland“ fortan ebenso aufgesplittert und zerstritten wie seit langem das „linke“ Deutschland. Spannungsgeladene Koalitionen, womöglich auch Minderheitsregierungen, werden die Folge sein. Wie schade, dass politische Kurzsichtigkeit die CDU an der Fortführung ihrer einst staatsdienlichen Integrationsleistung hinderte!

● Prof. Dr. Werner J. Patzelt war von 1991 bis 2019 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Systemvergleich an der TU Dresden und ist derzeit Forschungsdirektor des Mathias Corvinus Collegiums in Brüssel. Zu seinen Werken gehört „PEGIDA. Warnsignale aus Dresden“ (Thelem 2016) und „Ungarn verstehen“ (Langen Müller 2023).
wjpatzelt.de

● MELDUNGEN

Demo von links unterwandert

München – Mehrere Politiker kritisierten nach der „Lichtermeer“-Demonstration Ende Januar in München die Einbindung von „Fridays for Future“ als Mitveranstalter. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) beklagte grundsätzlich, dass Demos gegen Rechtsextremismus teilweise durch Linksextremisten unterwandert seien. Sein Kabinettskollege von der CSU, Georg Eisenreich, hat zwar an der Demonstration im Januar teilgenommen, äußerte allerdings ebenfalls Kritik. „Wie von mir schon im Vorfeld befürchtet, sind Fridays for Future und radikale Einzelpersonen als Organisatoren einer solchen Demo ungeeignet“, so der Justizminister. Für Diskussionen hatte schon im Vorfeld der Demonstration gesorgt, dass auch Vertreter vom Antifa Stammtisch München und Antifa NT auf der Rednerliste standen. H.M.

EMA löscht Meldungen

Amsterdam/Brüssel – Die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) scheint mehrere zehntausend Meldungen über Nebenwirkungen der Corona-Impfstoffe aus ihrer Datenbank gelöscht zu haben. Das hat die französische Programmiererin Catherine Theilhet berichtet. Unter anderem verschwanden Meldungen über 14.969 Fälle von Myokarditis (Herzmuskentzündung), 11.424 Fälle von Perikarditis (Herzbeutelentzündung), 7295 Fälle von Embolie, 7079 Fälle von Thrombose, 2827 Fälle von Blindheit und 2282 Fälle von Taubheit. Auf eine diesbezügliche Anfrage von Theilhet antwortete die EMA, ihre Datenbank sei „lebendig“, was Änderungen „normal“ mache. Deswegen haben die Europaabgeordneten Marcel de Graaff (Forum voor Democratie) aus den Niederlanden, wo die EMA sitzt, sowie Bernhard Zimniok und Joachim Kuhs (beide AfD) nun sowohl die EU-Kommission als auch die EMA aufgefordert, „zu diesem Vorgang Stellung zu nehmen“. Eine Reaktion hierauf steht noch aus. W.K.

Kinder häufiger sprachgestört

Hannover – Aus einer Datenauswertung der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH) geht hervor, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen zwischen sechs und 18 Jahren mit Sprachstörungen während des Zeitraumes von 2012 bis 2022 um fast sechs Zehntel gestiegen ist. Damit sind nun knapp jeder zehnte Junge und jedes 15. Mädchen betroffen. Besonders dramatisch fiel die Zunahme der Sprachstörungen bei den 15- bis 18-Jährigen mit 144 Prozent aus. Als Hauptursache für diese Entwicklung vermutet die KKH die zunehmende Nutzung von digitalen Geräten, die zu einem immer stärkeren Rückgang der direkten mündlichen Kommunikation geführt habe. Die Corona-Maßnahmen mit ihren Kontaktverboten hätten in dieser Situation wie ein „Brandbeschleuniger“ gewirkt. Die KKH warnt davor, das Problem auf die leichte Schulter zu nehmen, denn die Sprache sei ein unverzichtbarer Grundpfeiler der Entwicklung jedes Kindes und der Schlüssel zur Welt. W.K.



Schaffen es kaum, Ukrainer in Arbeit zu bringen: Beratungszentren für ukrainische Flüchtlinge

Foto: ddp images/Jens Krick

UKRAINE-FLÜCHTLINGE

Bürgergeld fließt ins Ausland

Friedrich-Ebert-Stiftung: In anderen Ländern sind weit mehr Ukrainer in Arbeit

VON BODO BOST

Bald sind es zwei Jahr seit dem Beginn des russischen Angriff auf die Ukraine, der die größte Flüchtlingswelle in Europa seit der Vertreibung der Deutschen auslöste. Nach Angaben von Eurostat genossen im November 2023 rund 4,2 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine vorübergehend Schutz in der EU. Sie sind sehr ungleich auf die Mitgliedstaaten verteilt.

Führend bei der Aufnahme ist Deutschland mit 1.235.960 Ukrainern. Es folgen Polen mit 955.110, Tschechien mit 369.330, Spanien mit 192.665, Bulgarien mit 169.845, Italien mit 161.500, Rumänien mit 144.295, die Niederlande mit 143.615, die Slowakei mit 113.110, Irland mit 99.415, Österreich mit 82.610, Litauen mit 74.450, Belgien mit 73.705, Frankreich mit 65.175, Finnland mit 63.485, Portugal mit 58.490, Lettland mit 43.565, Schweden mit 43.125, Däne-

mark mit 36.065, Estland mit 35.885, Ungarn mit 33.720, Griechenland mit 26.675, Kroatien mit 22.900, Zypern mit 19.080, Slowenien mit 8710, Luxemburg mit 4175 und Malta mit 1955 Flüchtlingen.

In Dänemark arbeiten laut einem Bericht der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung 78 Prozent der ukrainischen Flüchtlinge und in Holland 65 Prozent. In Deutschland gibt es zeitlich unbefristete Unterstützungszahlungen, zumeist als Bürgergeld. In Polen wird staatliche Unterstützung nur für 120 Tage gewährt sowie für Arbeitsunfähige. Dort gehen 65 Prozent der ukrainischen Flüchtlinge einer Beschäftigung nach. Obwohl es in Deutschland einen großen Mangel an Fachkräften gibt, arbeiten dort auch zwei Jahre nach dem Kriegsbeginn erst 17 Prozent der Ukraine-Flüchtlinge. Das allein sollte bereits genügen, um einen Zusammenhang zwischen Sozialleistungen und Arbeitswilligkeit zu sehen.

Dass trotz geringerer Sozialleistungen Ukrainer statt nach Deutschland in ostmitteleuropäische Länder gegangen sind, hängt mit den dortigen Sprachverhältnissen zusammen und mit russischen Schulen, die es beispielsweise im Baltikum noch zur Genüge gibt. Denn die meisten Flüchtlinge stammen aus dem russischsprachigen Osten und Süden der Ukraine.

Ukrainer zieht es nach Deutschland

Deutschland ist eines der wenigen Länder mit ständig steigenden Flüchtlingszahlen aus der Ukraine. Polen hat bereits seit Februar 2022 mehr als die Hälfte seiner Flüchtlinge aus dem Nachbarland an andere EU-Länder abgegeben, vermutlich wegen der Begrenzung der Sozialleistungen. Interessant ist auch, dass trotz fast einer Million Visazusagen aus Kanada nur 185.753 ukrainische Schutzsuchende dorthin gegangen sind. Auch in Kanada sind die Integrationsleistungen zeitlich befris-

tet und, wie in den USA, von privaten Sponsoren abhängig.

Die Experten vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) interpretieren die Beschäftigungsquote von 17 Prozent der ukrainischen Flüchtlinge in Deutschland dagegen als Erfolg, denn damit liegen die Ukrainer noch vor den Asylsuchern der großen Fluchtwelle von 2015/16, obwohl diese Asylsucher zu 80 Prozent männlich und jung, während die Ukrainer zu 80 Prozent weiblich und älter waren. Bereits im Oktober 2023 rechnete Finanzminister Christian Lindner (FDP) vor, dass Ukrainer 5,5 bis sechs Milliarden Euro Bürgergeld erhielten und nur wenige Millionen Steuern zahlten.

Das staatliche polnische Wirtschaftsinstitut erwartete dagegen für das Jahr 2023 flüchtlingsbezogen mehr Steuereinnahmen als Staatsausgaben. Auch für Tschechien war die Flüchtlingsaufnahme aus der Ukraine ein Gewinngeschäft, weil die „Flüchtlinge schnell Arbeit gefunden“ hätten. Der deutsche Landkreistag forderte im vergangenen Jahr für Neuankommlinge aus der Ukraine oder aus anderen EU-Ländern eine Rückstufung in das Asylbewerberleistungsgesetz, der „Job-Turbo“ des Arbeitsministers verpuffte im Bürgergeld.

Bürgergeld auch bei Rückkehr

Weil es Innenministerin Nancy Faeser (SPD) abgelehnt hatte, die ankommenden ukrainischen Flüchtlinge ordentlich zu registrieren, und die Ukrainer unmittelbar Zugang zum Bürgergeld erhielten, da sie den Flüchtlingsstatus automatisch bekamen, war die Versuchung groß, sich auch bei Rückkehr in die Heimat nicht abzumelden. Davon haben schon einige Gasteltern von privat untergekommenen Kriegsflüchtlingen berichtet, die merkten, dass ihre Mitbewohner plötzlich für einige Monate verschwanden. Einladungen in die Jobcenter sind zwar auch bei arbeitslosen Ukrainern möglich, finden aber bei Überlastungen des Amtes auch mit Asylsuchern nur sehr sporadisch statt.

Ebenso ist das oft erhebliche Vermögen der Kriegsflüchtlinge wie bei den Asylsuchern für deutsche Behörden praktisch nicht zu ermitteln. Tür und Tor für Missbrauch stehen offen, während die eigenen Bürger zunehmend kontrolliert und geschröpft werden. Andere Länder sind Deutschland weit voraus, wie die Zahlen der Friedrich-Ebert-Stiftung beweisen, die der Soziologe Dietrich Thränhardt erstellt hat. Aber offenbar liest man in der SPD nicht einmal mehr eigene Studien.

SACHSEN

Brandanschlag auf einen Bauern in Oelsnitz

Parolen mit Drohungen deuten auf eine vorsätzliche Tat hin – Politiker reagieren zurückhaltend

Offenbar müssen jetzt nicht nur AfD-Politiker, sondern auch Bauern, die gegen den Klima-, Bürokratie- und Steuerirrsinn von Bundesregierung und EU demonstrieren, mit heimtückischen Anschlügen rechnen. Darauf deutet ein Vorfall im sächsischen Vogtlandkreis in der Nacht vom 10. zum 11. Februar hin.

Zwischen 1 und 3 Uhr ging der Traktor auf dem Hof des Landwirtschaftsbetriebes von Carsten Schulze in der Oberen Hauptstraße von Oelsnitz in Flammen auf. Als die Feuerwehr mit 85 Einsatzkräften eintraf, explodierten die Reifen des Fahrzeuges und der Brand griff auf einen Sattelzug, einen Gülle-Anhänger und einen Pkw über. Nach 60 Minuten war das Feuer gelöscht, allerdings saß Schulze nun auf einem Sachschaden von rund einer halben Million Euro.

Sogleich stellte sich heraus, dass hier eine vorsätzliche Brandstiftung beziehungsweise politisch motivierte Tat vorlag. Denn an der Wand von Schulzes

Scheune prangte die Parole „Schluss mit Blockade. Sonst brennt alles“. Darüber hinaus waren an mehreren Autos in der Umgebung die Scheiben eingeschlagen.

Die Polizeidirektion Chemnitz übernahm die Ermittlungen wegen Brandstiftung, Sachbeschädigung und Störung des öffentlichen Friedens durch die Androhung von Straftaten. Dann schaltete sich auch der Staatsschutz ein. Derzeit liegen jedoch noch keinerlei Erkenntnisse über die Täter vor, welche über das mutmaßliche Motiv der Einschüchterung demonstrierender Landwirte hinausgehen.

85.000 Euro an Spenden

Allerdings scheint der Brandanschlag die Protestbereitschaft der Bauern in der Region eher weiter anzufachen und zu verstärkter Rückendeckung durch die örtliche Bevölkerung zu führen. Noch am Nachmittag der Tat bildeten Landwirte, Unternehmer und Bürger einen Solidaritäts-Autokorso aus 200 Fahrzeugen, der

langsam durch Oelsnitz rollte. Dabei gab sich Schulze kämpferisch und unbeindruckt: „Auch wenn es vielen nicht passt: Ich werde mich weiter an den Bauernprotesten beteiligen. Meine Berufskollegen stehen mir bei.“ Und gegenüber der Zeitung „Freie Presse“ sagte er: „Manche verstehen nicht, warum wir auf der Straße sind. Eigentlich kämpfen wir auch für diese Leute mit.“ Dem folgte die Aussage, man müsse jetzt „hart bleiben“.

Unterstützung dürfte Schulze vom Verband Land schafft Verbindung (LsV) erhalten. Dieser verurteilte den Anschlag auf Schärffste: „Es darf und es kann nicht sein, dass Leute, die auf die Straße gehen, die wahrscheinlich auch eine andere Meinung haben, ob berechtigt oder vielleicht auch unberechtigt, sich deswegen um ihre betriebliche Existenz oder vielleicht sogar um ihre Familien fürchten müssen.“ Dem folgte die Forderung nach „einem klaren Zeichen von der gesamten Gesellschaft“.

Hilfe freilich blieb wie in ähnlich gelagerten Fällen aus. Deshalb erklärte der agrarpolitische Sprecher der AfD im Sächsischen Landtag, Jörg Dornau: „Ich finde es unsäglich, dass es zu diesem hinterhältigen Anschlag keinerlei Stellungnahmen von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer, Innenminister Armin Schuster und vom grünen Agrarminister Wolfram Günther gibt. Es wäre von der Staatsregierung zu erwarten, dass sie sich hinter die Bauern stellt und Möglichkeiten aufzeigt, wie der Schaden behoben werden kann ... Offenbar ist der Anschlag auf protestierende Bauern, die in den Medien oft als rechtsgerichtet bezeichnet werden, nicht verurteilungswürdig.“

Hilfe erhielt Schulze dahingegen von Freunden, welche umgehend eine Spendenkampagne auf der Internet-Plattform GoFundMe initiierten. Diese erbrachte bislang schon 85.000 Euro.

Wolfgang Kaufmann

ENERGIEPOLITIK

Polen setzt den Hebel an

Im Gerangel um die PCK-Raffinerie scheint Warschau die deutsche Notlage geschickt auszunutzen

VON HERMANN MÜLLER

Der Bau der Gaspipeline Nord Stream 2 war von regelmäßigen Warnungen polnischer Politiker begleitet, Russland könnte seine Energielieferungen nach Deutschland irgendwann als politische Waffe nutzen. Beim Übernahmepoker um die PCK-Raffinerie im brandenburgischen Schwedt drängt sich nun allerdings immer mehr der Eindruck auf, dass es Polens Führung ist, die Energielieferungen als Druckmittel missbraucht.

Polens halbstaatlicher Orlen-Konzern wird immer wieder als Interessent genannt, der bei der Raffinerie die Anteile des bisherigen russischen Mehrheitsaktionärs Rosneft übernehmen will. Robert Habecks Wirtschaftsministerium hat den Rosneft-Anteil im September 2022 unter Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur gestellt. Begründet hatte die Ampel-Regierung diesen Schritt mit dem Argument, dass im Großraum Berlin-Brandenburg die Versorgungssicherheit mit Mineralölprodukten gesichert werden müsse.

Gleichwohl war es Bundeskanzler Olaf Scholz, der Ende Mai 2022 einen freiwilligen Verzicht auf russische Öllieferungen verkündete. Mit diesem Schritt war es die Ampel-Regierung selbst, welche die Versorgungssicherheit auf eine wacklige Grundlage stellte und der Raffinerie ihre bisherige Geschäftsgrundlage entzog. Die Raffinerie war seit fast 60 Jahren über eine Pipeline mit russischem Rohöl versorgt worden. Bis die Bundesregierung vom Unternehmen den Verzicht auf russische Öllieferungen erzwingen wollte, gehörte Schwedt zu den wettbewerbsfähigsten Raffinerien in Europa.

Moskaus Reaktion auf Enteignung

Eine Klage von Rosneft gegen die Treuhandverwaltung des Bundes hatte das Bundesverwaltungsgericht im Frühjahr vergangenen Jahres zurückgewiesen. Dabei hatten die Richter jedoch deutlich gemacht, dass es mit der Zeit verfassungsrechtlich immer schwieriger werde, eine weitere staatliche Verwaltung der Raffinerie zu rechtfertigen.

Laut einem Bericht der US-Nachrichtenagentur Bloomberg rückt nun tatsächlich die Enteignung des Mehrheitseigners



Setzt auf Enteignung: Wirtschaftsminister Robert Habeck bei einer Diskussion in Schwedt

Foto: imago/Funke Foto Services

Rosneft näher. Geht der Bund diesen Schritt, muss er sich allerdings auf Schadenersatzforderungen gefasst machen. Ein Verkaufsangebot von Rosneft soll die Bundesregierung abgelehnt haben: „Die Bundesregierung setzt auf eine Enteignung“, so das „Handelsblatt“.

Russlands Regierung hat für den Fall einer Enteignung Rosnefts bereits Gegenmaßnahmen angekündigt. Dabei könnte die bisherige Hauptversorgungsleitung der PCK-Raffinerie, die Druschba-Pipeline, eine Rolle spielen. Bereits vergangenes Jahr hat die Bundesregierung mit Kasachstan Öllieferungen für Schwedt vereinbart. Knackpunkt dieser Vereinbarung ist allerdings, dass diese Lieferungen über russisches Gebiet laufen. Realistischerweise muss davon ausgegangen werden, dass Moskau bei einer Enteignung Rosnefts die Weiterleitung kasachischer Öls einstellt.

Andere Lieferwege, über die Schwedt ausreichend mit Öl versorgt werden kann, fehlen. Die Ertüchtigung einer bereits bestehenden kleinen Pipeline zum Rostocker

Hafen könnte frühestens Mitte 2026 abgeschlossen sein. Obendrein hat die EU-Kommission noch immer nicht entschieden, ob sie rund 400 Millionen Euro an staatlicher Beihilfe für diesen Ausbau genehmigt. Ohne den Ausbau reicht die Kapazität der Rostocker Pipeline aber nicht für einen rentablen Betrieb der riesigen Anlage in Schwedt.

Abhängig vom Danziger Hafen

Kurzfristig realisierbar wäre eine Zusatzversorgung der Raffinerie über die bestehende Pern-Pommern-Pipeline vom Danziger Hafen. Diese Variante hat trotz einer polnischen Absichtserklärung gegenüber Minister Habeck allerdings bislang nicht wie erhofft funktioniert. So gab es im vergangenen Jahr Meldungen, dass Schiffe mit Öl für Schwedt im Danziger Hafen abgewiesen wurden. Begleitet war dies von Fragen der polnischen Seite über „die langfristig angestrebte Eigentümerstruktur der PCK-Raffinerie“.

Ins Bild passt, was Bundeswirtschaftsminister Habeck unlängst bei ei-

nem Besuch in Warschau verkündete. Habeck sagte, die Versorgung der Raffinerie würde sich bei einer Enteignung des russischen Eigentümers vermutlich verbessern. In Warschau hat der Grünen-Politiker angedeutet, dass Polen nach einer Enteignung mehr Rohöl über den Danziger Hafen nach Schwedt liefern würde. Konkret soll Polen zugesichert haben, die Versorgung aus Kasachstan innerhalb von zwei Wochen zu ersetzen, sollte diese stocken.

Wachsen würde damit allerdings auch die Abhängigkeit der Raffinerie von der Versorgung über den Danziger Ölhafen. Folgerichtiger Abschluss der maßgeblich von Habeck vorangetriebenen Entwicklung beim Unternehmen PCK Schwedt dürfte dann auch der Einstieg des polnischen Orlen-Konzerns bei der viertgrößten deutschen Raffinerie sein – als Preis für die Lieferungen aus Danzig. Eine Entscheidung über die Enteignung des bisherigen Mehrheitseigentümers erwarten Beobachter noch in diesem März.

JUSTIZ

Zweifel an Unparteilichkeit eines Richters

Der Jurist soll im Gerichtssaal Wahlwerbung für die Grünen gemacht haben

Durch das Grundgesetz wird Richtern in Deutschland garantiert, dass sie „unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen“ Recht sprechen können. Im Gerichtssaal wird von Richtern allerdings auch erwartet, dass sie sich nicht parteipolitisch exponieren. Ein Bericht der „Berliner Zeitung“ über eine Verhandlung am Berliner Amtsgericht hat beim Berliner CDU-Politiker Alexander J. Hermann nun aber Zweifel an der politischen Unabhängigkeit eines Richters aufkommen lassen. Im Raum steht sogar der Verdacht, ein Richter habe kurz vor der Wiederholung der Bundestagswahl in Berlin im Gerichtssaal Wahlwerbung für eine bestimmte Partei gemacht.

Anlass ist der Bericht der Zeitung über eine Verhandlung gegen eine Aktivistin der „Letzten Generation“, die am 6. Februar vor dem Berliner Amtsgericht

stattgefunden hat. Vorgeworfen wurde der Klimaaktivistin, dass sie Weihnachten 2022 daran beteiligt war, die Spitze eines Weihnachtsbaumes abzuschneiden. Zudem war sie an mehreren Straßenblockaden der „Letzten Generation“ in Berlin beteiligt. Der Amtsrichter verurteilte die Frau zu 40 gemeinnützigen Arbeitsstunden.

Für öffentliches Aufsehen haben vor allem Äußerungen gesorgt, die der Amtsrichter in seiner Urteilsbegründung gemacht hat. Laut der „Berliner Zeitung“ sagte der Amtsrichter: „Persönlich kann ich Sie verstehen, juristisch, denke ich, ist es eine Straftat.“ Zudem soll sich der Richter aber auch noch parteipolitisch geäußert haben: „Ich hoffe, dass es bald andere Wahlergebnisse gibt. Vor allem im Blick auf die Grünen hoffe ich, dass sie sich bald mehr durchsetzen können.“

Laut dem Bericht folgte vom Amtsrichter der Satz: „Ich wünsche Ihnen alles Gute. Folgen Sie Ihrem Gewissen.“

CDU-Politiker fordert Aufklärung

Hermann, der als rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus fungiert, forderte inzwischen die Senatsverwaltung für Justiz auf, den Vorgang „dringend zu prüfen“ und zu klären, ob diese Aussagen tatsächlich so gemacht wurden. Laut dem Abgeordneten muss auch dringend geklärt werden, ob „seitens der Staatsanwaltschaft ein Befangenheitsantrag gestellt oder Rechtsmittel eingelegt wurden“.

Für bundesweites Aufsehen gesorgt hat inzwischen auch eine Verhandlung gegen Klimaaktivisten, die am 15. Februar vor dem Amtsgericht Hannover stattgefunden hat. In dem Prozess gegen mehre-

re Aktivisten ging es um Vorwürfe der Sachbeschädigung und des Hausfriedensbruchs. In der Berichterstattung aufgegriffen hatten Medien den Prozess vor allem, weil sich einer der Angeklagten entschuldigte hatte, dass er wegen einer Urlaubsreise nicht zum Verhandlungstermin erscheinen könne.

Unter der Überschrift „Klima-Krimineller schwänzt Prozess für Kreuzfahrt!“ berichtete „Bild“, dass es sich bei der Urlaubsreise um eine Fahrt auf einem dieselgetriebenen Kreuzfahrtschiff nach Norwegen gehandelt haben soll. Wie die Zeitung ebenfalls berichtete, stellte die Richterin das Verfahren gegen den Klimaaktivisten gegen eine Geldauflage in Höhe von 300 Euro ein, „zugunsten der Umweltorganisation BUND“. Richterin Pinski: „Wir sitzen ja alle in einem Boot“, so der Bericht der „Bild“. H.M.

KOLUMNE

Ukrainer in Berlin

VON VERA LENGSELD

Vor Kurzem schreckte die Öffentlichkeit auf, dass ein in der Ukraine lebendes Paar 40.000 Euro Bürgergeld kassiert hatte. Das ist mit hoher Wahrscheinlichkeit nur die Spitze des Eisbergs. Seit zwei Jahren pendeln die Busse zwischen Berlin und Kiew hin und her. Darin sitzen Ukrainer, die in Berlin Bürgergeld beziehen, aber nicht permanent in Deutschland wohnen.

Darüber wird nicht gesprochen, denn wer diesen offensichtlichen Missstand thematisiert, kann nur ein Rechter, gar Nazi sein. Der Pendelverkehr reißt nicht ab, weil die meisten Ukrainer, die als Kriegsflüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, auch nach zwei Jahren noch nicht im Arbeitsmarkt angekommen sind. Nun will die Arbeitsagentur in Berlin-Brandenburg verstärkt mit der Vermittlung von Ukrainern in den Arbeitsmarkt starten.

Beim größten Teil der Menschen würden die Integrationskurse enden „und jetzt legen wir da auch los“, verkündete Ramona Schröder, Geschäftsführerin der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg. Bisher arbeitet in Deutschland erst rund ein Fünftel der Ukrainer. Auf die Frage, warum Staaten wie Polen und die Niederlande bei der Integration der Ukrainer in die Arbeitsmärkte viel weiter seien, verwies Schröder auf die anderen Rahmenbedingungen. Welche das seien, sagte sie nicht. Auch in den Niederlanden müssen die Ukrainer erst die Sprache lernen.

In den Nachbarländern scheint es keine Schwierigkeiten zu geben. In Deutschland dagegen sind die Sprachkurse nicht so erfolgreich. Deshalb habe man sich „als allererstes vorgenommen“, die Flüchtlinge „sehr eng zu begleiten“. Das hört sich an, als müssten sie zum Jagen getragen werden. Ob es am Bürgergeld liegt, dass allen Ukrainern bedingungslos ausgezahlt wird? Nein, ist sich die Chefin sicher, weil nicht sein kann, was nicht sein darf.

MELDUNG

SPD sucht neue Führung

Berlin – Die Berliner SPD sucht eine neue Führung. Nachdem die bisherige Co-Vorsitzende Franziska Giffey ihren Verzicht erklärt hat, fand ihr bisheriger Partner an der Spitze, Raed Saleh, der zusätzlich die Abgeordnetenhausfraktion anführt, in der Marzahn-Hellersdorfer Bezirksverordneten Luise Lehmann eine neue Bewerberin für Giffey's Platz in der Doppelspitze. Außerdem haben Neuköllns Bezirksbürgermeister Martin Hikel und Ex-Sportstaatssekretärin Nicola Böcker-Gianini sowie der Kreischef von Charlottenburg-Wilmersdorf und die Vorsitzenden der Berliner SPD-Frauen, Kian Niroomand und Jana Bertels, ihre Kandidatur erklärt. Das letzte Duo gilt als extrem links, während Hikel als „gemäßigt“ eingeschätzt wird. Die Parteilinken werfen Saleh vor, „Totengräber“ von Rot-Rot-Grün gewesen zu sein. Seit der Wiederholungswahl haben SPD und Grüne in den Umfragen jeweils einen, die Linke zwei Prozentpunkte verloren. Saleh erklärte, er wolle mit seiner Kandidatur die Partei „wieder zusammenführen“. F.B.

● MELDUNGEN

Proteste gehen wieder los

Warschau – Polnische Landwirte haben seit dem 9. Februar ihre Proteste gegen die Einfuhr ukrainischer Agrarprodukte wieder verschärft. Im Januar hatten Bauern und auch Spediteure nach Gesprächen mit der Regierung ihre Blockaden an Grenzübergängen zur Ukraine zunächst abgebrochen. Seit dem 13. Februar werden allerdings von fünf Grenzübergängen wieder lange Wartezeiten als Folge von Protestaktionen gemeldet. Beim Übergang Medyka soll es zu einem Stau von mehr als 40 Kilometern Länge gekommen sein. Auf der westlichen Seite des Übergangs Dorohusk haben polnische Landwirte am 11. Februar Getreideladungen von drei ukrainischen Lastkraftwagen auf die Straße gekippt. Lembergs Bürgermeister, Andrij Sadowyj, bezeichnete die protestierenden Bauern als „pro-russische Provokateure“. Die Landwirte kündigten an, ihre Proteste bis in den März fortsetzen zu wollen. **H.M.**

EU härter gegen „Hass“

Brüssel – Das Europäische Parlament hat mit 397 Ja- gegen 121-Nein-Stimmen bei 26 Enthaltungen den Europäischen Rat aufgefordert, „endlich Fortschritte bei der Gesetzgebung zu machen, um einen angemessenen Schutz vor Hass für alle Menschen in Europa zu gewährleisten“. Konkret soll das Gremium der EU-Staats- und -Regierungschefs bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode einen Beschluss zur Aufnahme von „Hassreden und Hasskriminalität“ in den Kreis der schweren und daher besonders zu verfolgenden Straftaten im Sinne von Artikel 83 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union fassen. Zu diesen sogenannten EU-Delikten zählen momentan Terrorismus, Menschenhandel, sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern, illegaler Drogen- und Waffenhandel, Geldwäsche und -fälschung, Korruption, Computerkriminalität und organisiertes Verbrechen. **W.K.**

Norwegens E-Busse streikten

Oslo – Norwegens Hauptstadt will den öffentlichen Nahverkehr bis Ende dieses Jahres komplett emissionsfrei gestalten. 183 E-Busse wurden dafür im vergangenen Mai vom polnischen Hersteller Solaris gekauft, 76 weitere von MAN. Nach einem Kälteeinbruch brach der öffentliche Nahverkehr allerdings zeitweise weitgehend zusammen. Viele Busse fuhren nicht mehr, und in den noch fahrenden mussten sich die Fahrgäste mit einer Innentemperatur von 13 bis 18 Grad begnügen. Die Betreiberfirma räumte ein: „Bei kaltem Wetter verringert sich die Reichweite der Busse, was die Busbetreiber nun jedoch durch Anpassung der Fahrpläne für die Fahrten kompensieren. Die ersten harten Kälteeinbrüche geben den Betreibern neue Informationen darüber, wie stark diese Pläne angepasst werden müssen.“ Mukhtar Ahmad, Vertrauensmann der Osloer Busfahrer, gibt sich optimistisch: „Man muss die Touren im Winter eben anders planen, mehr Ladensäulen errichten. Dann geht es.“ **F.B.**

● VEREINIGTE STAATEN

Viel Rummel um Biden

Mehr als nur politische Demenz? Der US-Präsident verteidigt sich gegen Vorwürfe der Vergesslichkeit

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vor rund einem Jahr wurden zahlreiche sensible Dokumente aus der Zeit von Joe Bidens Vizepräsidentschaft von 2009 bis 2017 in den Privaträumen des derzeitigen Präsidenten sichergestellt. Damit stand der Verdacht im Raum, dass Biden sich wegen unerlaubter Mitnahme und Lagerung von Geheimunterlagen strafbar gemacht hätte.

Deshalb setzte US-Justizminister Merrick Garland Anfang 2023 den Sonderermittler Robert Hur ein, der nach der Vernehmung von 147 Zeugen und der Sichtung zahlloser Akten einen 388 Seiten langen Abschlussbericht vorgelegt hat. Darin heißt es, Bidens Umgang mit den Geheimpapieren sei vermutlich nicht immer legal gewesen. Dennoch riet Hur von einem Prozess ab, da der Präsident sich in dessen Verlauf „als netter, gutmütiger alter Mann mit schlechtem Gedächtnis prä-

sentieren würde“. Um diese Einschätzung zu untermauern, enthüllte der Sonderermittler unter anderem: „Er konnte sich nicht daran erinnern, wann er Vizepräsident gewesen war.“ Hiermit charakterisierte Hur den Amtsinhaber im Weißen Haus faktisch als senil oder gar dement.

Die logische Konsequenz daraus wäre nun eigentlich die Durchführung eines Amtsenthebungsverfahrens gemäß Zusatzartikel 25 der US-Verfassung wegen Amtsunfähigkeit des Präsidenten und das Nachrücken des Vizepräsidenten. Dies steht momentan jedoch nicht auf der Agenda.

Vielmehr sagte der Sprecher des Weißen Hauses, Ian Sams, gegenüber der Presse: „Ich bestreite, dass die Aussagen über das Gedächtnis des Präsidenten, die in dem Bericht stehen, zutreffend sind, denn das sind sie nicht.“ Daher müsse man sich fragen, warum Hur „Zeit damit verbringt, grundlose und unangemessene Kritik am Präsidenten zu üben“. Und Bi-

dens Vizepräsidentin Kamala Harris assistierte: „Die Art und Weise, wie das Verhalten des Präsidenten in diesem Bericht charakterisiert wurde, könnte nicht falscher sein, was die Fakten angeht, und ist eindeutig politisch motiviert.“

Sehr viel weniger um Contenance bemüht fiel dahingegen die Reaktion von Biden aus. Er polterte vor der versammelten Presse mit Blick auf Hur: „Wie zur Hölle kann er es wagen, das aufzubringen? ... Ich meine, ich bin ein älterer Mann, und ich weiß, was zum Teufel ich tue. Ich bin Präsident und habe dieses Land wieder auf die Beine gebracht.“

Kohl mit Merkel verwechselt

Daraufhin wollte Biden den Raum verlassen, kehrte aber noch einmal zurück, um über den Gazakrieg zu sprechen. Hierbei bezeichnete er den ägyptischen Präsidenten al-Sisi als Staatschef von Mexiko und knüpfte damit an eine Reihe ähnlicher Fehlleistungen in letzter Zeit an. So ver-

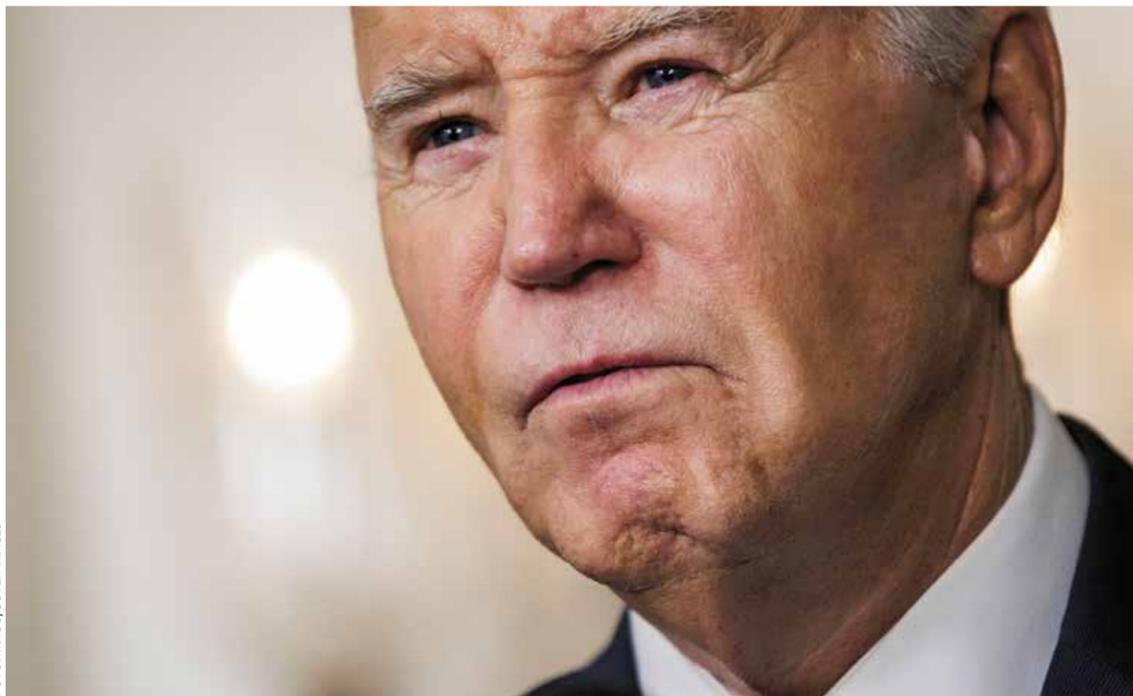
wechelte Biden kürzlich auch die französischen Präsidenten Mitterrand und Macron sowie die deutschen Kanzler Kohl und Merkel.

Bislang haben die Biden wohlgesinnten Medien derartige kognitive Ausfälle stets ignoriert oder unter Verweis auf Versprecher Trumps relativiert. Doch nun scheint sich das Blatt zu wenden, da immer klarer wird, dass die Chancen des 81-jährigen Biden auf eine Wiederwahl rapide schwinden. Plötzlich erwecken viele Zeitungen in den USA den Eindruck, als ob sie einen Rückzug Bidens zugunsten anderer demokratischer Kandidaten herbeschreiben wollen.

Noch steht die Führung seiner Partei geschlossen hinter Biden. Doch das könnte sich alsbald ändern. Denn in dem Rummel um den Geisteszustand des Präsidenten blieb der brisante Anhang A von Hurs Bericht bislang weitestgehend unbeachtet. Dieser besteht aus einer Liste aller bei Biden sichergestellten Geheimunterlagen, welche auch sechs als „Top Secret“ und „Secret“ eingestufte Dokumente aus den Jahren 2014/15 aufführt, in denen es um die Ukraine geht.

Zur Erinnerung: Biden war damals Vizepräsident, während sein Sohn Hunter lukrative Geschäfte mit ukrainischen Partnern machte und offenbar von der politischen Einflussnahme der Obama-Biden-Administration auf die Regierung in Kiew profitierte. Eine Wiederaufnahme der Diskussion über dieses Thema dürfte den Demokraten deutlich mehr schaden als alle Enthüllungen bezüglich Bidens mentaler Defizite.

Andererseits fehlt den Demokraten derzeit ein Plan B für den Fall, dass sie Biden aus der Schusslinie nehmen müssen. Die Vizepräsidentin Harris erklärte sich zwar schon bereit, das Land zu führen, wenn es nötig werde. Aufgrund ihrer schlechten Beliebtheitswerte taugt sie aber nicht als Aushängeschild für die Partei und potentielle Kandidatin im Präsidentschaftswahlkampf. Deutlich besser geeignet wäre hier die ehemalige First Lady Michelle Obama. Ob diese aber tatsächlich gegen Trump antreten will, wie derzeit gemunkelt wird, ist unklar.



Die Sorgenfalten nehmen zu: US-Präsident Joe Biden nach der Enthüllung über seinen fahrlässigen Umgang mit Geheimpapieren

● ITALIEN

Rom kämpft gegen „Babygangs“

Die Regierung Meloni sieht sich zum Handeln gegen Minderjährige gezwungen, die das Land terrorisieren

Nach dem Motto „Wir können Krisen nicht vermeiden, aber wir versuchen, sie rechtzeitig umzuwandeln“ tritt Italiens Regierungschefin Georgia Meloni dem Phänomen der wachsenden Jugendgewalt entgegen. Sogenannte Babygangs bilden in Italien eine Form der Jugendkriminalität, die seit der Pandemie stark zugenommen hat.

Denn seit dem auch in Italien verhängten Corona-Lockdown, der zu erheblichen Schäden für die psychische Gesundheit von vielen Erwachsenen und Minderjährigen führte, treiben diese Kinder-Banden vor allem in Mailand in den vornehmen und den touristischen Vierteln ihr Unwesen. Sie lassen das Unsicherheitsgefühl der Einwohner rasant steigen.

Die in diesen kriminellen Gruppen organisierten Jugendlichen, die oft nicht älter als elf oder zwölf Jahre sind, können äußerst gewalttätig sein. Die Bandbreite reicht von Diebstahl bis hin zu körperlichen und sexuellen Übergriffen. Markanteste Merkmale dieser Gruppen sind die

Kontrolle von Territorien, die Wiederholung der begangenen Straftaten und die Verbreitung ihrer Taten über die sozialen Netzwerke.

Für Minderjährige, die in Familien in sehr prekären und bildungsarmen Verhältnissen oder ohne berufliche Perspektiven aufgewachsen sind, bedeutet der Einstieg in eine solche Babygang einen klassischen Werdegang als spätere Berufskriminelle.

Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, hat die Regierung Meloni am 7. September vergangenen Jahres das Caivano-Dekret verabschiedet, das sich auf einen besonders schlimmen Fall von Jugendkriminalität bezieht, der die Öffentlichkeit schockierte: die mehrfache Vergewaltigung von zwei kleinen Cousins im Alter von zehn und zwölf Jahren durch eine Gruppe von Minderjährigen in dem Ort Caivano in Kampanien.

Das gegen das Phänomen der Kinderbanden und der Schulabbrecher gerichtete Dekret zielt außerdem darauf ab, här-

tere Strafen für Drogenhandel und andere Verbrechen einzuführen, wenn die Täter in flagranti erwischt werden. Zu den Maßnahmen, die ergriffen werden können, gehören auch Sanktionen für die Eltern, die für sie auch zu Gefängnisstrafen führen können, wenn sie nachgewiesenermaßen ihre Aufsichtspflicht verletzt haben.

Inspiration aus dem Ausland

Außerdem wird das Strafmaß für das unerlaubte Mitführen von Waffen von drei auf vier Jahre erhöht, während das Strafmaß für den Handel und den Besitz von Drogen von mindestens einem Jahr auf höchstens fünf Jahre verändert wird. In Fällen mafiöser Verbindungen oder Vereinigungen zum Zwecke des Drogenhandels kann das Gericht für Minderjährige auf Antrag des Staatsanwalts den Eltern das Sorgerecht entziehen.

Der Begriff „Babygang“ wird in Italien von Polizei und Medien gemeinhin für Minderjährige verwendet, die mafiösen Strukturen angehören. Dabei lassen Letz-

tere sich von kriminellen Clans aus dem Ausland inspirieren wie den Maras und Pandillas in Lateinamerika, nigerianischen Bruderschaften oder Gruppen aus den französischen Banlieues. Sie setzen sich zumeist je zur Hälfte aus Italienern und aus Zuwanderern zusammen. Die meisten dieser Gruppen bestehen aus weniger als zehn Jugendlichen.

Häufig kommen sie spontan zusammen, um unter anderem aus Langeweile oder Armut hypergewalttätig zu handeln. Sie sind emotionale Analphabeten und haben keinerlei Empathie, handeln impulsiv und oft unter Drogeneinfluss. Die Täter suchen sich ein Opfer auf der StraÙe aus, verprügeln es und rauben es aus.

Smartphones, Uhren, Geld, Sneakerschuhe – also alles, was einen wirtschaftlichen, aber auch symbolischen Wert haben könnte, rauben sie. Sie handeln nicht nur aus Armut, sondern wollen ihre Stärke und Überlegenheit demonstrieren – auch ganz perfide medial über die sozialen Netzwerke. **Bodo Bost**

VON PETER ENTINGER

Zum Feiern ist Markus Miele derzeit nicht zumute. Zwar wird die Miele & Cie. KG, deren geschäftsführender Gesellschafter er ist, am 1. Juli 125 Jahre alt, doch die Stimmung rund um den Firmensitz im westfälischen Gütersloh ist so trist wie das Februarwetter. „Ich bin seit 1999 im Unternehmen, und wir haben seitdem mehrere sehr herausfordernde Phasen erlebt. Aber nicht mal die Finanzkrise von 2008/09 hat sich bei uns so gravierend bemerkbar gemacht“, sagte der 55-Jährige kürzlich. Jede Sparte des Haushaltsgeräteherstellers ist betroffen. „Von den verkauften Stückzahlen her haben wir im vergangenen Jahr das gesamte Wachstum von mehr als fünf Jahren verloren“, lautet die düstere Bilanz.

Das bleibt naheliegenderweise nicht ohne Folgen. Innerhalb der kommenden drei Jahre will Miele die Produktion seiner Waschmaschinen fast vollständig nach Polen verlagern. Bis zu 2700 Stellen weltweit sind potentiell von Abbau oder Verlagerung betroffen, rund 700 davon am Hauptsitz in Gütersloh.

Polen und die USA profitieren

Der Einbruch bei Herstellern von Haushalts- und Gewerbegeräten wie Miele hat immer noch mit den Folgen der Coronapandemie zu tun. Zu Zeiten der Lockdowns waren die Menschen zu Hause, Reisen waren nur eingeschränkt möglich. Konsumforscher haben damals schon festgestellt, dass die freiwerdenden Gelder verstärkt in die eigenen vier Wände investiert wurden. Manch einer hat so wohl auch den Kauf einer Waschmaschine vorgezogen.

Miele zählt zu den Premiumherstellern, das Preissegment ist entsprechend. Diese Branche hat sich eigentlich immer als sehr krisensicher erwiesen. Doch offenbar sind die Probleme auch in der deutschen Mittel- und Oberschicht angekommen. Viele Verbraucher haben entweder noch ein neuwertiges Gerät oder sind auf kostengünstigere Varianten umgestiegen. Hinzu kommen Inflation, gestiegene Energiepreise und unsichere Weltmärkte. „Den weltweiten Einbruch der Nachfrage nach Hausgeräten sowie die drastischen Preissteigerungen auf der Kostenseite hat auch die Miele Gruppe zu spüren bekommen“, heißt es bei Miele.

Miele räumt ein, dass man damit gerechnet habe, dass das „Pandemie-Hoch“,



Bis zu 2700 Stellen von Abbau oder Verlagerung betroffen: Arbeiter bei Miele

Foto: pa/Friso Gentsch

STANDORT DEUTSCHLAND

Immer mehr Wertschöpfung wird ins Ausland verlagert

Produktionsbedingungen werden so schlecht beurteilt wie noch nie seit dem Beginn der DIHK-Meinungsumfragen im Jahre 2008

als viele Menschen in ihr Zuhause investiert haben, irgendwann wieder vorbei sein würde. „Es sind jedoch die wirtschaftlichen Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine hinzugekommen, mit einem allgemeinen Einbruch der Konsumneigung, hohen Steigerungen bei Preisen und Zinsen sowie der Krise im Bausektor. Damit haben auch wir nicht gerechnet“, sagte Miele, der weiter angab, dass es in Polen weniger bürokratisch zugehe.

Schon im vergangenen Sommer berichtete der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) davon, dass jedes sechste deutsche Industrieunternehmen Teile seiner Produktion ins Ausland verlegen würde. Ende des Jahres gab es Meldungen, ein Drittel der Firmen würde darüber nachdenken. Wie andere Firmen auch baut Miele nicht einfach Arbeits-

plätze ab. Man investiert vielmehr anderswo, etwa in Polen, aber auch in den USA. Zum Beispiel hat der Tech-Riese Bosch, der mit seiner Haushaltssparte mit Miele konkurriert, sein Engagement in den Vereinigten Staaten verstärkt. 560 Stellen im Stammwerk bei Stuttgart werden gestrichen, einzelne Tätigkeitsfelder sollen an kostengünstigere Standorte außerhalb Deutschlands verlegt werden.

Alle Branchen sind betroffen

Für Branchenkenner kommt diese Entwicklung wenig überraschend. „Wir sehen diese Abwanderungstendenzen seit zwei Jahren in unseren Umfragen und haben immer wieder davor gewarnt“, sagt Peter Adrian, Präsident der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK).

Zum Jahreswechsel hätten die Unternehmen die Produktionsfaktoren in Deutschland in der DIHK-Standortumfrage so schlecht bewertet wie noch nie seit Erhebung der Daten im Jahr 2008.

Die Abwanderung zieht sich dabei quer durch alle Branchen. Der Automobilzulieferer Continental schließt sein Werk in Deutschland spätestens 2028. Der Bau einer Fabrik in Rumänien läuft bereits. Konkurrent Michelin hat unlängst nachgezogen. Die ZF Group fährt ihr Personal in der Bundesrepublik ebenfalls runter und investiert kräftig in Serbien. Immerhin scheint die Regierung mittlerweile auch Wind von der Abwanderung bekommen zu haben. „Wir brauchen eine Wirtschaftswende“, stellte Finanzminister Christian Lindner in der vergangenen Woche fest.

MELDUNGEN

Privilegierung gefordert

Thun – Parallel zu Beratungen der Ampelkoalition über ein sogenanntes „Solarpaket“ haben Solarhersteller den Verbleib ihrer Produktion in Deutschland von Staatshilfen abhängig gemacht. Zuletzt hatte der Hersteller Meyer Burger eine Verlagerung seiner Produktion aus dem sächsischen Freiberg erwogen und eine Entscheidung von der Einführung von „Resilienzboni“ abhängig gemacht. Gemeint ist damit eine dauerhaft höhere Einspeisevergütung für diejenigen Verbraucher, die sich für den Kauf von in der EU hergestellten Solarmodulen entscheiden. Bislang unterhält die Firma Produktionsstandorte in Freiberg, Hohenstein-Ernstthal (Sachsen) und in Bitterfeld-Wolfen (Sachsen-Anhalt). Analog machte ein Sprecher von Heckert Solar aus Chemnitz die Bereitschaft seines Unternehmens, den Standort weiter zu betreiben, gegenüber dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) ebenfalls von der Einführung eines „Resilienzbonus“ abhängig. H.M.

5000 Läden machen dicht

Berlin – Der Präsident des Handelsverbandes Deutschland (HDE), Alexander von Preen, geht davon aus, dass dieses Jahr weitere 5000 Geschäfte aus den deutschen Innenstädten verschwinden. Sie kämen zu den seit 2020 bereits geschlossenen 41.000 Läden hinzu. Damit drohe den Stadtzentren eine Verödung. Verantwortlich für diese negative Entwicklung sind laut von Preen die Corona-Maßnahmen, die anhaltende Inflation, die Deindustrialisierung Deutschlands mit entsprechenden Folgen für die Kaufkraft der Menschen, die allgemeine Krisenstimmung, die auf die Konsumlaune drücke, eine unstete Politik, die Verbraucher verunsichere, steigende Mieten in den Innenstadtlagen sowie Defizite in Sachen Sicherheit, Sauberkeit und Erreichbarkeit der City-Bereiche. W.K.

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Das geplante Chaos zur Errichtung einer Neuen Weltordnung

■ Auf dem Weg zur Neuen Weltordnung ist jetzt die zweite Stufe erreicht. Chaos soll die Welt in ihren Grundfesten erschüttern. Der perfide Plan dahinter: Wenn alles aus den Fugen gerät, wünschen sich völlig verängstigte Bürger nichts sehnlicher, als dass endlich wieder jemand für Ordnung sorgt. Die Menschen sind dann bereit, sich jedem Diktat des vermeintlichen Retters zu beugen.

Die zweite Phase des Masterplans zur Neuen Weltordnung hat begonnen

Peter Orzechowski enthüllt die Anstifter und geistigen Väter der Neuen Weltordnung und zeigt an verstörenden Beispielen den Masterplan der Mächtigsten. Wie wird sie für Chaos sorgen? Was ist ihr Endziel?

- **Das Denken der Menschen wird verwirrt:** durch die Umwertung von Begriffen, die Zerstörung von Werten, das »Canceln« von Vertrautem, die Verbreitung von Fake News und vieles mehr.
- **Die Masseneinwanderung nach Europa wird weiter forciert:** Sie spaltet die Gesellschaft, zerstört die innere Sicherheit und zersetzt Traditionen, Werte, Kulturen und den Nationalstaat. Bürgerkriege drohen.

- **Nahrungsmittel- und Energieversorgung werden gestört:** Das, was für die Bürger überlebensnotwendig ist und bislang selbstverständlich war, gerät in Gefahr.
- **Kriege und geopolitische Konflikte werden angeheizt.** Die Folgen sind Mangel, Flucht, Elend und Tod.

Besonders bedenklich: Die selbst ernannten Herrscher rüsten die USA und ihre Verbündeten immer weiter gegen die Rivalen Russland und China auf. Was einmal mehr dem Zweck dient, die Menschen zu ängstigen und für Chaos zu sorgen, macht einen Dritten Weltkrieg immer wahrscheinlicher. Die Mächtigsten scheitern dies zur Durchsetzung ihrer Interessen offensichtlich in Kauf zu nehmen.

Peter Orzechowski: Chaos gebunden • 240 Seiten • Best.-Nr. 990 930 • 19,99 €

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

KOMMENTAR

„Grün“ wird wieder rot

HERMANN MÜLLER

Linksextreme K-Gruppen merkten Ende der 1970er Jahre, dass sich mit dem Thema Umweltschutz wesentlich mehr Menschen mobilisieren lassen als mit Mao-Bibeln und Klassenkampfparolen. Der damalige Strategiewechsel legte für so manche Parteikarriere bei den Grünen die Grundlage.

Bei den Klimaaktivisten der Letzten Generation (LG) und beim deutschen Ableger von Fridays for Future (FFF) zeichnet sich nun ebenfalls ein Strategiewechsel ab. Beide Gruppierungen wollen sich noch stärker in die Politik einmischen. Dieser Wechsel hat das Potential, die Gesellschaft ebenso zu verändern wie die Grünen seit ihrer Gründung im Jahr 1980. Die LG kündigte Ende Januar ein Ende des „Kleber-Kapitels“ und der Straßenblockaden an. Ab März will die Gruppe mit „maximaler Anzahl von Menschen die öffentliche Ordnung stören“. Angekündigt sind landesweit „ungehorsame Versammlungen“ und direkte Konfrontationen mit Politikern. Zu spüren bekommen hat diese neue Vorgehensweise der LG bereits Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP). Er war am 8. Februar zu einem Podiumsgespräch zum Thema Staatsschulden nach Leipzig geladen gewesen. Neun Anhänger der LG störten die Veranstaltung durch Sprechchöre und Zwischenrufe so stark, dass das Podiumsgespräch unterbrochen werden musste.

Zudem kündigte die LG am 7. Februar an, bei den EU-Wahlen im Juni kandidieren zu wollen. „Wir wollen den Widerstand endlich ins Parlament bringen“, so Carla Hinrichs als Sprecherin der Organisation. Aufgrund der geringen Wahlhürde sehen Beobachter durchaus Chancen für die LG zumindest einen Sitz im EU-Parlament zu erringen. Sprecherin Hinrichs kündigte an, „das EU-Parlament in diesem Jahr mal so richtig aufmischen“ zu wollen.

Maoisten wurden „öko“

Wesentlich mehr Zuspruch als die LG mit ihren Straßenblockaden und Farbschmierereien gegen Kunstwerke hat bislang Fridays for Future in der Bevölkerung erhalten. Allerdings war bereits vergangenes Jahr zu beobachten, dass die Vereinigung mit ihren Demonstrationen nicht mehr die Teilnehmerzahl

erreicht wie vor der Corona-Pandemie. Zur nachlassenden Zustimmung für die „Klimademos“ beigetragen hat der massive Anstieg der Energiepreise in den letzten Jahren. Obendrein hatte Greta Thunberg, die Gründungsikone dieser Bewegung, im vergangenen Herbst nach Äußerungen zum Nahostkonflikt wie „Auf besetztem Land gibt es keine Klimagerechtigkeit“ scharfe Kritik auf sich gezogen. Der deutsche Ableger von Fridays for Future ging daraufhin auf Distanz zu Thunberg: „Fridays for Future in Deutschland agiert als eigenständige Organisation und ist schon lange über Greta als Person herausgewachsen.“

Klimakleber „gegen Rechts“

Inzwischen ist zu beobachten, dass sich bundesweit Fridays-Gruppen stark bei der Organisation von Demonstrationen „gegen rechts“ engagieren. Exemplarisch für diesen neuen Kurs steht die Teilnahme von Luisa Neubauer bei einer „Kundgebung gegen Rechts“ am 14. Januar vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Die prominente Vertreterin von Fridays for Future erklärte dabei, Klima-Aktivisten dürften nicht länger nur Klima-Aktivisten sein, sondern müssten „Haltung als Demokraten“ beweisen. Teil des neuen Kurses bei Fridays for Future ist auch die Unterstützung der Beschäftigten im Nahverkehr im Bündnis „Wir fahren zusammen“.

Vor den Hintergrund des Ausbleibens oder Nachlassens der Fähigkeit, die breite Masse der Bevölkerung zu mobilisieren, haben Fridays for Future und auch die LG damit einen Strategiewechsel eingeleitet. Das Vorgehen erinnert an eine Entwicklung im linksextremen Lager zum Ende der 1970er, Anfang der 80er Jahre, als Maoisten, Troztkisten und andere linke Sektierer erkennen mussten, dass sie keine Massenwirkung haben. Den daraufhin eingeleiteten Strategiewechsel – dieser führte oftmals auf direktem Weg zu den Grünen – hat Ferdinand Krauß in der „Wirtschaftswoche“ einmal treffend als Kaperung der ökologischen Bewegung beschrieben: „Machthungrigen Altlinken wie Jürgen Trittin und Joschka Fischer war der ökologische Gedanke immer fremd. Der Schutz der Natur war ihnen ein Mittel zur emotionalen Mobilisierung bürgerlicher Wähler – kein zentrales Politikziel.“

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023: Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de



Die WTO-Generaldirektorin Ngozi Okonjo-Iweala auf der 21. deutschen Botschafterkonferenz: „Sprechen wir mit China, bekommen wir einen Vortragsort; sprechen wir mit Deutschland, bekommen wir einen Vortrag“ Foto: pa/Janine Schmitz

KOLUMNE

Totale Widersprüchlichkeit

FLORIAN STUMFALL

Des Menschen Wesen ist widersprüchlich, und widersprüchlich ist, was er denkt und treibt. Da dies aber naturgegeben ist, kann man daran nichts Endgültiges ändern. Doch es muss ein Maß herrschen in den Dingen, auch den natürlichen. Zu welchen Verwerfungen und Übeln es jedoch führt, wenn dieses Maß fehlt, dafür zeigt die gegenwärtige deutsche Politik eindrucksvolle Beispiele.

Es hat in diesem Land unter der grünen und schwarz untermalten geistigen Ägide ein moralischer Imperativ eine Bedeutung von solcher Art erlangt, dass man ihm nachgerade ein grundgesetzliches Gewicht beimisst, und dessen Verletzung einem Staatsverbrechen gleichkommt. Dieser Imperativ äußert sich in dem vieltausendfachen Bekenntnis: „Wir sind bunt“, oder „Nie wieder Rassismus“, „Nazis raus“ oder aber auch „Kein Mensch ist illegal.“ Sucht man nun nach dem gemeinsamen Nenner dieser teils höchst undifferenzierten Parolen, so scheint dieser in der Absicht zu liegen, möglichst vielen Minderheiten und möglichst vielen von ihren Vertretern in Deutschland Raum zu geben – selbstverständlich auf Kosten der Einheimischen, denn anders ist das nicht möglich.

Fremde Einflüsse sind unbesehen willkommen und der eigenen Tradition vorzuziehen. Diese wird herabgesetzt, geschmäht und mit dem Ruch des Rechtsextremismus belastet. Wer immer nach Deutschland kommt und das Wort „Asyl“ aussprechen kann, lebt sorgenlos von dem, was andere erwirtschaften. Das böse Wort des Journalisten Denis Yüzel liest sich wie eine Handlungsanweisung: „... mit den Deutschen gehen nur Dinge verloren, die keiner vermissen wird ... Der baldige Abgang der Deutschen ... ist Völkersterben von seiner schönsten Seite ... Etwas Besseres als Deutschland findet sich allemal.“

Antideutsche Innenpolitik

Eines der gravierendsten Beispiele für diese Entwicklung ist die Bigamie in Deutschland. Nach dem Bürgerlichen Gesetz, Paragraph 1306, sowie nach dem Strafgesetz, Paragraph 172, ist sie verboten und strafbewehrt. Das hindert aber manche staatliche Stellen – darunter auch Gerichte –, nicht daran, die Doppel- oder Mehrehen von Zuwanderern anzuerkennen. So gibt es aus dem Hochsauerland-

kreis das Beispiel von einem Afghanen, der mit zwei Frauen verheiratet ist und mit ihnen zwölf Kinder hat. Oder ein anderes aus Bayern: Im Landkreis Neumarkt lebt ein weiterer Afghane mit zwei Frauen und neun Kindern. All diese Fälle sind behördlich anerkannt. Teils unterstützt das Außenministerium im Namen Annalena Baerbocks die Aufnahme solcher Mehrerehen. Wie viele es insgesamt in Deutschland gibt, darüber schweigt die Statistik.

Bedenklich an solchen Beispielen ist weniger die erhebliche finanzielle Belastung für die Steuerzahler als die Beden-

Regierung gefördert wird, so hat im vergangenen Jahr eben jene Regierung einer Resolution des Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen zugestimmt, gemäß der die „Polygamie die Würde der Frau verletzt“.

Prowestliche Außenpolitik

Für die Bundesregierung nämlich gilt auf internationalem Parkett das Gegenteil von dem, was daheim getrieben wird. Allen voran Außenministerin Baerbock lässt keine Reise in ein Land außerhalb der westlichen Sphäre vergehen, ohne die Menschenrechte anzumahnen und überhaupt zu verlangen, man möge sich wo auch immer an den Regeln der westlichen Welt orientieren. Die Generaldirektorin der Welthandelsorganisation (WTO), die nigerianische Ökonomin Ngozi Okonjo-Iweala, sagte kürzlich als Baerbocks Gast bei der Botschafterkonferenz: „Sprechen wir mit China, bekommen wir einen Flughafen; sprechen wir mit Deutschland, bekommen wir einen Vortrag.“

Bewegen sich deutsche Politiker auf internationale Parkett, so scheint für sie mit einem Mal eben jene abendländische Weltsicht das Maß aller Dinge zu sein, die sie zu Hause geringschätzen und allen fremden Einflüssen preisgeben. Dabei scheinen sie sich nicht davor zu scheuen, dass dieser kulturelle Hegemonanspruch eine gräßliche Missachtung der fremden Kulturen und ihres Eigenwerts darstellt, die durchaus die Form eines geistigen Neokolonialismus annehmen kann. Dieser Hochmut wird meist ergänzt durch die Unkenntnis fremder Gegebenheiten, Traditionen und Prinzipien, was sich durchaus förderlich auf die Dünkelhaftigkeit der deutschen Außenpolitik auswirkt.

Noch kann diese Art fortgesetzt werden, sich, wie es heute heißt, im globalen Süden verächtlich zu machen, geduldet ausschließlich durch das Geld, das man mitbringt. Aber das System neigt sich seinem Ende zu. Auch hier ist es vor allem China, das Deutschland und der ganzen EU den Einfluss in denjenigen Ländern der Welt streitig zu machen beginnt, die sich anschicken, das Gehör zu erlangen, auf das sie Anspruch haben. Und dieser Anspruch leitet sich nicht mehr, so wie bisher, davon ab, inwieweit diese Länder westlichen Regeln folgen.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Missachtung der eigenen Kultur im Inland und fremder Kulturen im Ausland

kenlosigkeit, mit der sich Behörden über das geltende Recht hinwegsetzen und für Angehörige fremder Kulturkreise ein Sonderrecht etablieren.

Dies alles zeigt: Was deutsch ist, hat zurückzustehen. Wird auf einer Demonstration, die sich gegen die Politik der Regierung wendet, die Bundesflagge gezeigt, so werten das die Medien als Ausdruck des Rechtsextremismus. Dagegen bleibt unkommentiert, wenn Vermummte bei einem Aufmarsch im Sinne der Regierung die Fahne der terroristischen Palästinenser-Organisation Hamas mitführen.

Wer sich in Deutschland gegen solche Folgen der unkontrollierten und unbegrenzten Zuwanderung wehrt, wird mit der Nazikeule zum Schweigen gebracht. Doch nicht überall ist das so. Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk sprach sich vor Kurzem gegen die Flut von kulturfremden Zuwanderern aus: „Das ist eine Frage des Überlebens der westlichen Zivilisation. Wir müssen aufwachen und verstehen, dass wir unsere Grenzen schützen müssen. Wenn wir offen für alle Formen der Migration sind, wird unsere Welt zusammenbrechen.“

Soweit die eine Seite des Gegenstandes, der jedoch einer zweiten bedarf, um seine Widersprüchlichkeit zu zeigen. Dies richtet den Blick auf die deutsche Außenpolitik. Um noch kurz bei der Polygamie zu bleiben, die in Deutschland von der

Zu Besuch bei Erich

Vor 125 Jahren wurde Erich Kästner geboren – Seine Geburtsstadt Dresden ehrt den Schriftsteller mit einem Festivalprogramm

VON VEIT-MARIO THIEDE

Am Albertplatz in Dresden-Neustadt steht ein einbeiniger Tisch, auf dem Gegenstände abgestellt sind. Alles ist aus Bronze. In einem Bilderrahmen entdeckt man die Fotografie eines kleinen Jungen aus Kaisers Zeiten. Wer soll das sein? In dem gegen einen Stapel Bücher gelehnten Notizbuch steht: „Erich Kästner, geb. am 23.2.1899 in Dresden, gest. am 29.7.1974 in München.“

Die Kaffeetasse und das Whiskyglas weisen darauf hin, dass der Schriftsteller seine Texte gern in Cafés und Bars verfasste. Er veröffentlichte 39 Bände. Deren Titel sind auf die Rücken des Bücherstapels graviert. Obenauf sitzt ein Hut. Mit dem ist das von Wolf-Eike Kuntschke 1987 geschaffene Werk 1,66 Meter hoch – und damit annähernd so groß wie Erich Kästner gewesen ist.

In seinem 1957 veröffentlichten autobiographischen Roman „Als ich ein kleiner Junge war“ beklagt Kästner, dass seine schöne Heimatstadt Dresden kurz vor Kriegsende im Bombenhagel unwiederbringlich untergegangen sei. Da hat er sich allerdings geirrt. Seit seinem Roman schritt der Wiederaufbau mächtig voran. Und sowieso war Kästners Kiez, die Äußere Neustadt, mit ihren hauptsächlich in der Gründerzeit errichteten Bauten von Bombentreffern weitgehend verschont geblieben. Seinen letzten Besuch stattete Kästner Dresden 1967 ab. Er las im Zwinger aus „Als ich ein kleiner Junge war“. In dem schrieb er: „Und ich selber bin, was ich auch sonst wurde, immer eins geblieben: ein Kind der Königsbrücker Straße.“

Kästner wurde in der Mansardenwohnung der Mietskaserne Königsbrücker Straße 66 geboren. Seine Eltern, die Friseurin Ida und der in einer Kofferfabrik arbeitende Sattlermeister Emil Kästner, zogen mit Erich später in die Nummer 48, schließlich in Nummer 38 um. Treuer Be-



Entspannter Jubilar: Ein Kästner aus Bronze sitzt auf der Gartenmauer der Villa seines Onkels Franz Augustin

Foto: Thiede

gleiter war ihr Untermieter: der Lehrer Schurig. Er empfahl dem kleinen Erich die „richtigen“ Bücher und gab auch sonst wertvolle Anregungen. Weit mehr noch prägte ihn die Mutter. Sie besuchte mit ihm Museum, Oper und Theater. Nach Kästners Einschätzung hatte die Mutter „ihr eigenes Leben zugunsten ihres Sohns darangegeben, deshalb durfte ich sie nicht enttäuschen, deshalb wurde ich der beste Schüler und der bravste Sohn“. Auch die Kaserne, vor der er 1917 Wache stand, befand sich in der Königsbrücker Straße. Der Fronteinsatz blieb dem Pazifisten jedoch erspart.

Am Albertplatz steht eine Villa mit Garten, auf dessen Mauer seit 1999 die

von Mátyás Varga geschaffene Bronzefigur eines Jungen sitzt. Sie stellt Kästner dar, der gemäß seiner Schilderung in „Als ich ein kleiner Junge war“ gern auf der Mauer saß, um das rege Treiben auf dem Albertplatz zu beobachten. Die Villa gehörte seinem millionenschweren Onkel Franz Augustin, dem Pferdehändler.

In bunte Schubladen gesteckt

Heute residiert in der Villa das Erich-Kästner-Haus für Literatur. Die Dauerausstellung umfasst 700 Exponate, von denen man zunächst fast nichts sieht. In einer Vitrine sind Hut, Jacke und Reise-schreibmaschine aus Kästners Nachlass zu sehen. Gegen den Gedichtband „Lärm

im Spiegel“ (1929) lehnt eine Widmung des Autors vom November 1933: „... es ist bezeichnend für Ihren guten Geschmack, daß Sie diesen Band sehr mögen ... Ihr fast völlig verbrannter EK.“ Damit spielt er darauf an, dass seine Bücher mit Ausnahme von „Emil und die Detektive“ der von den Nationalsozialisten veranstalteten Bücherverbrennung zum Opfer fielen.

Der damals in Berlin lebende Kästner bekam in Deutschland zunächst Publikationsverbot, schrieb aber unter Pseudonym weiter. Das Drehbuch für den Spielfilm „Münchhausen“ verfasste er unter dem Pseudonym „Berthold Bürger“. Als Hitler davon Wind bekam, ließ er Kästner 1943 absolutes Schreibverbot erteilen.

Möbel mit Schubfächern enthalten laminierte Kopien von Fotografien, Dokumenten und Zeitungsausschnitten. Die grün lackierten Schubladen handeln von seinem Leben als „Deutscher aus Sachsen“ und seinen Anfängen als Journalist und Dichter in Leipzig. In den roten Schubladen geht es um den Gesellschaftskritiker und den Moralisten mit den zahlreichen Frauengeschichten. Seine erste große Liebe war die Chemiestudentin Ilse Julius. Nach der Trennung behauptete er, aufgrund dieser Liebesenttäuschung bindungsunfähig geworden zu sein.

Luiselotte Enderle, mit der er ab 1944 liiert war, wurde er trotzdem bis zum Lebensende nicht mehr los. Dabei hätte er doch gern mit seiner zweiten großen Liebe – Friedel Siebert – zusammengelebt. Ihr gemeinsamer Sohn Thomas wurde 1957 geboren. Die gelben Schubladen enthalten Material zu Kästners Werken für Kinder. Die blauen Schubladen handeln von Kästners vielfältiger Medienarbeit. Er schuf Gedichte und verfasste Romane für Kinder und Erwachsene, schrieb Theaterstücke, Hörspiele und Drehbücher, arbeitete für Zeitungen und Magazine.

Für das Magazin „UHU“ schrieb Kästner von 1929 bis 1933 mit Fotos oder Zeichnungen bebilderte Gedichte. Eine Auswahl stellt die Zentralbibliothek unter dem Titel „Lieschen Müller will Karriere machen“ aus. Ebenfalls bis zum 23. März läuft dort eine Sonderausstellung mit Illustrationen, die Ulrike Möltgen und Isabel Kreitz in den letzten Jahren zu Werken Kästners schufen. Das „theater junge generation“ im Kraftwerk Mitte beteiligt sich am Kästner-Jahr mit dem Stück „Fabian oder der Gang vor die Hunde“, einer Bearbeitung von Kästners Anfang der 1930er Jahre in Berlin spielendem Roman „Fabian“ (1931), dessen Verbrennung er 1933 in der Reichshauptstadt beiwohnte.

● Dresdens Festjahresprogramm „Alles Kästner“: www.dresden-kulturstadt.de

KINOKRITIK

Eine schrecklich nette NS-Familie

Eine weitere „Banalität des Bösen“ – Der Film „The Zone of Interest“ über das Familienleben des KZ-Kommandanten Rudolf Höß

TV-Seifenopern über Star-Familien wie die Kardashians beschenken den Sendern hohe Einschaltquoten, die nur von „Nazi“-Größen übertroffen werden können. Bevor wir irgendwann einmal „Im Bett mit Adolf“ sein werden, kann das Kinopublikum vom 29. Februar an beim Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß zu Besuch sein. Im Film „The Zone of Interest“, der entfernt an Reality-Shows erinnert, erlebt man nichts anderes mit als den banalen Alltag der Familie Höß, die direkt an den Mauern des Stammlagers von Auschwitz ihr häusliches Glück gefunden hat.

Leben und Tod sind dabei nur durch eine Mauer getrennt. Dieser Kontrast reichte dem britischen Regisseur Jonathan Glazer, um vornehmlich mit deutschen und polnischen Schauspielern einen Spannungsbogen im Film aufzubauen, in dem sonst nichts Tragisches passiert: kein Mord, keine Vergasung – nur pures Familienidyll diesseits der KZ-Mauer.

„The Zone of Interest“ stützt sich lose auf den gleichnamigen Roman des im Mai 2023 gestorbenen britischen Autors Martin Amis, wobei außer dem Titel kaum

etwas vom Buch übernommen wurde. Als „Interessengebiet“ bezeichnete die SS das für die örtliche Bevölkerung verbotene Sperrgebiet um die Lager Auschwitz I und II. Lediglich polnisches Dienstpersonal, wie es auch im Hause Höß unterwürfig herumwuselt, war geduldet.

Ansonsten wird ein ganz stinknormales Familienleben samt Hund abgebildet: die Eltern mit ihren fünf Kindern beim Ausflug zum Fluss Soła, Höß beim Angeln und Reiten mit den Söhnen, seine Ehefrau Hedwig beim Anprobieren eines Pelzmantels aus dem Lager und bei der Pflege

ihrer geliebten Gartenreichs, der Besuch ihrer Mutter, Höß feiert Geburtstag und geht mit einer Lagerinsassin fremd ... So belanglos fade und so weltbewegend nichtssagend, möchte man meinen. Wenn eben nicht dauernd Schmerzensschreie aus dem benachbarten Konzentrationslager über die Mauer dringen würden.

Der Film erinnert mit jeder Faser an den von Hannah Arendt anlässlich des Eichmann-Prozesses geprägten Ausdruck von der „Banalität des Bösen“ und an Filme wie Michael Hanekes „Das weiße Band“, in denen sich ein unheimlicher Horror hinter einer Alltagsmaske verbirgt. Und so tritt auch Höß, der den Massenmord von Millionen von Menschen organisiert hat, als friedlich-netter Familienvater auf. Christian Friedel spielt ihn mit fast auf Irokesenschnitt gestutzter Frisur nicht als herumbrüllenden NS-Schergen, sondern als einen ruhigen Vertreter seiner Zunft, der still väterliche Befehle erteilt. Im Lager sieht man ihn nie.

Herrin im Hause Höß ist aber seine von Sandra Hüller gespielte Ehefrau, die nur einmal ihre Wut an einem Dienstmäd-

chen abläßt, als sie erfährt, dass ihr Mann nach Oranienburg abkommandiert werden soll, was die Aufgabe ihres schönen Heims zur Folge hätte. Im Film ragt sie auch deshalb heraus, weil Regisseur Glazer seine Protagonisten improvisieren und wie in einem Big-Brother-Containerhaus vor mehreren installierten Kameras auftreten lässt, was ihr nonchalant gelingt.

Mit ihrer erschreckend natürlichen Art als Höß-Gattin hat die aus dem Film „Toni Erdmann“ bekannte Hüller gerade einen nächsten Höhepunkt ihrer Karriere erreicht. Bei der Oscar-Verleihung am 11. März könnte sie im Mittelpunkt stehen, ist sie doch als beste Schauspielerin nominiert sowie mit „Anatomie eines Falls“ und eben „The Zone of Interest“ in gleich zwei Produktionen vertreten, die um die Krone als bester Film konkurrieren.

Auch wenn das filmische Kaliber eher begrenzt ist, sollte man sich nicht wundern, wenn Letzterer das Rennen macht, denn „Nazi“-Geschichten verkaufen sich immer gut. Man scheint denen ebenso wenig überdrüssig zu werden wie Seifenopern-Shows im Fernsehen. Harald Tews



Ganz normaler Wahnsinn vor den KZ-Mauern: Gartenparty bei der Familie Höß

FOTO: LEONNE

CHRISTIANISIERUNG

Berliner Missionswerk feiert Jubiläum

Das Berliner Missionswerk feiert in diesem Jahr sein 200-jähriges Bestehen. Am 29. Februar 1824 gründeten engagierte Bürger Berlins um den Juraprofessor Moritz August von Hollweg und Pastor Johannes Jaenicke die „Gesellschaft zur Beförderung der evangelischen Missionen unter den Heiden“ mit dem Ziel, bestehende Missionsinstitute zu unterstützen. Ein eigenes Missionsseminar richtete die neue Gesellschaft 1829 ein.

Trotz anfänglicher Skepsis seitens staatlicher und kirchlicher Behörden gelang es der Missionsgesellschaft, Kontakte zu anderen Missionswerken herzustellen und ihre Arbeit voranzutreiben. 1834 entsandte die Missionsgesellschaft ihre ersten fünf Missionare nach Südafrika. Sie gründeten südwestlich von Bloemfontein das Lager „Bethanien“. Die Bethanien-Mission existiert dort bis heute. Zu ihr gehört ein Sozialwohnungsbauprogramm.

Die Ausbreitung der Missionsgesellschaft nach Natal, Transvaal und Swasiland blieb nicht konfliktfrei. Insbesondere die Buren wehrten sich gegen die Missionierung der Schwarzafrikaner. Und auch im Gründerkomitee gab es Konflikte. So scherte Mitgründer Johannes Goßner aus und errichtete Kinderheime. Aus einem davon ist das heutige Evangelische Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge (KEH) in Berlin-Lichtenberg hervorgegangen.

Einen bedeutenden Schub erhielt die Missionsgesellschaft unter der Leitung Hermann Wangemanns, der 1881 eine Missionsordnung verfasste. Partiiell wurde die Missionierung auch auf die deutschen Schutzgebiete ausgeweitet. So befinden sich noch heute Missionsstationen und -krankenhäuser in Tansania am Nyassa-See.

Schwere Rückschläge erlitt die Missionsarbeit im Zweiten Burenkrieg von 1899 bis 1902 und während des Boxeraufstands von 1899 bis 1901. Allein in China wurden 136 protestantische Missionare und mehr als 32.000 chinesische Christen, darunter 2000 Protestanten, getötet. Der Erste Weltkrieg brachte die Missionsarbeit fast vollständig zum Erliegen. Mit dem aufkommenden Nationalsozialismus geriet auch die Missionsarbeit in eine Krise. Die Mission arbeitete im Rahmen des Möglichen in der Bekennenden Kirche Martin Niemöllers weiter. Im Zweiten Weltkrieg brach der Kontakt zwischen Berlin und den Missionaren im Ausland ab, die dortigen Missionare wurden weitgehend interniert.

Während im Westen die Missionsgesellschaft die Arbeit nach dem Krieg wieder aufnehmen konnte, war die Arbeit der Mission in der DDR zahlreichen Einschränkungen unterworfen. Im Jahr 1974 fusionierte die Missionsgesellschaft, die zuletzt in Goßners Missionshaus residierte, mit weiteren Missionsvereinen zum heutigen Berliner Missionswerk.

Dieses ist inzwischen ein wichtiges Zentrum für ökumenische Zusammenarbeit und engagiert sich weltweit in Entwicklungsprojekten, im Freiwilligenprogramm und im theologischen Austausch. Das Jubiläum wird mit verschiedenen Veranstaltungen und Projekten gefeiert. Mit seinem Engagement für die gelebte Ökumene, den interreligiösen Dialog sowie den Bereich Migration und Integration trägt das Missionswerk nach eigenen Angaben noch heute dazu bei, die Botschaft des Evangeliums weltweit zu verbreiten. *Bernhard Knapstein*

OSMANEN

Als der sunnitische Islam führerlos wurde

Mit der Absetzung von Abdülmecid II. begann vor 100 Jahren zwar nicht „die kaiserlose, die schreckliche Zeit“, aber dafür die kalifenlose



Im Jahre 1923: Abdülmecid II.

Foto: Library of Congress

VON BODO BOST

Das arabische Wort „Khalifa“ (Kalif) bedeutet so viel wie Nachfolger. „Khalifa Rasul Allah“ (Nachfolger des Gesandten Gottes) war der Titel für die Nachfolger des Propheten Muhammad. Das Kalifat entstand nach dem Tod des Propheten im Jahr 632, der keinen männlichen, sondern lediglich weibliche Nachkommen hinterlassen hatte. Die ersten vier Nachfolger Mohammeds wurden von den Prophetengenossen auf verschiedene Weise gewählt oder bestimmt. Die Namen der vier sogenannten rechtgeleiteten Kalifen Abu Bakr, Umar, Uthman und Ali, ein Neffe und Schwiegersonn des Propheten, finden sich in vielen Moscheen unter dem des Propheten. Ähnlich wie der Prophet gelten die vier „rechtgeleiteten Kalifen“ als Gottgesandte, und ihnen haftet die Aura der Unfehlbarkeit an.

Nach der Ermordung von Kalif Ali im Jahr 661 beanspruchte Mu'awiya in Damaskus die Nachfolge für sich. Darüber kam es zu einer den Islam bis heute

schwächenden Spaltung. Die Sunniten erkannten Mu'awiya als Kalifen an, die Schiiten nicht.

Mu'awiya begründete das Kalifat der Omajjaden. Ihnen folgten 750 die Abbasiden in Bagdad. Beide favorisierten ein dynastisches Nachfolgeprinzip. Ab 1517 hatten dann die Osmanen das Kalifenamt inne.

Seit das Kalifenamt erblich geworden war, verwässerte das Prinzip, dass der Kalif als Nachfolger des Propheten über besondere moralische und religiöse Tugenden verfügen müsse. Auf die „rechtgeleiteten Kalifen“ folgte so eine lange Reihe von Erb-Kalifen, mit oft zweifelhaftem menschlichem Charakter. Oftmals bekämpften oder bekriegten sich auch mehrere Kalifatsanwärter. Der Kalif verlor immer mehr von seiner politischen Aura und wurde mit der Zeit nur noch zum religiösen Oberhaupt der Islamgemeinde.

1517 übernahmen die Osmanen

Am Ende des osmanischen Kalifats ein Jahr nach der Ausrufung der Republik in der Türkei hatte dieses Amt nicht mehr

viel mit den Vorstellungen der islamischen Urgemeinde gemein. Die Osmanen hatten das Kalifat zur Legitimierung der Herrschaft über ihre arabischen Kolonialgebiete missbraucht, zu denen die Heiligen Stätten Medina und Mekka gehörten, die im Ersten Weltkrieg verloren gingen.

Der letzte osmanische Kalif, Abdülmecid II., war ein westlich gebildeter, allerdings seit seiner Kindheit durch die Ermordung seines Vaters vor seinen Augen traumatisierter Mensch. Nach der Absetzung seines Veters, des Sultans und Kalifen Mehmed VI., im Jahre 1922 wurde das Sultanat abgeschafft. Die weltliche Herrschaft ging auf den Präsidenten der als Nachfolger des Osmanischen Reiches gegründeten Republik Türkei, Mustafa Kemal Atatürk, über. Das Kalifat blieb indes vorerst erhalten. So konnte Abdülmecid wenigstens in dieser Funktion das Erbe seines Cousins Mehmed antreten. Am 19. November 1922 wählte die Große Nationalversammlung in Ankara Abdülmecid zum neuen Kalifen. Auf die bislang üblichen Zeremonien zur Amtseinführung wurde verzichtet.

Abdülmecid II. versuchte sein Amt wieder mit religiösen Inhalten auszufüllen, indem er möglichst viele Gebete in Moscheen in Konstantinopel selbst leitete. Dies machte ihn für den Laizisten Kemal Atatürk, der die Religion zurückdrängen wollte, über die Maßen gefährlich. Deshalb wurde Abdülmecid II. vor 100 Jahren, am 3. März 1924, vom türkischen Parlament wie zwei Jahre zuvor sein Vetter abgesetzt und musste innerhalb von zwei Tagen mit seiner gesamten Verwandtschaft das Land verlassen. Behördenvertreter brachten ihn aus seinem Palast zum Orient-Express, der ihn ins Exil fuhr. Über die Schweiz und Italien gelangte er schließlich in das Land, das später auch Ayatollah Khomeini und Präsident Abolhassan Banisadr Exil gewährte. Der 101. Kalif starb gut zwei Jahrzehnte nach Sturz und Vertreibung, am 23. August 1944 in Paris, in den letzten Tagen der deutschen Besatzung.

Die Abschaffung des osmanischen Kalifats wurde in der islamischen Welt wie ein Weltuntergang erlebt, weil man sich das Überleben des Islam und der islamischen Gemeinschaft ohne das Kalifenamt zunächst nicht vorstellen konnte. Deshalb unternahm bereits 1925 der Scharif von Mekka, der Haschemit Husayn, den Versuch sich selbst zum Kalifen auszurufen. Aber schon wenig später wurde er von den saudischen Wahhabiten aus Mekka verjagt.

Versuche, das Vakuum zu füllen

1931 fand in Jerusalem ein islamischer Kongress zur Kalifatsfrage statt, bei dem sich eine große Mehrheit der Islamlernenden drauf verständigte, dass man notfalls auch ohne Kalifat die Einigkeit der arabischen Völker und den religiösen Zusammenhalt stärken sollte, ähnlich wie es die Schiiten mit der Vertreterherrschaft des obersten Ayatollah bis zur Wiederkunft des verborgenen siebten beziehungsweise des zwölften Imams tun. Dieser Kongress in Jerusalem unter Leitung von Amin al Husseini, der von Adolf Hitler später zum Obermufti von Jerusalem ernannt wurde, war der Vorläufer der panarabischen Bewegung, aus der 1945 schließlich die Arabische Liga, sozusagen als Ersatz des Kalifats, entstand. In der Arabischen Liga war Ägypten federführend, weil hier mit der Azhar-Universität die letzte zentrale Instanz des modernen sunnitischen Islam fortbesteht.

Seit dem Wiedererstarken des politischen Islam infolge der Entstehung des schiitischen Gottesstaates im Iran 1979 und dem eigenen Aufstieg zur weltgrößten Ölmacht gehen von Saudi-Arabien Bestrebungen aus, überall in der islamischen Welt radikale islamische Strömungen zu unterstützen. Die Wahhabiten, die Angehörigen des Wahhabitentums beziehungsweise Anhänger des Wahhabismus, einer puristisch-traditionalistischen Richtung des sunnitischen Islam, die in Saudi-Arabien Staatsreligion ist, wollen zurück zur Urzeit des Kalifats im Islam, und sie schreiben dies auf ihre schwarzen Banner. Das eigene Königshaus zum Kalifat auszurufen, ist in Saudi-Arabien aus genealogischen Gründen nicht möglich.

Einher mit dem Aufstieg des politischen Islam ging ein Machtverlust der Arabischen Liga, die einst angetreten war, das durch den Untergang des Kalifats entstandene Vakuum auszufüllen. Aus dem Kalifatsvakuum entstand eine Kalifatsnostalgie, die sich mittlerweile auch Untergrundorganisationen zunutze machen. Kalifatsgründungen von Untergrundorganisationen hat es in den letzten Jahren bereits in vielen islamischen Regionen ländereübergreifend gegeben. Das vom Islamischen Staat (IS) 2014 in Mosul vom selbsternannten Kalifen Abū Bakr al-Baghādādi ausgerufene Kalifat war der mächtigste derartige Versuch. Der Name „Islamischer Staat“ sollte demonstrieren, dass nunmehr kein anderer islamischer Staat auf der Welt eine Daseinsberechtigung habe. Aber das IS-Kalifat, das mit Bomben und Terror errichtet wurde, konnte an die vom Propheten herrührende religiöse Legitimität nicht anknüpfen.

VON MANUEL RUOFF

Die erste Autobiographie einer Araberin in der Literaturgeschichte, „Memoiren einer arabischen Prinzessin“, erschien in Deutschland. Ihre Autorin beschrieb sich wie folgt: „Ich verließ meine Heimat als vollkommene Araberin und als gute Mohammedanerin, und was bin ich heute? Eine schlechte Christin und etwas mehr als eine halbe Deutsche.“ Das klingt nach einer bewegten Biographie, und das ist sie auch.

Bei der besagten Adelligen handelt es sich um die Prinzessin von Oman und Sansibar Salama (Salme) bint Said. Die Prinzessin kam als Tochter des regierenden Sultans von Oman und Sansibar, Said ibn Sultan, und einer verschleppten tscherkessischen Sklavin in einem Palast ihres Vaters in dessen Reich zur Welt. Dem Herrscher ein Kind zu schenken, erhöhte Prestige und Status einer Sklavin ungemein, machte sie zur Nebenfrau, und Salme war das einzige Kind ihrer Mutter. Das ist eine mögliche Erklärung für das gute Verhältnis zwischen den beiden Frauen. Mit ihrer Mutter wuchs Salme in Wohlstand im besagten Palast auf.

Die Prinzessin wusste, was sie wollte und was nicht. Beispielsweise wollte sie schreiben können, und so brachte sie es sich selbst bei. Sie wollte keinen Mann, den ihr die Familie ausgesucht hatte, und so war sie mit 22 Jahren noch ledig. 1856 starb ihr Vater und drei Jahre später auch ihre Mutter. Das Erbe beider ermöglichte ihr ein Leben in Wohlstand und Unabhängigkeit.

Die Liebe kostete sie die Heimat

Ihren Ehemann wählte sie sich selbst aus. Der Glückliche war ihr Nachbar, der Kaufmann Heinrich Ruete aus Hamburg. Eine Eheschließung in ihrer Heimat war ausgeschlossen. Als sie von ihm ein Kind erwartete, entschloss sie sich in Absprache mit Ruete, der später nachreiste, zur Flucht übers Meer. Sie war mit der Ehefrau des britischen Konsuls befreundet, und so nahm sie 1866 vor der Küste ein britisches Kriegsschiff auf seinem Weg nach Aden auf. In Aden heiratete sie Ruete, und die Fahrt ging weiter nach Hamburg. Die Prinzessin nahm neben der Staatsangehörigkeit auch den Glauben ihres geliebten Ehemannes an. Als Taufnamen wählte sie den Namen der befreundeten Ehefrau des Konsuls, der sie ihre gelungene Flucht maßgeblich zu verdanken hatte. Abgesehen vom ersten Kind, Heinrich, mit dem Salme in Afrika schwanger war und das kurz nach seiner Geburt in Aden dort auch verstarb, bekam das Paar 1868, 1869 und 1870 im Jahresabstand noch drei Kinder: Antonie Thawka, Rudolph und Rosalie Guza.

Das Glück währte indes nur kurz. Noch im Geburtsjahr ihres letzten Kindes kam Rudolph Heinrich Ruete buchstäblich unter die Räder. Auf dem Rückweg zu seiner Frau sprang er unglücklich von einer Pferde-Straßenbahn ab und wurde von dieser überfahren.

Emily Ruete, die in ihrer afrikanischen Heimat diverse Plantagen aus dem Erbe ihrer Eltern bewirtschaftet hatte, musste die Erfahrung machen, dass ihr für die Verwaltung des Erbes ihres Mannes ein Verwalter vor die Nase gesetzt wurde. So ist es denn auch nicht ihre Schuld, dass das ererbte Vermögen dahinschmolz. Es begann ein gesellschaftlicher, aber vor allem finanzieller Abstieg. Aufgefangen fühlte sie sich weder durch die Hamburger Gesellschaft noch durch die Familie ihres Mannes. Als sie merkte, dass man anderswo günstiger wohnen kann als in Hamburg, zog sie um. Doch in keiner deutschen Stadt konnte sie Wurzeln schlagen, weder in Dresden oder Berlin noch in Rudolstadt oder Köln. In Deutschland blieb sie überhaupt nur wegen der Kinder. Sie ist halt nur „etwas mehr als eine halbe Deutsche“ geworden.

Auf ihre Besitzungen in der afrikanischen Heimat zurück konnte sie auch



In traditioneller Kleidung als Prinzessin von Sansibar: Emily Ruete

Foto: Wikimedia/Heinrich Friedrich Plate

EMILY RUETE

Die erste arabische Autorin einer Autobiographie

Vor 100 Jahren starb die verwitwete Ehefrau eines Hamburger Kaufmanns und Autorin des Werkes „Memoiren einer arabischen Prinzessin“

Sultane Sansibars von 1804 bis 1888



Said ibn Sultan war von 1804 bis zu seinem Tod 1856 Sayyid von Maskat, Imam von Maskat und Oman sowie Sultan von Maskat, Oman und Sansibar.



Madschid bin Said war von seinem Vater Said ibn Sultan zum Erben bestimmt worden. Er regierte Sansibar von 1856 bis zu seinem Tod im Jahr 1870.



Barghasch ibn Said war Madschid bin Suids jüngerer Bruder und – da dieser keinen Sohn hatte – auch dessen Nachfolger. Er regierte Sansibar bis zu seinem Tod 1888.

nicht. Ihre diesbezüglichen Schreiben an den Sultan blieben unbeantwortet. Immerhin hatte sie unerlaubt das Land verlassen, sich unverheiratet schwängern lassen und schließlich auch noch dem Islam abgeschworen. 1875 erfuhr sie indes, dass Sansibars Sultan Barghasch ibn Said nach London kam, und sie fuhr mit geborgtem Geld extra dorthin, um ihn zu sehen. Doch nicht nur, dass ihr Halbbruder sie nicht sehen wollte. Die Briten hintertrieben das Vorhaben. Sie fürchteten, dass nach einer möglichen Versöhnung das Deutsche Reich versuchen könnte, Emilys Sohn Rudolph als Nachfolger seines Halbbruders durchzusetzen. London

bot deshalb Ruete Unterhalt für ihre Familie an, wenn sie ihr Vorhaben abbrach. Ruete brach daraufhin ihr Vorhaben ab – aber die versprochene Gegenleistung blieb England schuldig.

Spielball der Kolonialmächte

Ein Jahrzehnt später schien sich Ruete abermals eine Chance zu bieten. Zwischen dem Deutschen Reich und Sansibars Sultan kam es zu Gebietsstreitigkeiten. In klassischer Kanonenbootpolitik-Manier tauchte ein deutscher Flottenverband vor Sansibar auf, unweit davon ein deutsches Zivilschiff mit Ruete an Bord. Sollte sich der Sultan als nicht kooperativ

erweisen, wollte die Reichsregierung den Araber mit den Ansprüchen der deutschen Staatsangehörigen Ruete unter Druck setzen. Doch Barghasch zeigte sich kooperativ, und so verzichtete das Reich darauf, die Ansprüche seiner Staatsangehörigen zu unterstützen. Wenigstens durfte Ruete an Land gehen und ihren mitreisenden Kindern die Stätten ihrer Kindheit und Jugend zeigen. Danach ging es zurück nach Deutschland.

Ein Jahr später landete Ruete mit ihren Memoiren einen Erfolg, der ihre finanzielle Situation verbesserte. 1888 unternahm sie auf eigene Faust eine weitere Reise nach Sansibar. Wieder verweigerte ihr der Sultan eine Begegnung. Aber diesmal kehrte sie nicht nach Deutschland zurück. Denn ihre Kinder waren aus dem Größten raus. Sie sah sich nun nicht mehr gezwungen, bei der Wahl ihres Wohnortes auf diese Rücksicht zu nehmen. Nacheinander wohnte sie in Jaffa, Jerusalem und Beirut, wo auch ihre beiden Töchter hinzogen und ihr Sohn am deutschen Konsulat arbeitete. Im Jahr des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs verließ Ruete Beirut.

Ihre letzten Lebensjahre verbrachte sie wieder in Deutschland. In Jena fand sie Unterschlupf bei den Schwiegereltern einer ihrer Töchter. Dort ist sie auch vor 100 Jahren, am 29. Februar 1924, gestorben. Ihre letzte Ruhestätte fand Emily Ruete an der Seite ihres geliebten Mannes in Hamburg-Ohlsdorf.

GEORGE HESEKIEL

Otto von Bismarcks erster Biograph

Der erste Biograph Otto von Bismarcks war ein Zeitgenosse des preußischen Ministerpräsidenten und deutschen Reichskanzlers. Er kam vier Jahre später zur Welt, starb aber bereits fast zweieinhalb Jahrzehnte früher. Vor 150 Jahren, am 26. Februar 1874, erlag der Preuße einem Gichtleiden, das ihn seit seiner Jugend begleitete.

Die Kindheit und Jugend des Johann George Ludwig Hesekeiell begann am 12. August 1819 in Halle an der Saale. Seine Eltern waren der Diakon an der Sankt-Moritz-Kirche und spätere Generalsuperintendent in Altenburg Friedrich Hesekeiell und dessen Ehefrau Emma geborene Schwarz. Seine Kindheit und Jugend verbrachte George Hesekeiell jedoch zu großen Teilen im Haus seines Großvaters mütterlicherseits, der zum Freundeskreis des patriotischen Dichters und Exponenten der Freundschaftskultur der Aufklärung, Johann Wilhelm Ludwig Gleim, gehörte. So war Hesekiells Entwicklung sowohl von einem konservativ-religiösen Geist des Elternhauses als auch von einer dichterisch-aufgeschlossenen Atmosphäre im Hause seines Großvaters geprägt.

Dem Besuch der Klosterschule Roßleben schloss sich ein Studium an. Als erstes studierte er in Jena Geschichte und Philosophie, wechselte dann aber nach Halle. Dort wurde er ein Schüler des Historikers Heinrich Leo, aber auch des Romantikers Friedrich de La Motte Fouqué. 1841 wechselte er nach Berlin, wo es zu einer Schwerpunktverlagerung seines Studiums zu Literatur und Publizistik kam. Hesekiells spätere Berufstätigkeit ist denn auch vom Verfassen Zeitgeist und Zeitströme vermittelnder Bücher zu zum Teil historischen Themen sowie von Zeitungsarbeit geprägt.

Nach dem Studium und einer längeren Frankreichreise wirkte er als Journalist. Ab 1845 arbeitete er in Altenburg an Heinrich August Pierers Universal-Lexikon der Gegenwart und



Vor 150 Jahren gestorben: Hesekiell

Vergangenheit mit. Im Revolutionsjahr 1848 zog er nach Berlin. Dort arbeitete er als Redakteur für das als „Kreuzzeitung“ bekannte richtungweisende Organ der konservativen Oberschicht „Neue Preußische Zeitung“.

Außerdem war Hesekiell Mitglied der literarischen Gesellschaft „Tunnel über der Spree“, Mitherausgeber von „Rosen“ einer literarischen „Zeitschrift für die gebildete Welt“, Gründer des konservativen Volksblatts „Der patriotische Hausfreund“, Mitbegründer der sozial-politischen Wochenschrift „Berliner Revue“ sowie schließlich Verfasser von über hundert Bänden Romane, Novellen und Gedichte, darunter das 1869 in Bielefeld erschienene „Buch vom Grafen Bismarck“.

M.R.

VON WOLFGANG KAUFMANN

In der Rangliste der verdammenswertesten Subjekte auf unserem Planeten kommt der „Alte Weiße Mann“ heutzutage oft gleich nach dem „Nazi“, sofern die beiden Begriffe nicht ohnehin synonym verwendet werden. Erfinder der Worttrilogie ist der US-amerikanische Altphilologe Bernard MacGregor Walker Knox. Dieser zog 1992 über „tote weiße europäische Männer“ her – und zwar anlässlich der Verleihung der höchsten Auszeichnung, welche die Regierung der Vereinigten Staaten an Vertreter der Geisteswissenschaften im eigenen Lande zu vergeben hat. Spätestens seit 2010 gilt „Alter Weißer Mann“ dann als Schimpfwort, das eine ganze Personengruppe diskriminiert und pauschal der Gerontokratie, des Sexismus und des Rassismus bezichtigt. Dabei steigerten sich manche „Frauenrechtlerinnen“ in extreme Aggressionen hinein.

Ein Beispiel hierfür ist die deutsche Schriftstellerin und Journalistin Mirna Funk. Sie meinte 2017 im Interview mit dem Online-Magazin „Edition F“, Frauen sollten „eine feministische Terrorgruppe gründen, um die alten weißen Männer aus dem Weg zu schaffen“. Dem hielt der Berliner Medienwissenschaftler Norbert Bolz 2023 entgegen, hinter der westlichen Kultur und der Modernisierung der gesamten Welt durch Wissenschaft und Technik „steht niemand anderer als der alte weiße Mann oder manchmal auch junge weiße Männer. Auf jeden Fall tote weiße Männer.“ Und damit hatte er Recht.

Die Welt wäre sehr viel ärmer

Immanuel Kant war 57 Jahre alt, als er 1781 seine epochale „Kritik der reinen Vernunft“ herausbrachte, und Johann Sebastian Bach arbeitete noch im 64. Lebensjahr an der „Kunst der Fuge“. Ähnlich verhielt es sich mit Johann Wolfgang von Goethe: Den ersten Teil des „Faust“ legte er mit 51 vor, und den zweiten Teil dann im Alter von 81. Ebenso zählte Ludwig van Beethoven mit 53 Jahren zu den alten Männern seiner Zeit, als er 1824 die Neunte Sinfonie vollendete.

Bemerkenswert ist zudem das hohe Alter vieler männlicher weißer Nobelpreisträger: Der US-amerikanische Physiker John Goodenough, welcher wichtige Beiträge zur Entwicklung der heute unverzichtbaren Lithium-Ionen-Akkus lieferte, war zum Zeitpunkt der Preisverleihung im Dezember 2019 bemerkenswerte 97 Jahre alt. 2018 wiederum ging der Physik-Nobelpreis an den 96-jährigen Laserpionier Arthur Askin und 2002 an den 88-jährigen Raymond Davis für die „Messung des Unmessbaren“, nämlich den Nachweis kosmischer Neutrinos. Ebenso erhielt der Wirtschaftswissenschaftler und Vater grundlegender ökonomischer Theorien, Leonid Hurwicz, den Preis mit 90 Jahren.



Von weißen Männern aufgebaute Schmiede der Wissenschaft: Die Berliner Humboldt-Universität mit dem Denkmal Alexander von Humboldts

Foto: imago/stock&people

GESELLSCHAFT

Unser Leben beruht auf den Leistungen der „alten weißen Männer“

Keine Gruppe wird von den „Progressiven“ derart geschmäht wie sie. Doch ohne ihre Errungenschaften wäre die heutige Kultur und Zivilisation der Menschheit völlig undenkbar

Letztlich wäre die Welt ohne die alten beziehungsweise inzwischen auch toten weißen Männer heute sehr viel ärmer. Das zeigt unter anderem ein Blick auf die Innovationen in den Bereichen Medizin und Technik oder zur Erleichterung des Alltags der Menschen.

So verdanken wir der geschmähten Personengruppe unter anderem folgende praktische Dinge: Streichholz, Glühlampe, Konservendose samt Dosenöffner, Kronkorken, Sonnenbrille, Rasierklinge, Chipkarte, Geldautomat, Telefon, Bleistift, Kugelschreiber und Füllfederhalter, Radiergummi, Leitz-Ordner, Fernsehgerät samt Fernbedienung, Radio, Lautsprecher, Tageszeitung, Buchdruck, E-Mails, Wasserklosett, Klimaanlage, Nähmaschine, Elektrisches Bügeleisen, Geschirrspül- und Waschmaschine, Kühlschrank, Mikrowellenherd, Supermarkt und Einkaufswagen, Rolltreppe, Briefmarke, Kleiderbügel, Reißverschluss, Regenschirm, Aufzug, Feuerlöscher, GPS, CD

und DVD, Kreuzworträtsel und Zylinder Schloss.

In der Medizin glänzten weiße Männer, welche in der Regel auch alt wurden, sofern sie es zum Zeitpunkt ihrer Leistung nicht bereits waren, durch folgende Neuerungen von oftmals lebensrettender Natur: Stethoskop, Künstliche Niere, Herzschrittmacher, Herz-Lungen-Maschine, Ultraschallgerät, Computer beziehungsweise Magnetresonanztomograph, Röntgen- und EKG-Gerät, Transplantationen, Insulin-Spritze, Penicillin, Pocken- und Polio-Impfung, Chloroform-Anästhesie und Kontaktlinsen.

Auch die Kritiker profitieren massiv

Dazu kommt die unglaubliche Vielzahl an bedeutsamen technischen Erfindungen, seit das griechische Genie Archimedes von Syrakus im 3. Jahrhundert v. Chr. die nach ihm benannte Schraube und den Brennspiegel ersonnen hatte. Zu solchen weltverändernden Schöpfungen gehören:

Fernrohr, Mikroskop, Barometer, Seismometer, Blitzableiter, Luftpumpe, Mechanischer Webstuhl, Spinnmaschine, Dynamo, Elektromotor, Transformator, Kondensator, Elektromagnet, Induktionsspule, Leiterplatte, Transistor, Integrierter Schaltkreis, Batterie, Kernreaktor, Gasturbine, Dampfmaschine und -schiff, Schiffsschraube, Kreiselkompass, Dampfhammer, Dampf- und Elektrolokomotive, Zweitakt-, Viertakt- und Dieselmotor, Gasturbine, Automobil, Motorrad, Fahrrad, U-Boot, Unterwasseratmergerät, Wasserstoffballon, Luftschiff, Motorflugzeug, Hubschrauber, Fallschirm, Düsentriebwerk, Steuerbare Rakete, Tonbandgerät, Fotoapparat, Filmkamera, Laser, Sonnenkollektor, Brennstoffzelle, Wärmepumpe, Zentralheizung, Radiotelegraphie, Radar, Schreibmaschine, Erdölbohr- und Förder-turm, Teilchenbeschleuniger und Eisenbeton.

Drei revolutionäre Erfindungen des weißen Mannes waren zudem der Com-

puter, das Smartphone und das Internet. Als Erbauer des ersten funktionstüchtigen, vollautomatischen und frei programmierbaren Computers Z3 trat der deutsche Ingenieur Konrad Zuse (1910–1995) hervor. Die Einführung des ersten Smartphones mit Touch-Display wiederum geht auf den US-Unternehmer Steve Jobs (1955–2011) zurück. Und das Internet verdankt die Menschheit vorrangig dem britischen Physiker und Informatiker Timothy Berners-Lee, der 1955 geboren wurde und somit nunmehr 68 Jahre alt ist.

Letztlich kann man also mit Fug und Recht sagen, dass radikale Feministinnen wie Funk, welche die moderne Technik nutzen, um ihre toxischen männerfeindlichen Botschaften zu verbreiten, ohne den Erfindungsreichtum der diffamierten „Alten Weißen Männer“ kaum eine Chance hätten, Beachtung zu finden – ganz abgesehen von der Möglichkeit, vermittels Internet und Computer den eigenen Lebensunterhalt zu sichern.

PSYCHOLOGIE

Experten rätseln über die Angst vor Speisekarten

Bei Angehörigen der „Generation Z“ besonders häufig: Wenn die Bestellung im Lokal zur Qual für die Seele wird

Britische und US-amerikanische Blätter wie die „New York Post“ oder die „Daily Mail“ berichteten unlängst über eine Studie im Auftrag der englischen Restaurantkette Prezzo, welche italienische Speisen anbietet. Dieser zufolge leiden viele Angehörige der Generation Z, also junge Erwachsene im Alter von etwa 18 bis 28 Jahren, an einer bislang unbekanntem psychischen Störung namens „Speisekarten-Angst“. Das förderte die Online-Befragung von 2000 Probanden im Vereinigten Königreich zutage.

86 Prozent gaben an, beim Blick in die Speisekarte eines Restaurants Unwohlsein zu empfinden. Als Grund wurde un-

ter anderem die Angst genannt, die Zutaten oder Namen von Gerichten nicht zu verstehen. Dazu kommt das Gefühl der Überforderung durch eine zu große Auswahl. Die Reaktion hierauf besteht darin, das zu essen, was man aus den sozialen Netzwerken kennt.

Ein Drittel meinte außerdem, man benötige die Hilfe anderer Personen am Tisch, um eine Bestellung an die Bedienung zu richten. Und fast jeder Zweite geht überhaupt nur dann ins Restaurant, wenn er die Speisekarte vorher im Internet studieren konnte. Dennoch löst die Entscheidung für ein Gericht oftmals Reue aus.

Ähnliche Befunde werden aus den USA gemeldet. Dort sollen drei von zehn Erwachsenen Angst vor der Speisekarte haben, wobei der Anteil der Jüngeren auch hier deutlich höher liegt. Das löst nun Spekulationen unter Fachwissenschaftlern aus, was die tieferen Ursachen dieses Problems seien.

Gabriel Rubin vom College of Humanities and Social Sciences der Montclair State University in New Jersey erklärt die Angst mit dem Verlust wichtiger sozialer Kompetenzen aufgrund der Corona-Maßnahmen, der bei Menschen unter 30 häufiger vorkomme als bei Älteren. Dagegen spricht der Experte für Marketingpsycho-

logie Amit Kumar von einer „ins Gegenteil gewendeten Vorfreude“. Normalerweise empfinde der Mensch positive Abweichungen vom üblichen Tagesablauf als angenehm – das gelte aber offenbar nicht für die Angehörigen der Generation Z.

Andere Theorien verweisen auf die Reizüberflutung durch zu umfangreiche Speisekarten oder auf die Befürchtung, ein Gericht auszuwählen, das sich als zu teuer erweist. Darüber hinaus vermuten die Betreiber des Internetportals für „klimagerechte“ Ernährung Green Queen eine weitere wesentliche Ursache der Menükarten-Angst: Etliche der Befragten hätten gesagt, sie würden sich ernsthafte

Gedanken über die „Umweltauswirkungen“ ihrer Essensauswahl machen. Daran resultiere wohl die Hemmung, einfach das zu bestellen, was das Herz begehrt.

Pragmatischer orientierte Kenner der menschlichen Psyche sehen das Ganze viel weniger kompliziert. Die Speisekarten-Angst sei eine der vielen Ängste von Leuten, die sich letztlich vor allem und jedem fürchten, also nichts Besonderes. Und dann wäre da noch die schlichte Diagnose „Allgemeine Entwicklungsstörung“. Auch in diesem Fall lautet der Ratsschlag der Experten, nicht jedes einzelne Defizit der hyperempfindlichen Generation Z wichtig zu nehmen. W.K.

ALLENSTEIN

Neues Jahr, neue Straßenbahnstrecken

Linie 4 und 5 in Betrieb genommen – Weitere Siedlungen hoffen auf Anbindung an das Netz

VON DAWID KAZANSKI

Im neu errichteten Straßenbahndepot in der Kołobrzaska-Straße fand vor Kurzem eine Pressekonferenz statt, auf welcher der Abschluss der Bauarbeiten am Straßenbahnnetz bekannt gegeben wurde. Zwei neue Linien, die 4 und die 5, wurden in Betrieb genommen. Die gesamten Baukosten betragen umgerechnet etwa 140 Millionen Euro, von denen 85 Prozent aus EU-Mitteln stammten.

Die erste Etappe erfasste den Bau von elf Kilometern Gleisen und drei Straßenbahnlinien, die zweite sechs Kilometer Gleise und hatte das Ziel, die südlichen Stadtteile, die sogenannten Schlafstädte, besser anzubinden. Derzeit nutzen täglich mehr als 20.000 Menschen die Straßenbahnen in Allenstein.

Bei dem Treffen mit Medienvertretern wurde mehrfach betont, dass die Einrichtung eines umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrssystems ein großer Erfolg für die Stadt sei. „Der Beginn des öffentlichen Nahverkehrs war mit dem Beitritt zur Europäischen Union verbunden. Die erhaltenen Mittel ermöglichten die Rückkehr der Straßenbahn in unsere Stadt nach 50 Jahren. Dieses Projekt erforderte viel Herz, Entschlossenheit, Wissen und Können, sodass wir heute sagen können, dass wir einen weiteren Meilenstein in der Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in Allenstein erreicht haben. Ich glaube, dass der heutige Abschluss des Projekts unter Berücksichtigung der Erwartungen und Träume unserer Einwohner sowie der angewandten Strategien uns dazu verpflichtet, auf die weitere Entwicklung des öffentlichen Verkehrs in unserer Stadt hinzuwirken“, sagte der Stadtpräsident Piotr Grzymowicz.

Er wies auch auf die Vorteile der Straßenbahn hin. Als wichtigsten nannte er die Annahme, dass in den nächsten 20 Jahren mindestens 90 Millionen Euro eingespart werden können. Diese geschätzte Summe ergebe sich aus der Zeit-



Einweihung mit Publikum: Inbetriebnahme der neuen Straßenbahnlinie in Allenstein

Foto: D.K.

ersparnis, weniger Unfällen und weniger Individualverkehr.

Zeitersparnis und weniger Unfälle

Krzysztof Figat, Vorstandsvorsitzender von Polimex Mostostal S.A. – einem der Hauptauftragnehmer der Arbeiten – erwähnte die Hindernisse, auf die sein Unternehmen während der Bautätigkeit gestoßen war: „Wir haben 2021 unter sehr schwierigen Bedingungen begonnen: Die Pandemie, die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, all das hat unsere Bauarbeiten beeinträchtigt. Trotz einer kleinen Verzögerung ist es uns gelungen, unsere Ziele zu erreichen. Ich denke, es gibt etwas, worauf man stolz sein kann, denn ein so großes Projekt wird von ganz Polen wahrgenommen.“

Eine Reihe von Faktoren trug zum Erfolg des Gesamtprojekts bei: der Ausbau der Straßenbahninfrastruktur, des intelligenten Verkehrssystems, der Erwerb

von zwölf neuen Straßenbahnen (vom türkischen Hersteller Durmazlar), die Anpflanzung von Bäumen sowie der Umbau der unterirdischen Infrastruktur und des Straßennetzes.

Am Tag nach der Pressekonferenz fand die Einweihung der Straßenbahnlinie 4 am neu gebauten Betriebshof an der Wendeschleife in der Siedlung Pieczewo statt. Die erste Straßenbahn der neuen Linie fuhr mit vielen Fahrgästen an Bord ab. Die Straßenbahn fuhr von der Wendeschleife in Pieczewo in Richtung der Endhaltestelle am Hauptbahnhof und überquerte dabei auch die neu gebaute Hochbrücke. Es war eine besondere Fahrt, denn die Fahrgäste konnten einem Vortrag über die Geschichte des Eisenbahnverkehrs in Allenstein zuhören, der von Marian Jurak, dem Leiter der hiesigen Polnischen Touristik- und Landeskundengesellschaft, vorbereitet worden war.

Wenige Augenblicke später fuhr ein weiterer „Vierer“. Marcin Bobiński, der

Autor des Blogs olsztynskietramwaje.pl, hatte über die Straßenbahnen im Laufe der Jahre berichtet. Für die fröhliche Stimmung sorgten junge Musiker der Allensteiner Bildungseinrichtung „Jugendpalast“. Die Straßenbahnlinie 4 die Siedlung Pieczewo, den östlichen Teil der Siedlung Jomendorf und Na górki sowie die Siedlung Kormoran mit dem Hauptbahnhof und die Straßenbahnlinie 5 mit der Innenstadt und dem neuen Knotenpunkt am Hohen Tor verbindet.

Die Straßenbahnen sollen im 15-Minuten-Takt verkehren. In der Hauptverkehrszeit wird die Linie 4 alle 7,5 Minuten fahren. Die zweite der neuen Straßenbahnlinien, die Linie 5, wurde am 1. Januar in Betrieb genommen. Die neuen Straßenbahnlinien wurden mit Busverbindungen kombiniert. Viele Einwohner der Stadt hoffen, dass das Straßennetz in Zukunft weitere Wohnsiedlungen anbinden wird.

KÖNIGSBERG

Frische Säfte aus der Bundesrepublik

Importe aus EU und Übersee – Apfelsaft von bis zu 100 Jahre alten deutschen Streuobstwiesen

Die Lebensmittelpreise im Königsberger Gebiet steigen rapide an. Das Sortiment und die Vielfalt werden dadurch jedoch nicht geschmälert, sondern sogar reichhaltiger. Seit Kurzem haben die Bewohner des nördlichen Ostpreußen die Möglichkeit, frisch gepresste Säfte aus der Bundesrepublik zu kaufen. Die Marke Juice Shop bietet eine große Auswahl an natürlichen Säften, die direkt aus dem Westen bezogen werden.

Frische Säfte aus der EU und südamerikanischen Ländern werden in die Bundesrepublik transportiert, wo sie pasteurisiert und in Tetrapacks verpackt werden. Inzwischen werden mindestens sieben Arten von direkt gepressten Säften in Königsberg angeboten, darunter Ananas- und Orangensaft mit Fruchtfleisch aus brasilianischen sowie Orangensaft ohne Fruchtfleisch aus spanischen Früchten. Besondere Aufmerksamkeit verdient der

Saft aus Äpfeln von alten deutschen Streuobstwiesen mit etwa 100 Jahre alten

Apfelbäumen. Das Alter der Bäume und die Besonderheiten ihres Wachstums

verleihen dem Getränk einen einzigartigen Geschmack. Außerdem gibt es drei Arten von Premium-Nektaren: Mango, Passionsfrucht und Banane.

Bevor er sich entscheidet, kann der Kunde jeden Saft probieren. Trotz der hohen Qualität hält Juice Shop seine Preise relativ niedrig. Die Preise reichen von umgerechnet zwei bis 2,40 Euro pro Liter. Granatapfelsaft kostet gut 3,70 Euro. Die Kunden haben die Wahl zwischen Säften in 0,3- und 0,5-Liter-Behältern zum sofortigen Verzehr oder Saftpäckungen zum Mitnehmen.

Schon bald sollen die Säfte von Juice Shop in den Gastronomiebetrieben, Cafés und Restaurants der Stadt angeboten werden, was bedeutet, dass die Einwohner Königsbergs noch leichteren Zugang zu einer Vielzahl europäischer Produkte haben werden.



Saftladen in Königsberg: Eine Theke der Kette Juice Shop

Foto: J.T.

J. Tschernyschew

MELDUNGEN

Wechsel stopft Löcher

Altenstein – Ende letzten Jahres gab es noch deutliche Kritik am fehlenden Zugang zur Eisenbahn im südlichen Ostpreußen, doch mit dem neuen Fahrplan hat sich die Lage entspannt. Die Strecke von Allenstein nach Braunsberg über Guttstadt und Wormditt wird wieder befahren. Die Personenzüge bis Guttstadt werden bis zu 100, im weiteren Verlauf immerhin bis zu 70 Kilometer pro Stunde schnell. Die Bahnsteige entlang der Strecke wurden behindertengerecht umgebaut. Außerdem kann seit dem Fahrplanwechsel dank der Verlängerung der Linie nach Schiemanen über Willenberg wieder Ostrolenka in der Woiwodschaft Masowien erreicht werden. Das ist auch als Ausweichstrecke nach Lyck gedacht, wenn die dort anstehenden Bauarbeiten an der internationalen Linie RailBaltic die direkte Verbindung von Allenstein einschränken. U.H.

Zweispurig nach Warschau

Altenstein – Fährt man vom Allensteiner Zentrum zur Schnellstraße Richtung Hohenstein, kommt man zweispurig bis zur Stadtgrenze auf der heutigen Warschauer Allee, danach folgen 2,5 Kilometer einspurige Landstraße (Nr. 527) bis zum Anschluss Allenstein-Süd. Dieser Abschnitt soll nun erweitert werden. Die Umweltgenehmigung liegt vor, die finanzielle Unterstützung der Europäischen Union zu den geplanten Kosten von umgerechnet etwas über 22 Millionen Euro ist zugesagt. Das kurze Stück hat es jedoch in sich. Die Kreuzung mit der Straße nach Groß Bertung soll in einen Kreisverkehr mit einem Parkplatz für Umsteiger auf öffentlichen Nahverkehr umgestaltet werden. Außerdem führt die Straße über die einspurige Bahnstrecke nach Hohenstein, die auf zwei Gleise erweitert werden soll, und direkt daneben über einen Wasserlauf. Der Umbau soll noch dieses Jahr starten. Geplantes Ende der Bauarbeiten ist Ende 2026. U.H.

Sport in Masuren

Angerburg – Wie sah der Sport vor knapp 100 Jahren aus, der „Sport in Masuren in den dreißiger Jahren“? Eine Ausstellung mit diesem Titel, die mehrere Hundert Exponate umfasst, eröffnete vor Kurzem die Gesellschaft für Geschichte und Erforschung der Region Angerburg „Wendrusz“. Wie ihr Vorsitzender Krzysztof Subocz im Gespräch mit Radio Allenstein erzählte, sind unter anderem Eisseglern, Rudervereine und die lokalen Fußballklubs Thema der Ausstellung. Zu finden ist diese in den Räumen des ehemaligen Bahnhofs in Angerburg, den sich die vor knapp drei Jahren gegründete Gesellschaft „Wendrusz“ mit dem Museum der Tradition der Eisenbahn teilt. Prunkstück ist ein fahrtüchtiges Eissegelboot mit Lenkrod vor dem Gebäude. U.H.

**ZUM 100. GEBURTSTAG**

Drochner, Heinz, aus Schlichtingen, Kreis Elchniederung, am 27. Februar

Kowalsky, Martha, geb. **Bury**, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 26. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Becker, Edith, geb. **Tertel**, aus Wehlau, am 28. Februar

Forster, Betty, geb. **Buchholz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Lubitzki, Horst, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 25. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Idel, Renate, geb. **Deirowski**, aus Woinassen, Kreis Treuburg, am 23. Februar

Klein, Brigitte, geb. **Budnick**, aus Königsberg, Kreis Fischhausen, am 28. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Ciesla, Heinrich, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 24. Februar

Krause, Grete, geb. **Schulz**, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 26. Februar

Schneider, Waltraud, geb. **Leidreiter**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 23. Februar

Termer, Anni, geb. **Prowda**, aus Kretzschau, Kreis Fischhausen, am 26. Februar

Truschkat, Elfriede, geb. **Vogt**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 28. Februar

Zeymer, Emma-Maria, geb. **Mallies**, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 28. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Jakobi, Horst, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 23. Februar

Kannenberg, Burkhard, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 24. Februar

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Sellmann, Frida, geb. **Böttcher**, aus Gillgehnen, Kreis Mohrunen, am 24. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Endert, Ingfriede, geb. **Philippzik**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 65, am 23. Februar

Henning, Waltraut, geb. **Reiter**, aus Neidenburg, am 27. Februar

Hoffmann, Hans, aus Wehlau, am 24. Februar

Jensen, Helga, geb. **Maslo**, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 26. Februar

Kohse, Werner, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 28. Februar

Lettau, Artur, aus Mohrunen, am 25. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Kunze, Alma, geb. **Lemke**, aus Grünwalde, Kreis Fischhausen, am 26. Februar

Kuschel, Hildegard, geb. **Marzian**, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 28. Februar

Reichert, Brigitte, aus Lyck, Memeler Weg 8, am 25. Februar

Ritter, Helene, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 28. Februar

Sand, Ernst, aus Kirpehnen, Kreis Fischhausen, am 28. Februar

Schmieder, Gertrud, geb. **Steffens**, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 25. Februar

Stallbaum, Gertrud, geb. **Anders**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 23. Februar

Uzgidis, Ruth, geb. **Kupzyk**, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 26. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Augustin, Reinhard, aus Ossafelde, Kreis Elchniederung, am 26. Februar

Bieber, Anneliese, geb. **Ryll**, aus Sophienhof, Kreis Preußisch Eylau, am 28. Februar

Brodowsky, Horst, aus Treuburg, am 24. Februar

Hagemann, Lisbeth, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 26. Februar

Janzen, Werner, aus Barten, Kreis Mohrunen, am 23. Februar

Kemesies, Siegfried, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 25. Februar

Monecke, Paul, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 23. Februar

Nakat, Herbert, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 28. Februar

Nett, Edith, geb. **Tregel**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 28. Februar

Plattner, Dora, geb. **Kostrzewa**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 25. Februar

Severin, Inge, geb. **Krause**, aus Lyck, Lycker Garten 41, am 25. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Braun, Gudrun, geb. **Kirchweiß**, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 28. Februar

Dieck, Ernst, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 27. Februar

Gallasch, Ruth, geb. **Dorhs**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 27. Februar

Gross, Erika, geb. **Bondzio**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 26. Februar

Mohs, Edith, geb. **Thiel**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 24. Februar

Pahl, Dietrich, aus Kingitten, Kreis Fischhausen, am 27. Februar

Sahr, Anneliese, geb. **Milewski**, aus Lyck, am 26. Februar

Schurat, Willi, aus Hellbrunn, Kreis Ebenrode, am 28. Februar

Soell, Margarete, geb. **Wolff**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 27. Februar

Torkler, Elfriede, geb. **Bartolomeizik**, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 28. Februar

Volgmann, Horst, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 23. Februar

Willutzki, Christel, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bader, Christa, geb. **Taddey**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 26. Februar

Blonsky, Dietmar, aus Lenzen-dorf, Kreis Lyck, am 24. Februar

Fabian, Waltraut, geb. **Nutzhorn**, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 28. Februar

Kaminski, Siegfried, aus Lyck, am 27. Februar

Knigge, Prof. Dr. Armin, aus Lötzen, am 25. Februar

Landsberger, Eva, geb. **Stephan**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Februar

Masuhr, Lieselotte, geb. **Ullerich**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 24. Februar

Muxfeld, Elli, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 25. Februar

Petersen, Margarete, geb. **Schimmelpfennig**, aus Altstadt, Kreis Mohrunen, am 27. Februar

Schild, Ursel, geb. **Dalügge**, aus Neidenburg, am 26. Februar

Steffeck, Hans, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 26. Februar

Voßhage, Christa, geb. **Barth**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 28. Februar

Zänker, Heinz, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 26. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Behrendt, Hildegard, geb. **Tonk**, aus Wickenau, Kreis Neidenburg, am 24. Februar

Dühmke, Sigrid, geb. **Plischke**, aus Lötzen, am 27. Februar

Hunger, Monika, geb. **Knöfler**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 26. Februar

Jastremski, Günter, aus Morgen-grund, Kreis Lyck, am 24. Februar

Keitzel, Marianne, geb. **Rosinski**, aus Lötzen, am 28. Februar

Timmler, Gerhard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Jaeger, Sybille, geb. **Schimikowski**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 26. Februar

Petereit, Horst, aus Wehlau, am 24. Februar

Podufal, Martin, aus Schwiddern, Kreis Treuburg, am 28. Februar

Rutner, Frank, aus Treuburg, am 27. Februar

**Kulturzentrum Ostpreußen**

Ellingen – Freitag, 1. März, 18 Uhr: Prof. Dr. Manfred Kittel stellt sein Buch „Die zwei Gesichter der Zerstörung. Raphael Lemkins UN-Genozidkonvention und die Vertreibung der Deutschen“ vor. Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Telefon (09141) 86440, Internet: www.kulturzentrum-ostpreussen.de

ANZEIGE

Sonnabend, 1. Juni 2024
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

www.ostpreussen.de

Ostpreußentreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers, Fahneneinmarsch, Kulturprogramm, ostpreußischen Ausstellern u.v.m.

CongressPark Wolfsburg
Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg
(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. Eintritt nur mit gültiger Karte.

Zusendungen für die Ausgabe 10/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 10/2024 (Erstverkaufstag 8. März) **bis spätestens Dienstag, den 27. Februar**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Rominten – Eine Jagdlegende

Altmühlfranken – Freitag, 23. Februar, 19 Uhr, Gasthof Adlerbräu, Marktplatz, Gunzenhausen: Vorführung des Filmes „Rominten – Eine ostpreußische Jagdlegende“. Die Erinnerung an das jagdliche Leben in der ostpreußischen Heimat beginnt mit einem Wildessen und wird eingerahmt von Jagdhornbläsern. Jagdliche Stimmung ist damit garantiert. Alle Heimatfreunde und Interessierten an Rominten sind herzlich eingeladen. Eine telefonische Anmeldung bei Landsmann Bethke unter (09831) 80961 wurde erbeten.

Jürgen Danowski

Memel in Lichtbildern

Nürnberg – Dienstag, 27. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1: Unsere Bezirksvorsitzende Heide Bauer aus Ansbach berichtet mit Lichtbildern über das Memelland, einem Ferienparadies für jung und alt. Hohe Dünen, Sand, Meer und Wogen. Kommen Sie mit!



Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

West- und Ostpreußentag

Bremen – Montag, 4. März, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr, Hotel Robben Grollander Krug, Emslandstraße 30, Bremen-Grolland, BSAG-Li-

nien 1 und 8, Haltestelle „Norderländerstraße“: Bremer West- und Ostpreußentag mit Königsberger Klops. Zu Beginn besteht die Gelegenheit, Kaffee und Kuchen zu bestellen. Gerne erfüllen wir den mehrfach geäußerten Wunsch, in unserem landsmannschaftlichen Kreis einen Bericht mit Bildern und Eindrücken aus dem Kaukasus (Georgien/Armenien) vorzutragen. Im Frühsommer des vergangenen Jahres waren einige Mitglieder und weitere Interessenten dort unterwegs und haben eine Region der ehemaligen UdSSR kennenlernen dürfen, die vielfältige Besonderheiten aufweist. Wir freuen uns, Ihnen diese zeigen zu können.

Vor dem Klopsessen werden wir den traditionellen Pillkaller genießen. Die Zutaten werden dem Lokal von uns zur Verfügung gestellt.

Gäste, die auf Fleisch verzichten möchten, können ein veganes Gericht aus der Speisekarte bestellen. Der Preis für das Essen, Königsberger Klops: 21,- Euro; Pillkaller: 3,20 Euro, wird von uns nicht mehr im Voraus kassiert, er wird im Lokal direkt mit der Bedienung abgerechnet.

Wir benötigen Ihre Anmeldung, telefonisch bei Dagmar Schramm unter Telefon (04298) 698765 oder per E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, da wir die erforderlichen Portionen des Klopsessens im Voraus kostenpflichtig bestellen müssen.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, **Geschäftsstelle:** Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Telefon (0178) 3272152

Neujahrsempfang

Hamburg – Freitag, 23. Februar, 12 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg; Neujahrsempfang

des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg.



Hessen

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Wolfskinder

Kassel – Donnerstag, 7. März, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fuldastraße 140: Treffen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen mit Bernd Brandes zum Thema „Authentische Lebensberichte von Wolfskindern“.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Delegiertentagung

Oberhausen – Sonnabend, 23. März, 10 bis etwa 16 Uhr, Schenkendorfstraße 12, Haus Union: Delegierten- und Frühjahrstagung mit Vorstandswahlen und folgendem Programm: Begrüßung und Regularien, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Berichte des Vorstandes, Beschlussfassung zur angepassten Satzung, Wahlen zum Vorstand; Frühjahrstagung mit Vortrag zu kulturellen und aktuellen Themen, Mittags- und Kaffeepause.

Die Delegierten werden gesondert eingeladen und erhalten die Tagesordnung übersandt. Es wird um Anmeldung zur Tagung gebeten.

Diese richten Sie bitte an E-Mail: buero@ostpreussen-nrw.de oder an E-Mail: romagno@ostpreussen-nrw.de. Das Tagungsentgelt beträgt 15,- Euro pro Person. Klaus-Arno Lemke

Nachruf

Der Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen e.V. verneigt sich in Trauer vor Dr. jur. Dr. rer. nat. Ehrenfried Mathiak (geboren am 8. April 1945, gestorben am 31. Januar).

Mathiak gehörte dem Vorstand von 1995 bis 2005 als Vorsitzender an. In dieser Zeit trat er für die Interessen und Anliegen der Ostpreußen in Nordrhein-Westfalen ein, insbesondere für die Erinnerung an das Vertriebenenschicksal und für die Würdigung der kulturellen Beiträge Ostpreußens und seiner Menschen zur gesamtdeutschen Kultur.

Beispiele für sein außerordentliches Engagement sind:

Ostkundlicher Schülerwettbewerb – der ursprüngliche Ansatz in thematischer und finanzieller Hinsicht wurde im Kalenderjahr 1996 heftig diskutiert. Mathiak trat unermüdlich für die Fortführung des von der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen seit 1953 ausgeschriebenen Schülerwettbewerbes zu Themen wie Flucht, Vertreibung und Aussiedlung ein.

Ostpreußenfahrten – Die politische Wende um 1989 sowie der Nachbarschaftsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen eröffnete neue Möglichkeiten, nach Ostpreußen zu reisen und dort Kontakte mit den in der Heimat verbliebenen Landsleuten zu knüpfen. Mathiak vertiefte mit diesen Ostpreußenreisen die Verbindungen zur Deutschen Minderheit in der Heimat. Andererseits wurden diese Ostpreußenreisen als Seminarreisen gestaltet, die für Mitreisende ohne persönlichen Bezug zu Ostpreußen eine Möglichkeit der Fortbildung eröffneten.

Preußische Treuhand – Mathiak gründete mit anderen engagierten Persönlichkeiten die Preußische Treuhand, um offene Rechtsfragen im Umgang mit dem konfiszierten Eigentum und deutschen Vermögenswerten zu klären. Es wurden verschiedene Rechtsverfahren bis zur höchsten richterlichen Ebene geführt. Sein letztes Anliegen war es, die geführten juristischen Verfahren für die weitere wissenschaftliche Aufarbeitung zu archivieren.

Ostpreußentreffen auf Schloß Burg (Nationale Gedenkstätte an Flucht und Vertreibung) – Aus der Kulturarbeit der Landesgruppe, unter dem Vorsitz von Mathiak, sind die Treffen der Landsmannschaft Ostpreußen auf Schloß Burg an der Wupper hervorgegangen. Professor Theodor Heuss, erster Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, eröffnete 1951 die Gedenkstätte im Batterieturm. Diese Treffen wurden über einen Zeitraum von 15 Jahren durch die Landsmannschaft Ostpreußen organisiert und durchgeführt. Durch die Zusammenarbeit mit der Landsmannschaft Schlesien, der Pommerschen Landsmannschaft und dem Bund der Vertriebenen, Landesverband Nordrhein-Westfalen wurden die Treffen erweitert. Die Corona-Pandemie sowie umfangreiche Baumaßnahmen an der Burg unterbrachen diese beliebte Tradition. Seit 2023 werden die Landestreffen fortgesetzt.

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen – Nach seiner Pensionierung im Jahre 2010 hat Mathiak etwa fünf Jahre in der Geschäftsstelle der Kulturstiftung beraten und unterstützend mitgearbeitet und war dabei auch zeitweise als Mitglied im Vorstand der Kulturstiftung kooptiert. Er wirkte ebenso beim Aufbau der Internetplattform „Kulturportal West-Ost“ mit.

Förderkreis Kirche Tharau / Ostpreußen e.V. – Mathiak arbeitete im Vorstand des Förderkreises Kirche Tharau / Ostpreußen e.V. mit. Ziel des Förderkreises war es, die Kirche als Kulturdenkmal zu

restaurieren und für die Nachwelt zu erhalten. Die Restaurierung deutscher Baudenkmäler, um so die Spuren der Vergangenheit für die Nachwelt sichtbar zu machen, war ihm eine Herzensangelegenheit. Damit gehörte er zu den deutsch-russischen Initiativen im Königsberger Gebiet, die dieses Kulturgut für künftige Generationen retteten.

Tharau ist von besonderer Bedeutung, da Simon Dach anlässlich der Hochzeitsfeier der Anna Neander mit dem Pfarrer Johannes Portatius, das Lied „Anke van Tharaw / Ännchen von Tharau“ dichtete. Dieses Lied wurde durch Johann Gottfried Herder in seine Sammlung der Volkslieder aufgenommen. Der Vater von Anke Neander war Pfarrer in Tharau, ihrem Geburtsort. Der Förderkreis konnte Erhaltungsmaßnahmen an der Kirche durchführen und diese vor dem sicheren Verfall bewahren.

Mathiak stand der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Landsmannschaft Ostpreußen bis zu seinen letzten Lebenstagen mit Rat und Tat zur Seite. Im November 2023 wurde er mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen geehrt.

Sein Tod traf uns alle unerwartet, da er noch sehr aktiv und voller Pläne war. Wir werden Ehrenfried Mathiak vermissen, sein Rat und seine ausgleichende Art werden uns fehlen. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Mit den Worten Immanuel Kants verabschieden wir uns von einem treuen Ostpreußen, liebenswerten Mitstreiter und Freund: „Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot, der ist nur fern, tot ist nur, wer vergessen wird.“

Für den Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen e.V. Jürgen Zauner als Ehrenvorsitzender, Klaus-Arno Lemke, Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-08-R



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro
Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15



Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Neujahrsempfang

Chemnitz – Sonnabend, 10. Februar, fand der erste gemeinsame Neujahrsempfang des Regionalverbandes Chemnitz Süd-West-Sachsen des Landesverbands der Vertriebenen und Spätaussiedler mit den Landsmannschaften der Ost- und Westpreußen Landesgruppe Freistaat Sachsen e.V. und den Deutschen aus Russland statt. Unsere Vorsitzende Liane Labuhn eröffnete diese Veranstaltung mit der Begrüßung der Gäste aus Poli-

tik: Peter W. Patt, MdL, und Gerald Otto, MdL, vom Sächsischen Landtag der CDU-Fraktion, Kai Hähner, OMV Landesvorsitzender in Sachsen, und unseren Vertriebenen Beauftragten in Sachsen Dr. Jens Baumann vom Sächsischen Staatsministerium des Innern im Freistaat Sachsen. Als besonderen Gast konnten wir Hans-Jörg Froese, stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, begrüßen.

Hier ein Auszug der Grußworte unserer Gäste. Unser Vertriebenen Beauftragter Baumann fand folgende Worte:

„Jahresempfang der Vertriebenen und Spätaussiedler in der Begegnungsstätte Chemnitz. Das Bild neben den Rednern zeigt eigentlich sehr gut, was die Gruppen des Verbandes in Sachsen auszeichnet: immer wieder Wurzeln schlagen, Ideen, Kultur zum Ausstreuen und Blühen bringen. Die zahlreichen Grußworte, so waren auch die engagierten CDU Land-

tagsabgeordneten Peter W. Patt und Gerald Otto zugegen, sprachen aus, was gar nicht mehr so selbstverständlich ist: Es gehört Mut dazu, die Kultur weiterzutragen und auf bestimmte Werte hinzuweisen wie Fleiß, Zusammenhalt, Respekt im gesellschaftlichen Umgang.

Die kulturellen Traditionen zeugen doch von einer Substanz, die uns auch heute noch bereichert, gerade in unserer so schnelllebigen Zeit, wo vieles gleich wieder untergeht ohne, dass es richtig da war. Auch das Einbringen in die Gestaltung der Kulturhauptstadt 2025 wurde diskutiert. In solchen Runden erlebe ich immer wieder das Anliegen, wie unsere Gesellschaft noch besser zusammengehalten wird, einer manchmal erlebten Vereinzelung weil man nur Seines sieht, entgegengewirkt werden kann. Was wir alle mehr brauchen und vor allem ausstrahlen sollten, auch die Politik, die Medien: Lust auf die Zukunft und durchaus Stolz auf das Geschaffene. Statt Pessimismus lieber Begeisterung.“

Baumann hat maßgeblich an der Erarbeitung unseres Grundsatzprogrammes mitgewirkt, sodass Folgendes festgehalten wurde:

„Das Recht auf die Heimat gilt fort. Wir treten in unserer historischen Verantwortung für ein internationales und europäisches Volkgruppen- und Minderheitenrecht und für das fortwährende Recht auf die Heimat, eigene Sprache und Kultur ein. Auch in einem vereinten Europa mit zunehmend offenen Grenzen erfüllen Heimatvertriebene und Volksgruppen eine wichtige Brückenfunktion zwi-

schen den Nationen. Auch die Deutschen, die in ihrer Heimat außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geblieben sind, können diese wichtige Funktion zwischen Deutschland und seinen Nachbarn beim weiteren Zusammenwachsen Europas wahrnehmen. Vertriebenen jeder Art müssen international geachtet und verletzte Rechte anerkannt werden. An unserer Politik der Aufnahme deutscher Spätaussiedler bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebensgrundlagen in den Herkunftsgebieten halten wir fest.“

In seinem Grußwort des Bundesvorstands der Landsmannschaft Ostpreußen führte Hans-Jörg Froese unter anderem aus, dass „auch 79 Jahre nach Beginn von Flucht und Vertreibung aus ehemals angestammten deutschen Siedlungsgebieten hier in Sachsen, die Erinnerung und Herkunft gepflegt wird“, und „es eine Frage der Menschlichkeit ist, dass das Leid und die Erinnerungen der Zeitzeugen, das Unrecht an Millionen von Menschen ernst genommen werden und weiter, als Vermächtnis einer ganzen Generation in die Zukunft getragen werden“. „Daher sind auf Dauer angelegte Ausstellungen und Begegnungsstätten wie Knappenrode oder die Landesmuseen der ehemaligen Siedlungsgebiete besonders wichtig.“

Eine beeindruckende künstlerische Untermalung brachten uns die Geschwister Helena und Valentin Ehnert, mit Querflöte und Klavier, dar.

Mit fundiertem Wissen über die Historie der Altertums-Gesellschaft Prussia wurde uns diese von Froese in einem Vortrag nahege-

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

- 16. und 17. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt (geschlossener Teilnehmerkreis, kurz: gT)
13. und 14. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg (gT)
19. bis 21. April: Kulturseminar in Helmstedt
1. Juni: Ostpreußentreffen in Wolfsburg
22. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Osterode
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

- 1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal (gT)
2. November: Mitgliederversammlung der LO-Bruderhilfe e.V. in Wuppertal (gT)
2. und 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (gT)

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Begrüßt die Gäste: die Vorsitzende des Regionalverbandes Liane Labuhn

FOTO: ALEXANDER SCHULZ

bracht. Von der Gründung der Gesellschaft im Jahre 1844 in Königsberg bis zur Gegenwart. Der Anspruch, die Bedeutung und die kulturellen Leistungen Altpreußens, Ost- und Westpreußens als Bestandteil der Kultur Deutschlands zu erforschen, sichtbar zu machen, zu pflegen und zu fördern sowie der in- und ausländischen Öffentlichkeit zu vermitteln, wurde dargelegt.

Der Jahresempfang endete mit guten Gesprächen und einem Ideenaustausch für die zukünftige Arbeit. Alexander Schulz

01127 Dresden: „Entwicklung der ländlichen Siedlungen, Dörfer und Städte in den Kreisen Johannisburg und Lyck“, Vortrag vom Kreisvertreter Klaus Downar



Vorsitzender: Dieter Wenskat, Horstheider Weg 17, 25365 Offenseth-Sparrieshoop, Tel.: (04121) 85501, E-Mail: dieter.wenskat@gmx.de

Johannisburg und Lyck

Dresden – Mittwoch, 6. März, 13 Uhr, Großenhainer Straße 96,

Orte, die es nicht mehr gibt

Bad Schwartau – Es herrschten fast den ganzen Januar nasskalte

Rätsel

Word search puzzle grid with clues in German. Clues include: steril, biblischer Prophet, garstig, gemein, Gruppe von Jagdhunden, TV-Radiosender (Abk.), Bargewinn, anhand, per, über (lat.), Wind-schatten-seite e. Schiffs, das Sehen betreffend, Winter-sportort in Österreich, Frauen-name; Buch im A. T., vordringlich, Satz-zeichen, Wahl-möglichkeit, lang-same Gangart, 44. Prä-sident der USA (Barack), fasanen-artiger Vogel, sich täuschen, Vorsilbe: gegen (griech.), Herr-en-jackett, Wasser-fahr-zeug (Kzw.), Honig-wein, betrübt, Haar-wuchs im Gesicht, ein Wacholder-brannt-wein, Himmels-richtung, Kopfbedeckung, Insel-staat in Ost-asien, zweit-höchster Gipfel im Harz, schweizerisches Kartoffel-gericht, schwar-zer Kohlen-stoff, nicht ver-trauens-würdig, unbestimmter Artikel, artig, brav, Zustimmung bei der Heirat, Welt-organisation (Abk.), flüstern, murmeln, Mineral- oder Gesteins-körnchen, mittel-los; be-dauernswert, Vor-raum, Flur, kleine Brücke, rein, unver-fälscht, australischer Lauf-vogel, aufhören, Senke im Gelände, Verbrechen, stehen-des Binnengewässer, Brei aus Früchten, Kar-toffeln, Prüfer, Heer; Heeres-verband, fort; ver-schwunden, poe-tisch; Irland, span. Maler (Salva-dor), Zeichen für Milli-liter, Gebirgs-mulde, norddt.: kleines Küsten-schiff, Berg-weide, Gebirge auf Kreta, Stadt im Sauer-land (NRW), Atmungs-organ, Nahrung zu sich nehmen, griechische Sieges-göttin, unwis-sender Mensch, Tier oder Pflanze a. fernem Ländern, Kurort im Kanton Graubünden, mit Strenge aus-bilden, Vor-name von Goghs, Fremd-wort: halb (lat.), Binn-en-staat in Ost-afrika, deutscher TV-Mode-rator (Stefan), spöt-tisch, franz. Herr-scher-anrede, Haupt-stadt von Vor-arlberg, unbestimmtes Flug-zeug, eine Zahl, Wäh-rungseinheit, hawaiianischer Gruß, Musik-stück (italie-nisch), Hand-werker-vereini-gung, Fluss zum Rhein, bargeld-loser Zahlungs-verkehr, Platz, Stelle, brit. Schau-spieler: ... Guinness, engli-sche Schul-stadt, abgesto-chenes Rasen-stück, Segel-befehl, orientalisches Färbe-mittel, Blech-blas-instrument, Jagd mit Hunden, aufge-brühtes Heiß-getränk

Sudoku

9x9 Sudoku grid with numbers 1-9 in some cells.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

6x6 Diagonal puzzle grid with numbers 1-6 in some cells.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Umstandswörter.

- 1 an der Spitze, am Anfang
2 Falschspieler, Betrüger
3 deutsche Hauptstadt
4 deutscher Reformator (Martin)
5 eine Baltin
6 doppelkohlensaures Natrium

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine kleine, blaue Frucht.

- 1 unbeschwert, fröhlich, 2 Darlehen, 3 englisches Hohlmaß, Fass, 4 Kurort am Meer, 5 veraltet: Geräte-, Wagenschuppen

Diagram for the 'Kreiskette' puzzle showing a path of numbers 1-5 in a circular arrangement.

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Tage und „man mochte nicht mal den Hund nicht vor die Tür lassen“, aber auf Einladung unseres Vorsitzenden Axel Simanowski zur ersten Zusammenkunft im neuen Jahr hatten sich 25 Mitglieder entschlossen vor die Tür zu gehen und am Treffen zum Thema: „Verschwunden, Orte, die es nicht mehr gibt – Verlorene Dörfer in Masuren – eine Spurensuche“ teilzunehmen. Simanowski berichtete über verschiedene grenzüberschreitende Initiativen, die sich seit den 1990er Jahren auf die Suche nach Spuren machten, manchmal geben Mauerreste oder Knickwälle klägliche Hinweise auf vergangene Besiedlung. Dann kam er auf seine eigene Suche in seinen heimatlichen Gefilden im Kreis Angerburg zu sprechen, nach seinem kleinen alleinstehenden elterlichen Bauernhof, der heute von polnischen Menschen in Besitz genommen worden ist. Er ist Jahrgang 1941. Auch seine Familie trat die weite Flucht nach Westen vor der Welle der russischen Kriegsmaschine an, und sie kamen bis in die Nähe von Buxtehude, wo er aufwuchs. Heute ist er froh darüber, dass der Hof weiter betrieben wird. Es erweckt in ihm aber heute auch eine Sehnsucht, mehr über das frühere Leben um und auf dem Hof, seiner Geburtsstätte, zu erfahren. Auch der Familienfriedhof ist, zwar von der Natur überwuchert, noch da, und wurde von ihm in einen gepflegten Zustand versetzt. Er beginnt sich Fragen zu stellen und von seinem drei Jahre älteren Bruder mehr Wissen zu erlangen.

Anhand der Ostpreußenkarte und Bildern vom Gehöft und Friedhof schwenkt Simanowski um, und ist der Meinung, dass doch auch viele von uns ähnliche Schicksale hätten, von denen wir untereinander eigentlich viel zu wenig wüssten. Er bittet darum, Mut zu zeigen und auch über sein Schicksal mal zu berichten. Anhand der Karte könne man seinen ostpreußischen Wohnsitz zeigen und so über seine Flucht und heutige Verbindung zur Heimat erzählen. Obwohl nicht aufgezeigt, wurde Hans-Albert Eckloff aufgefördert: „Komm Hans, mach' Du den Anfang.“ Eckloff, Jahrgang 1941, erzählte über sich und seine Familie, den 175 Hektar großen Gutsbetrieb in Kerpen Kreis Mohrungen, über die Flucht mit Pferd und Wagen, vom Vater, der seine Familie noch bis zur Bahnstation Salfeld begleitete und wieder an die Front ging, wo er drei Tage später dann in Elbing gefallen ist. Die Jugendzeit erlebte Eckloff in der DDR, bei den jungen Pionieren, und dann folgte die zweite Flucht in die BRD, nur mit einem Koffer in der Hand, seine Mutter mit drei Kindern – wieder ein Anfang – wieder ganz von vorne. Eckloffs Mutter hat ihre Lebenserinnerungen sehr umfangreich aufgeschrieben, sodass daraus ein kleines Buch wurde. Immer wieder habe er nach seinem Berufsleben darin gelesen und sei, dadurch inspiriert, viele Male nach Ostpreußen gefahren, nicht um nur den inzwischen fast zur Ruine verfallenen Gutshof immer wieder anzusehen, sondern Ostpreußen in seiner Gänze, der Geschichte, die Ordensburgen und Schlössern, die Romintener Heide, den historischen und technisch berühmten Oberländischen Kanal besser kennenzulernen und die besungenen Wälder und Seen zu genießen.

Als nächstes erzählte Gerd Thralau, Jahrgang 1936. Er stammt aus Königsberg – auf der Pave und aus einer Eisenbahner Dynastie.

Ruhig und besonnen erzählte auch er seine Geschichte. Mit der Lokomotive ist die Familie von Königsberg bis Pillau geflohen, und von dort per Schiff zunächst bis nach Kolberg, dann nach Küstrin und weiter nach Stettin und über Land dann schließlich bis nach Schleswig-Holstein, wo er dann auch seinen Beruf zum Eisenbahner fand. Fahrdienstleiter, Bahnhofsvorsteher und schließlich als Feldoberrat hatte er für den gesamten Güterverkehr von Lübeck die Verantwortung zu tragen. Sein Hobby ist auch die Bahn von den Anfängen bis heute. Darüber hat er in unserer Ortsgruppe schon mal einen Vortrag gehalten. Auf der dargebotenen Karte von Königsberg konnte er über jeden Schienenstrang seine eigene Geschichte erzählen.

Die Schatzmeisterin Gisela Rowedder, Jahrgang 1938, auch in Königsberg geboren, erinnert sich, dass ihre Familie in der Nähe einer Flakstellung wohnte, und sie zunächst 1944 nach Wehlau zur Verwandtschaft umziehen mussten. Hier haben sie auch das letzte Mal ihren Vater gesehen, der bis heute als vermisst gilt. Sie wohnten dann wieder in ihrem Haus und flohen im Januar 1945 mit einem Kohlen-schiff bis Pillau, um dort in ein größeres Schiff umzusteigen. Ihre jüngere kranke Schwester saß in einem Schlitten, mit dem sie nun über Bord gezogen werden sollte. Als ihre Mutter das sah, brach sie die Flucht ab und wartete auf eine neue Gelegenheit, die nach ein paar Tagen später gegeben war. Diesmal klappte die Überfahrt von Königsberg bis Pillau, von dort mit der Gustloff bis Gotenhafen und mit der Kap Arcona bis Neustadt in Schleswig-Holstein und von hier gleich in die Kaserne nach Eutin. Ein Bauer aus Holstendorf kam eines Tages und holte sie zu sich ab. Nach der Vereinigung ist sie mit ihrem Mann und der Mutter 1991 nach Königsberg gefahren und hat das Haus unzerstört vorgefunden. An einige Kleinigkeiten konnte sie sich noch erinnern.

Hannelore Unruh, Jahrgang 1933, schloss sich mit ihrem Erlebten an. Die Zeit lief uns davon und wir mussten zu Ende kommen. Aber seine Idee, uns Mitglieder über unsere Heimat, Flucht und Beziehung zur Heimat, zum Reden zu bringen, ist grandios und sollte weitergeführt werden. Es sind noch viele Mitglieder da, die über ihr Schicksal reden könnten, aber dass ein nächstes Mal.

Zum Abschluss sangen wir unser Heimatlied und wünschen uns einen guten Heimweg. H.-A. E.

Jahreshauptversammlung

Burg auf Fehmarn – Sonnabend, 24. Februar, 15 Uhr, Haus im Stadtpark, Burg: Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“.

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM Fl) e.V.

Flensburg – Mittwoch, 6. März, 15 Uhr, TSB-Heim, Eckener Straße: Kaffeetafel mit anschließendem Vortrag von Uwe Steinhoff: „Die Einweihung des Nord-Ostsee-Canals durch den Kaiser“.

Es wird um Anmeldung gebeten bei Frau Kunde unter Telefon (0461) 91170 oder per E-Mail: rehekunde@aol.com oder bei Herrn Legies unter Telefon (0461) 32006 oder per E-Mail: hans.legies@t-online.de.

**Gerdauen**

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, **Gst.:** Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschäftsstelle @kreis-gerdauen.de

Hauptkreistreffen

Bad Nenndorf – Wochenende, 5. bis 6. Oktober, Bahnhofstraße 8, Hotel Esplanade: Hauptkreistreffen.

Übernachtungsmöglichkeiten stehen im Hotel Esplanade ausreichend zur Verfügung. Unter dem Buchungsschichtwort „Hauptkreistreffen Gerdauen“ können Doppelzimmer (130 Euro) und Einzelzimmer (85 Euro) mit Frühstück ab sofort reserviert werden. Bitte richten Sie ihre Anfragen an das Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 798110, E-Mail: kontakt@hotel-esplanade. Außerdem können Sie sich zwecks Vermittlung anderer Unterkünfte an die Tourist-Information Bad Nenndorf, Hauptstraße 4, 31542 Bad Nenndorf, Telefon (05723) 748560, E-Mail: tourist-info@badnenndorf.de, Internet: www.badnenndorf.de, wenden.

Wir freuen uns sehr, Sie in Bad Nenndorf begrüßen zu dürfen. Das Programm des Treffens wird derzeit erarbeitet und rechtzeitig an dieser Stelle, in unserem Heimatbrief und auf unserer Internetseite unter www.kreis-gerdauen.de veröffentlicht. *Walter Mogk*

**Bund Junges Ostpreußen**

Vorsitzende: Ingrun Renker **Gst.:** Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Kulturzentrum Ostpreußen

Ellingen – Wochenende, 22. bis 24. März: Reise in das Kulturzentrum Ostpreußen, gelegen im beeindruckenden Deutschordensschloß Ellingen in Bayern. Dieses Kulturzentrum widmet sich der reichen Geschichte und Kultur Ostpreußens und bietet eine einzigartige Gelegenheit, unser kulturelles Erbe in einem historischen Ambiente zu erleben.

Neben der Besichtigung des Kulturzentrums planen wir, die charmante Umgebung von Ellingen zu erkunden und gemeinsame Momente in dieser historischen Stadt zu genießen. Bitte beachtet, dass die Teilnehmerzahl begrenzt ist, um ein intensives und persönliches Erlebnis zu gewährleisten.

Anmeldungen für diese spannende Reise nehmen wir bis zum 25. Februar entgegen. Bitte sendet eure Anmeldung per E-Mail an: kontakt@junge-ostpreussen.de.

Der Eigenbeitrag (BJO-Mitglieder: 30,- Euro, Anwärter & Fördermitglieder: 35,- Euro, Nicht-Mitglieder: 50,-Euro) ist bis zum 25. Februar unter dem Stichwort „Ellingen November 2024 <eigener Name>“ auf das Konto des BJO zu entrichten. Weitere Informationen unter: www.junge-ostpreussen.de.

Weitere Veranstaltungen: Sonnabend, 1. Juni: Ostpreußen-

treffen in Wolfsburg; Sonntag, 23. Juni: virtueller Stammtisch des BJO; Donnerstag, 25. Juli bis Mittwoch, 31. Juli: Sommerfahrt nach Ostpreußen; Donnerstag, 3. Oktober bis Sonntag, 6. Oktober: Bundesversammlung des BJO; Sonntag, 10. November: virtueller Stammtisch des BJO.

Bund Junges Ostpreußen

**Filmreihe**

BdV Hessen Digital – Dienstag, 27. Februar, 18 Uhr, CULTURE TO GO, www.youtube.com/cultureto-

go: „MITGENOMMEN - Objekte erzählen Geschichte(n)“ Beitrag #9 | „Die Fotos meiner Eltern“ von Gabriela Zessin.

In der Filmreihe „MITGENOMMEN - Objekte erzählen Geschichte(n)“ werden persönliche Geschichten von Heimatvertriebenen, Flüchtlingen sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern anhand von Objekten erzählt. Mit diesem medialen Projekt macht der BdV-Landesverband Hessen auf die deutsche Kultur und Geschichte im östlichen Europa aufmerksam. Dieses mediale Projekt des BdV-Landesverbandes Hessen, in Kooperation mit Marc Stengel, wird durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport gefördert.



Bei den Aufnahmen: Gabriela Zessin, Vorstandsmitglied und Landesfrauenreferentin des BdV-Landesverbandes Hessen, mit Porträts ihrer Adoptiveltern, die aus Pommern (Schneidemühl und Büttow) stammen *Foto: BdV Hessen*

ANZEIGEN

Der richtige Weg, anderen vom

Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.

Preußische Allgemeine

Buchtstraße 4
22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32
Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem Ehemann, unserem Papa und Opa

Heinz Milewski

* 10. 5. 1931 † 26. 1. 2024
in Halldorf Kruge
Kreis Treuburg Brandenburg

In stiller Trauer

Deine Frau Hannelore Milewski
und Deine Familie

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am 8. März 2024 um 13.00 Uhr auf dem Friedhof in Kruge, Brandenburg statt.



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von



Dr. Dr. Ehrenfried Mathiak

* 8. April 1945
in Bayreuth

† 31. Januar 2024
in Bornheim

Der Verstorbene war von 1995 – 2005 Vorsitzender der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Landsmannschaft Ostpreußen.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die LO Herrn Dr. Dr. Ehrenfried Mathiak im Jahre 2023 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister

Gebt mir einen Platz am Himmelsrand,
von wo ich sehen kann mein Heimatland:
Ostpreußen

Die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen
der Landsmannschaft Ostpreußen
trauert um ihren langjährigen Vorsitzenden (1995 – 2005)
und Ehrenvorsitzenden

Dr. jur. Dr. rer. nat. Ehrenfried Mathiak

* 8. April 1945 † 31. Januar 2024

Träger des Goldenen Ehrenzeichens

Für seinen aufrichtigen und prägenden Einsatz
für unsere ostpreußische Heimat
dankt der Vorstand der Landesgruppe.

Jürgen Zauner (Ehrenvorsitzender)
Klaus-Arno Lemke, Arnold Schumacher, Dr. Bärbel Beutner

Für die Kreisgruppe Bonn e.V. in der
Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen
Waldemar Moscicki

OSTPREUSSEN

Ein Paradies für Fischer

An der Ostsee, in Flüssen und Seen wurde schon vor der Ordenszeit eine intensive Fischwirtschaft betrieben

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ostpreußen war ein Paradies für Fischer. Diese konnten ihrer Arbeit sowohl in der Ostsee sowie dem Kurischen und dem Frischen Haff als auch an zwei Dutzend Flüssen und rund 1140 Binnenseen nachgehen. Daher gab es allein im Bereich der ostpreußischen Küste um die einhundert Fischerdörfer, die sich wie die Perlen einer Kette zwischen Vogelsang im Westen und Nimmersatt im Nordosten aufreiheten. Dazu kamen fast 2000 Betriebe der Binnenfischerei.

Der Fischfang in der Ostsee profitierte davon, dass der Meeresgrund hier meist sandig war und somit den weitgehend ungehinderten Einsatz von Netzen aller Art erlaubte. Zu den wichtigsten Häfen für die Küstenfischerei in Ostpreußen zählten Pillau und Memel sowie ab 1902 dann auch Neukuhren an der Küste des Samlandes. Von hier liefen unter anderem die Motorkutter zu den Hauptfanggebieten für Dorsche, Heringe, Sprotten und andere Seefische aus.

Noch wichtiger für die ostpreußische Wirtschaft als die Ostseefischerei war die Hafffischerei. In den beiden Brackwasserseen zwischen dem Festland und der Kurischen beziehungsweise Frischen Nehrung tummelten sich Aale, Stint, Zander, Barsche und etwa zwei Dutzend weiterer Fischarten. Deren Fang erfolgte mit Hilfe charakteristischer Segelkähne wie den Kurren- und Keitelkähnen, von denen es schließlich so viele gab, dass eine zu starke Reduzierung der Bestände drohte.

Die Binnenseen mit ihrer Gesamtfläche von fast 1200 Quadratkilometern beherbergten vor allem Brassen, Plötzen, Hechte, Karauschen, Bleie und Maränen. Auch hier waren die Erträge sehr ergiebig,



Alltag am Kurischen Haff: Flundern und Netze wurden zum Trocken an der Sonne aufgehängt. Am Frischen und Kurischen Haff wurden auch Zander (Bild) gefangen
Fotos: Bildarchiv Ostpreußen, Imago/Panthermedia



währenddessen hatte die Flussfischerei eine geringere Bedeutung. Diese erhielt durch den winterlichen Fang von Neunaugen und Quappen ein besonderes lokaltypisches Gepräge. Bei den Fischern in Ostpreußen kamen ganz unterschiedliche Fanggeräte und -techniken zum Einsatz: Treib-, Zug-, Strand-, Stell-, Flunder und Sacknetze, Lachs- sowie Aalangeln, Reusen und Fangkörbe.

Gefischt wurde auf dem Gebiet des heutigen Ostpreußen schon lange vor der Expansion des Deutschen Ordens im 13. Jahrhundert durch die ortsansässigen Prußen und Kuren. Deren Nachkommen arbeiteten auch später überdurchschnittlich oft im Fischereigewerbe, während sich die deutschen Kolonisten eher als Bauern oder Handwerker betätigten. Mittelalterliche Quellen berichten, dass es bei der Ankunft der Ordensritter bereits eine sehr intensive Fangwirtschaft gab. Diese kam alsbald unter die Aufsicht des Ordens beziehungsweise der Bischöfe. So ernannte der Deutsche Orden bis 1400 rund 40 Fischmeister, welche die Nutzungsrechte an der Fischerei in den jewei-

ligen Gewässern vergaben und in diesem Zusammenhang sogenannte Keutelbriefe ausstellten, in denen unter anderem die Netzarten, Maschenweiten, Fangbezirke sowie jährlich zu zahlenden Abgaben für das Fischereiprivileg geregelt waren.

Fischmeister mit hohem Ansehen

Das Amt des Fischmeisters muss ein sehr hohes Ansehen genossen haben, was sich unter anderem daran ermessen lässt, dass der Fischmeister von Putzig, Heinrich Refle von Richtenberg, im Jahre 1470 zum Ordenshochmeister avancierte. Die Wichtigkeit der Fischerei für den Orden und den Klerus resultierte nicht zuletzt aus den zahlreichen Fastentagen, die es

damals zu berücksichtigen galt und die eine kontinuierliche Versorgung mit Fisch erforderten.

Ungeachtet dessen erließ der Deutsche Orden zu keinem Zeitpunkt eine umfassende fischereipolizeiliche Ordnung. Dies taten erst die weltlichen Herrscher in Ostpreußen nach der Umwandlung des Ordenslandes in ein Herzogtum. Historisch überliefert ist die Fischereiverordnung vom 30. Januar 1589, in der ältere Bestimmungen Erwähnung fanden, die verbessert werden sollten. Seitdem existierten Regelungen zum Fischfang sowie auch zum Fischhandel und zu den Fischpreisen, zu Nebenerwerbstätigkeiten der Fischer wie Bernsteinsuche, Jagd und Aufsammeln von Strandgut, zum Verhalten in Seenotfällen sowie zum persönlichen Auftreten der Fischer und Garnmeister. Diesbezüglich gab es unter anderem Vorschriften über die Einhaltung der Sonntagsruhe und ein allgemeines Verbot des Fluchens, Scheltens oder leichtfertigen Schwörens und des Fischverkaufs während der Gottesdienste.

Die Verordnung von 1589 wurde in den Jahren 1620, 1640, 1721, 1728, 1738, 1774, 1797 und 1843 ein ums andere Mal revidiert, präzisiert oder erweitert, bis schließlich am 7. März 1845 die neue Allgemeine Fischereiverordnung für die Provinz Ostpreußen erschien, die ihrerseits am 30. Mai 1874 eine Novellierung erfuhr, bevor das Preußische Fischereigesetz vom 11. Mai 1916 den juristischen Rahmen setzte.

Hinter all diesen Regelungen über den Fischfang stand seit der Zeit des Deutschen Ordens stets auch der Wunsch der jeweils politisch Verantwortlichen, den Fischbestand durch ausgeklügelte Schutz- und Schonbestimmungen zu erhalten und jegliche Form von Raubfischerei zu unterbinden. Insofern befanden sich der Fischfang und der Artenschutz in den Gewässern Ostpreußens durchaus im Einklang.

HEINRICHSWALDE

Die lange Anreise einer Kirchenorgel

Die evangelisch-lutherische Pfarrkirche erhält die Orgel eines inzwischen geschlossenen Hamburger Gotteshauses

Nicht weit von Tilsit [Sowetsk] befindet sich der Ort Heinrichswalde [Slawsk]. Direkt am Ortseingang fällt ein Hinweisschild in den Blick, auf dem das Wort „Kirche“ in lateinischer und kyrillischer Schrift sowie die Jahreszahl 1869 mit einem Entfernungshinweis geschrieben stehen.

Es handelt sich um die evangelische Pfarrkirche, die heute als Sehenswürdigkeit gilt. Sie wurde 1869 im neogotischen Stil erbaut. Ab der Zeit der politischen Wende gehörte sie wieder der evangelisch-lutherischen Kirche. Im Jahr 2011 wurde sie an die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) übergeben. 2013 wurde das Kirchengebäude dann an die Stadt verpachtet. Nach der Renovierung soll sie als Kulturkirche dienen. Vor ein paar Jahren wurde bereits eine Turmuhr montiert, im Januar dieses Jahres wurde eine Pfeifenorgel aus einer Kirchengemeinde in Hamburg-Sasel nach Heinrichswalde gebracht. Viele Kirchen werden derzeit in der Bundesrepublik umgenutzt oder abgerissen, dazu gehört auch die Lukaskirche in Sasel. Die Orgel dieser Kirche (Baujahr 1969) wurde für den symbolischen Preis von zehn Euro verkauft, mit dem Wunsch, sie möge wieder in einer Kirche aufgebaut werden. Es bot sich an, die Orgel nach Heinrichswalde

zu bringen, da dort nach einer Pfeifenorgel für die Kirche gesucht wurde. Das Originalinstrument des Orgelbauers Rohn aus Wormditt von 1870 war in der Sowjetzeit zerstört worden. Nach dem mehrwöchigen Abbau in Sasel wurden im Januar die Or-

gelteile mit einer Spedition ins Königsberger Gebiet transportiert. Zuerst ging es von Hamburg nach Heiligenbeil [Mamonowo] zur innerostpreußischen Grenze, doch dort durfte die Orgel nicht ausgeführt werden. Am litauisch-russischen Grenzüber-

gang Kibarten [Kybartai] war die Ausfuhr aus der Europäischen Union in die Russische Föderation möglich. Die Orgelteile werden im Gemeindegarten der kleinen evangelischen Gemeinde gelagert, bis die Kirche soweit renoviert ist, dass an die Auf-

stellung der Orgel gedacht werden kann. Das Projekt wurde von Anfang an finanziell und organisatorisch von der Kreisgemeinschaft Elchniederung unterstützt, auch die Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen hat zur Finanzierung beigetragen. Jörg Naß



Ankunft in Heinrichswalde: Mit tatkräftiger Unterstützung der Gemeindeglieder wurde die Hamburger Kirchenorgel nach der komplizierten Anreise entladen. Ein zweisprachiges Hinweisschild weist auf die kulturelle Bedeutung der Pfarrkirche hin
Fotos: Naß



SEEFART UND DANKBARKEIT

Pommersche „Kirchenschiffe“

„Vergissmeinnicht“ – Die „gedeckte Korvette“ seit 210 Jahren in der Swinemünder Christuskirche

VON ERWIN ROSENTHAL

Am 3. Juni 1765 hatte der preußische König Friedrich II. Swinemünde das Stadtrecht verliehen. Im Unterschied zu den meisten jahrhundertalten pommerschen Städten zierten die neue Stadt jedoch weder Stadtmauern noch Türme oder Zinnen. Selbst eine Kirche fehlte.

Als in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit dem Ausbau des Hafens an der Swinemündung ein ständig wachsendes neues Gemeinwesen entstand, war der Bau einer angemessenen Stätte für den Gottesdienst eine zwingende Notwendigkeit geworden. Aber erst drei Jahrzehnte nach der Stadtgründung wurde am Kleinen Markt die erste Swinemünder Kirche geweiht. Die finanzielle Grundlage hierfür bildete ein Königliches Gnadengeschenk von 12.800 Talern.

Eingeweiht wurde das Gotteshaus am 6. September 1772. Es war ein schmuckloser hallenartiger Bau ohne Turm. Einen Turm erhielt die Kirche erst im Jahre 1881. Und auf den Namen „Christuskirche“ weihte man sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, nach dem Bau der zweiten Kirche der Stadt, der Lutherkirche. Die erste Swinemünder Kirche war also ein Jahrhundert namenlos gewesen. Der Bombenangriff vom 12. März 1945 hat am Gebäude kaum Schäden angerichtet, ebenso wenig wie der darauffolgende Vandalismus.

Im Norden in vielen Kirchen

Seit 1814 schmückt die Christuskirche das Modell einer Korvette. Europäische Kirchen in Küstennähe zieren häufig Schiffsmodelle, die als Schenkungen von Gilden oder Privatpersonen den Weg in die Gotteshäuser fanden. In katholischen Kirchen werden sie, in Anlehnung an die katholische Tradition der Bitt- oder Dankgaben in Form der „Votivtafeln“, oft auch Votivschiffe genannt.

Oft hatten Kapitäne, die aus Seenot gerettet wurden, sie gestiftet. So hängt in der Seemannskirche in Prerow auf dem Darß im nördlichen Seitenschiff die „Peter Kraft“, das Modell einer englischen Dreimastfregatte, gestiftet 1780 von dem Kapitän gleichen Namens. Dahinter hängen die „Teutonia“ und im Mittelschiff das größte Modell, die „Napoleon“. Beide wurden um 1850 von Kapitänen für ihre Rettung aus Seenot übergeben.

In den eher protestantisch geprägten Nord- und Ostseeländern repräsentieren

die Schiffsmodelle hingegen vorrangig einen Berufsstand. In Dänemark soll es etwa 1400 „Kirchenschiffe“, Kirkeskib genannt, geben. Den Innenraum der Bugenhagen-Kirche in Greifswald-Wieck schmücken fünf Kirchenschiffe. Sie sollen daran erinnern, dass die Seefahrt über Jahrhunderte das prägende Element und die wichtigste Form des Broterwerbes in Wieck bildete. Der vollschiffgetakelte Raddampfer „Barussia“ wurde vom Ober-

ginale aus den Jahren 1770 beziehungsweise 1825 befinden sich im Museum in Wolgast.

Versprechen in Gefangenschaft

Eine romantische Geschichte rankt sich um das Modell der Korvette, die in der Swinemünder Christuskirche hängt. Der Chronist der Stadt, Robert Burkhardt, hatte im Jahr 1921 geschrieben: „Mitten in unserer Christuskirche hängt ein kleines

fertigtes er und sein Bruder, ein gelernter Zimmermann, eine gedeckte Korvette an. Heins gelobte, das Modell derjenigen Kirche zu schenken, in der er eine Frau heiraten würde.

Nachdem er im Jahre 1814 Bordeaux verlassen durfte, ging seine erste Reise mit einer Ladung Rotwein und der „Vergissmeinnicht“ nach Swinemünde. Hier lernte er die Tochter des Teerschwelers Martin Wagner kennen und heiratete sie



Seit 210 Jahren in der Christuskirche in Swinemünde: Die gedeckte Korvette „Vergissmeinnicht“. Der Kapitän Christian Heins hatte das Modell im Jahr 1814 der Kirche geschenkt

Foto: Rosenthal

polier der Greifswalder Schiffszimmermannsleute H. Will im Jahr 1865 gebaut und der Kirchengemeinde „zum sichtbaren Erinnerungszeichen, dass des Christen Beruf auf dem Meere, so ganz besonders unter dem Schutze Gottes wie unter den Erhörungsgebeten der Gemeinde stehe,“ geschenkt. Das Modell eines Zeesbootes und eines Dreimasttopsegelschoners übergab ein früherer Pfarrer der Kirche seiner Gemeinde. Komplettiert wird die Sammlung durch ein Folkeboot und das Modell der Viermastbark „Pommern“.

Die beiden Schiffe in der Kirche von Garz (auf Usedom) sind Kopien, die Ori-

polier des Schiffes, der Hamburger Schiffer Christian Heins, wurde in der „Franzosenzeit“, also in der Zeit zwischen 1806 und 1813, mit seinem Schiff von französischen Kaperern aufgebracht und gemeinsam mit anderen Schiffen nach Bordeaux geschleppt. Wäre er geflohen, hätte er sein Schiff verloren. In der jahrelangen Wartezeit auf seine Freiheit

noch im gleichen Jahr. Die Trauung fand in der seinerzeit noch einzigen Kirche Swinemüdes, in der Christuskirche statt. Im Kirchenbuch ist vermerkt, dass der 37-jährige Kapitän aus einem kleinen Dorf bei Stade stammte. Seine Swinemünder Braut Hanna Charlotte Dorothea Wagner war 15 Jahre jünger.

Sein Versprechen hat er nicht vergessen. Getreu dem Gelübde wurde das Modell der „Vergissmeinnicht“ in der Christuskirche aufgehängt. Anfangs gegenüber der Kanzel, später in der Mitte zwischen den Kronleuchtern, wo die Korvette noch heute, nach 210 Jahren, zu bewundern ist.

KLEINE WERTEN

Kleine Schiffe ganz groß

Buddelschiffe erwecken Träume von der großen Zeit der Segelschiffe

Vielleicht können Sie sich noch erinnern? In einem Werbevideo der Sparkassen des Jahres 1995 treffen sich zwei alte Freunde. Auf die Frage danach, wie es dem anderen geht, antwortet dieser mit drei Fotos, die er aus der Tasche zieht: „Mein Haus, mein Auto, mein Boot.“

Zugegeben, es kann auch eine Nummer kleiner sein. Und so ist es nicht verwunderlich, dass sich Buddelschiffe nach wie vor einer großen Beliebtheit erfreuen, denn es sind faszinierende kleine Kunstwerke, die den Betrachter in eine ganz eigene Gedankenwelt entführen, die auch von einer Sehnsucht nach Freiheit und der Liebe zum Meer getragen wird. Schiffe in Flaschen zu bringen, ist seit dem 19. Jahrhundert üblich und heute nicht

nur kulturelles Erbe, sondern auch anspruchsvolles und seltenes Hobby. Nur noch etwa 60 Buddelschiffbauer soll es in Deutschland geben. Die meisten von ihnen betreiben ihre „kleinen Werften“, ohne viel Aufhebens darum zu machen.

Die Kunst liegt dabei, wie immer beim Modellbau, im Detail. Es entstehen aus Fensterkitt mit Farbpulver oder Ölfarbe mit etwas handwerklichem Geschick Wellen und Meer. Modelliert wird dieses mit einem kleinen Spachtel. Weit mehr als eine ruhige Hand und ein gutes Auge sind allerdings für das Schiff selbst gefragt, denn um ein Buddelschiff zu bauen braucht man vor allem eins, Geduld, deshalb auch „Geduldflaschen“ genannt. Wer sie selbst baut, weiß es.

Der große Moment ist immer noch der „Stapellauf“, wenn das zusammengefaltete Schiff mit seinen klappbaren Masten durch den Flaschenhals aufs Wasser kommt und endlich die in Kleinarbeit ent-



Fundstück: Großsegler in der „Buddel“

standenen „Segel gesetzt“ werden können. Das ist zweifellos die Krönung des Ganzen. So für die Zeit konserviert, können sich an dieser „kleinen Welt in der Flasche“ auch Generationen später noch die Betrachter daran erfreuen.

So ging es auch mir, der erst kürzlich stolzer Besitzer eines Buddelschiffes wurde. Allerdings fehlte zu diesem stolzen Dreimaster leider der originale Ständer, weshalb ich mich auf die Suche nach einer der „kleinen Werften“ in Pommern machte. Fündig wurde ich auf dem Darß, wo noch Buddelschiffe in verschiedenen Größen aber auch Zeesboot-Modelle entstehen.

Ein Anruf beim Schiffbauer verspricht: Fortsetzung folgt. *Torsten Seegert*

MELDUNGEN

Neuer Hafen, Pilger und Ostseefluchten

Prerow – Die Arbeiten zum neuen Inselhafen laufen mit Kränen und Baggern auf Hochtouren, er soll zum Saisonbeginn den im Herbst 2023 geschlossenen Nothafen Darßer Ort ersetzen und Heimathafen der Seenotretter (DGzRS) sein. Kosten: 44 Millionen Euro. *TS*

Soltau – Der Pommersche Greif veranstaltet vom 22. bis 24. März ein Seminar für pommersche Familien- und Ortsforschung. Themen sind unter anderem: Möglichkeiten der Recherche, Quellensuche, Schriftenübersetzung und Forschungsergebnisse. Anmeldung: David Krüger, Telefon (03998) 2279748. *TS*

Stettin – Das Pilgerbüro der Erzdiözese Bamberg veranstaltet vom 20. bis 25. Mai eine Reise auf den Spuren des Heiligen Otto. Besucht werden die Originalschauplätze seiner Missionierung: Demmin, Wolgast, Usedom, Wollin und Stettin. Mit dabei: Erzbischof em. Dr. Ludwig Schick. *TS*

Anklam – Die 1883 gegründete Zuckerfabrik, die mit ihrer Bioethanol- und Biomethanherzeugung bundesweit einzigartig ist, hat ihre Zuckerrübenverarbeitung mit der aktuellen Kampagne beendet: 1,6 Millionen Tonnen Rüben werden zu Kristallzucker, Dicksaft und Ethanol verarbeitet. *TS*

Köslin – Der Kösliner Bezirksrat hat Zuschüsse zum Erhalt von Denkmälern angekündigt. Neben den Dorfkirchen von Wusseken und Biziker soll auch die Kösliner Schmalspurbahn mit einer Förderung von etwa 2300 Euro bedacht werden, allerdings sind die Mittel gekürzt. *TS*

Kolberg – Jagdabenteuer mit Nachspiel: Am 12. November 2023 fand bei Garrin eine Jagd statt. Dabei soll ein französischer Jäger einen Treiber am rechten Unterschenkel getroffen haben, der Fuß wurde amputiert. Nun ist der Franzose angeklagt. 2019 gab es bereits einen tödlichen Jagdunfall. *TS*

Greifswald – Von 2018 bis 2023 wurden 135 Todesfälle der DDR-Bürger in der Ostsee und 77 Fälle an Grenzen zu Ostblockstaaten untersucht. Die Ergebnisse wurden nun im biographischen Handbuch „Tödliche Ostseefluchten aus der DDR (1961–89)“ von Henning Hochstein, Jenny Linek und Merete Peetz veröffentlicht. *TS*

Bütow – Die Kaschubisch-Pommersche-Gesellschaft veranstaltet in diesem Jahr zum zehnten Mal ihre Sommerschule für kaschubische Sprache, Kultur und Geschichte. Der Unterricht findet vom 1. bis 14. Juli an der Kaschubischen Volksuniversität in der Kaschubei in Turmberg statt. *TS*

Stralsund – Die Heimatschutzkompanie „Vorpommern“ wurde aus 120 Soldaten gebildet und ist in Parow beheimatet. Ende 2023 wurde eine Patenschaftsurkunde zwischen Heiko Miras, Staatssekretär für Vorpommern, Brigadegeneral Uwe Neger und Hauptmann Frank Dubbert in der Brauerei Stralsund unterzeichnet. *TS*

Landmannschaft Pommern e.V. – Der Bundesverband der Pommerschen Landmannschaft ist über die Internetseite www.pommern.biz erreichbar. *BS*

„... wo der Schuh der Bevölkerung wirklich drückt“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„An Ihrer Zeitung schätze ich die unideologische, am gesunden Menschenverstand ausgerichtete Haltung und Einstellung“

Lothar Müller,
Lahnstein



Ausgabe Nr. 6

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

RECHTSWIDRIGES VERHALTEN

ZU: WENN NICHTS MEHR GEHT, GEHT DER „KAMPF GEGEN RECHTS“ (NR. 6)

Treffend analysiert haben Sie die erhebliche Diskrepanz zwischen medialer öffentlicher Darstellung und tatsächlicher Wahrnehmung der Mehrheit der Bevölkerung. Diese ist schlauer als gedacht und wird – das Ablenkungsmanöver der Regierung und der diese tragenden Parteien und Medien durchschauend – die Quitting bei den Wahlen ausstellen. Bereits die bundesweiten Kommunal- und Europawahlen in diesem Jahr werden den Parteien aufzeigen, wo der Schuh der Bevölkerung wirklich drückt.

Nach Artikel 21 des Grundgesetzes wirken Parteien lediglich bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ein Parteienstaat ist daher in keinem Sinne vorgesehen, weil die Mitwirkung in dieser demokratischen Willensbildung andere Partner, Interessengruppen oder sonstige Zusammenschlüsse geradezu impliziert. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wieso das im Bundestag im Jahr 2023 neu beschlossene Wahlrecht ausgerechnet Parteien bevorzugt. Es ist eher fraglich, ob diese Neuerung der Prüfung vor dem Verfassungsgericht in den anhängigen Verfahren standhält.

Und noch eine Erkenntnis gibt der Blick ins Gesetz: Auf das Recht zum Asyl für politisch Verfolgte kann sich nicht berufen, wer aus einem EU-Mitgliedstaat einreist. Nach Artikel 16a Absatz 2 des Grundgesetzes hat also von Anfang an niemand, der an den Landesgrenzen Asyl ruft, ein Recht darauf. Jeder Beamte – mit dem Grundgesetz in einer Hand und dem Schulatlas in der anderen Hand (politische Karte der EU-Mitgliedstaaten) – kann und muss somit sofort diese Leute zurückweisen. Jedes andere Verhalten ist rechtswidrig und damit ein Verstoß gegen die besonderen Treuepflichten gerade gegenüber dem Staat und seiner Verfassung. Wer von den Beamten anderes Verhalten fordert, begeht damit bewusst Verfassungsbruch.

Wieso wird diese Problematik nicht medial und juristisch aufgearbeitet in einem Rechtsstaat mit Meinungs- und Pressefreiheit? *Peter Warnke, Greifswald*

WO IST DIE GESUNDE MITTE?

ZU: WENN NICHTS MEHR GEHT, GEHT DER „KAMPF GEGEN RECHTS“ (NR. 6)

Die Demonstrationen „gegen Rechts“ sind nach meiner Einschätzung Ausdruck einer hysterischen Massenpsychose. Unsere Politiker erklären Deutschland für bunt. Das trifft nicht nur für Spitzenpolitiker zu, sondern ist schon bis zur kommunalen Ebene runtergesackt. Man kann das ja nicht leugnen. Wenn ich durch irgendeine deutsche Stadt gehe, komme ich mir vor, als sei ich im Ausland.

Ein persönlicher Einschub: Als ich noch ein kleiner Junge war und kaum zur Schule ging, da hat meine Mutter mir schon erzählt, der Deutsche fällt immer von einem Extrem ins andere. Er kann nicht die gesunde Mittellinie finden.

Das bestätigt sich immer wieder. Nach dem Rassenwahn der Nazis verfällt man heute ins andere Extrem und will das deutsche Volk abschaffen. Wenn das Verwaltungsgericht in Köln feststellt, das Streben, das deutsche Volk in seinem ethnischen Bestand zu erhalten, verstoße gegen die Menschenwürde, dann ist das typisch deutscher Wahnsinn.

Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf

EIN VERGEBLICHER KAMPF?

ZU: ERDOĞANS FÜNFTE KOLONNE (NR. 6)

Dem Autor ist es zu verdanken, dass er in seinem Artikel den Leser über eine politische Entwicklung informiert, die für unsere Zukunft entscheidend werden wird, denn der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat beschlossen, endlich mit seinen in Deutschland und Europa lebenden Anhängern die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Europa sich den

Türken unterwirft, wie es das Osmanische Reich schon seit dem Spätmittelalter immer wieder versucht hat. Deshalb sollte man die Abkürzung „DAVA“ nicht für „Demokratische Allianz für Vielfalt und Aufbruch“ gebrauchen, sondern die arabische Bedeutung: „Mission im religiösen Sinne“, die das politische Ziel des Islamisten Erdoğan besser ausdrückt: „DAVA will für die Türken Europa erobern“.

Nun könnten die Bürger türkischer Herkunft deutsche demokratische Parteien wählen, aber darum geht es nicht. Erdoğan geht es um seine Anhänger mit deutschem Pass und die Unterstützer der Hamas mit deutschem Pass, um somit die Voraussetzungen für die Einführung des Islam und seines politischen Systems in Deutschland und Europa durchzusetzen.

In dieser Situation einer existentiellen Bedrohung des deutschen Volkes – politisch und gesellschaftlich – wäre es eigentlich die Aufgabe der deutschen Nomenklatura und der deutschen Regierung, eine Durchsetzung der DAVA in Gesellschaft und Staat mit allen Mitteln zu verhindern, das interessiert sie aber nicht. Sie folgen ihrer Ideologie: Der Islam gehört zu Deutschland. Warum folgen sie dieser Ideologie? Die Gründe liegen in einer nicht vorhandenen historischen Bildung und in dem, was man Dummheit nennt: Nichts gibt so das Gefühl der Endlichkeit wie die Dummheit.

Europa hat sich in seiner Geschichte immer wieder mit dem Islam und seinen Staaten auseinandergesetzt, und es hat sich durchgesetzt, sonst wäre es nicht das, was man „Europa“ nennt, eine Gemeinschaft von vielen Völkern mit einer hohen Kultur und Zivilisation mit dem christlichen Glauben als Grundlage. Ich erinnere an folgende Ereignisse: 732: Schlacht von Tour und Poitiers; Reconquista in Spanien: 1008-1260/1492; Belagerung und Fall von Konstantinopel: 29.05.1453; im 14. Jahrhundert Vordringen des Osmanischen Reiches in Richtung Europa auf dem Balkan; Schlacht bei Mohacs (Ungarn): 1526; erste Belagerung Wiens: 1529; Seeschlacht bei Lepanto: 1571 (die europäische Allianz gewinnt); zweite Belage-

rung Wiens und Durchsetzung der europäischen Koalition: 1683 (die Franzosen verbünden sich mit den Osmanen gegen das Deutsche Reich und den Kaiser, können sich aber nicht durchsetzen).

Soll der Kampf Europas um seine historische Existenz in den vergangenen Jahrhunderten vergeblich gewesen sein?

Klaus Fleischmann, Kaarst

DANKBARKEIT ALS WÄHRUNG

ZU: DIE DUNKLEN SCHATTEN DES „GRÜNEN“ WASSERSTOFFS (NR. 6)

Vielen Dank für den Nachweis, dass auch bei Vorhaben, die ethische Höherwertigkeit für sich in Anspruch nehmen, in der Zusammenarbeit mit anderen Regimen weltweit Unterdrückung und Naturzerstörung herauskommen kann. Nicht nur dieses Beispiel nährt den Eindruck, dass Deutschland im Bestreben, in Umwelt- und Klimadingen eine reine Weste zu haben, den Frevel einfach exportiert wie Atomenergie und Ähnliches.

Von dem ethischen Dilemma abgesehen steht die deutsche Energiepolitik wirtschaftlich absehbar auf tönernen Füßen. Fern der Heimat werden Milliarden investiert, um eine Infrastruktur zu schaffen, die uns mit Wasserstoff versorgen soll. Vielleicht führen diese Anstrengungen tatsächlich dazu, dass große Mengen Wasserstoff hergestellt werden. Vielleicht entsteht auch eine große Nachfrage nach diesem Wasserstoff.

Wie aber erreichen wir, dass dieser Wasserstoff dann uns zur Verfügung gestellt wird? Heute ist die Wohnung warm und das Auto vollgetankt, weil wir höhere Preise zahlen können als andere. Wenn wir aber, wie absehbar, wirtschaftlich zurückfallen, werden wir uns auch bei Energielieferungen in Zukunft hinten anstellen müssen. In Namibia ist man Deutschland sicher dankbar, wenn aus der Wasserstoffherstellung ein tragfähiger Wirtschaftszweig wird.

Bis jedoch Dankbarkeit den Dollar als Leitwährung ablöst, wird es eine Weile dauern. *Jörg Neubauer, Neu-Isenburg*

ANZEIGE

JF

www.jf-aktion.de/paz



Auch in unserer Redaktion ist Preußen nicht vergessen. Eher vermisst.

Die JUNGE FREIHEIT fordert seit mehr als 30 Jahren den linken Zeitgeist in Deutschland heraus. Mit 45 Redakteuren und Mitarbeitern, über 150 freien Journalisten, Publizisten und Wissenschaftlern, über 50.000 Lesern pro Woche und mehr als 4 Millionen Website-Aufrufen im Monat sind wir die starke Stimme im konservativ-freiheitlichen Spektrum. Wir freuen uns aber über jede Konkurrenz. Die belebt bekanntlich das Geschäft. Und noch viel wichtiger: den politischen Diskurs. Denn eines ist sicher: Unabhängige Stimmen kann es nicht genug geben. Wir wünschen der »Preußischen Allgemeinen« daher weiterhin viel Erfolg. Für die Meinungsvielfalt. Für Deutschland. **Für alle, die es wissen wollen.**

Neugierig?
Jetzt 4 Wochen
gratis lesen:



JUNGE FREIHEIT
FÜR ALLE, DIE ES WISSEN WOLLEN.

ASTROLOGIE

Quantensprung mit Fabeltier

Chinesischer Mond-Kalender – Nach 60 Jahren hat am 10. Februar der Holz-Drache wieder das Regiment übernommen

VON STEPHANIE SIECKMANN

Das Jahr 2023 stand – nach der chinesischen Astrologie – im Zeichen des Wasser-Hasen. Und das Jahr hat sich dem Zeichen gemäß präsentiert und verabschiedet, und zwar mit Wasser, wohin das Auge reichte. „Land unter“ hieß es in vielen Gebieten Deutschlands zum Jahreswechsel. Das gesamte Jahr 2023 war von starken Niederschlägen geprägt. Der Dezember brach sogar einige Rekorde. Überflutungen wurde um Weihnachten herum unter anderem in Niedersachsen gemeldet. Dabei ist das Bundesland sonst eher nicht im Fokus, wenn es um Meldungen über Hochwasser, übervolle Talsperren, Evakuierungen und durchbruchgefährdete Deiche geht.

Einen Rest vom Wasser-Hasen-Jahr haben wir mit ins neue Jahr 2024 hineingenommen. Das entspricht voll und ganz dem Fahrplan der chinesischen Astrologie. Denn das neue Jahr beginnt in China erst Anfang Februar mit dem chinesischen Neujahrstag, der in diesem Jahr am 10. Februar stattgefunden hat. An diesem Tag hat nach 60 Jahren wieder der Holz-Drache die Herrschaft übernommen.

Der Drache steht in der chinesischen Kultur für Macht, Stärke, Glück und Wohlstand. Dabei geht es nicht um das Glück, das dem Menschen in den Schoß fällt, sondern um das Glück des Tüchtigen. Mit Mut und Entschlossenheit Ziele anzustreben, die ein Herzensanliegen sind, ist unter der Ägide des Drachen äußerst vielversprechend, da dies seinem Wesen entspricht. Herausforderungen und Hindernisse – die durchaus auftreten können – werden mit dieser Energie gut gemeistert.

Der positive Ausgang, das gute Gelingen sind im Jahr des Holz-Drachens bei allen Vorhaben in Aussicht gestellt. Allerdings gilt es, Entscheidungen weise zu treffen. Leichtsinn führt in einem Drachenjahr eher nicht zum Erfolg. Visionen, die mit viel Energie und Durchhaltevermögen Umsetzung finden, haben nach



Alle Hoffnung liegt auf dem Drachen: Neujahrtsfest im chinesischen Tongren

Foto: imago/vcg

der chinesischen Astrologie beste Aussichten, in diesem Jahr einen erfolgreichen Durchbruch zu erzielen. Sie können sogar weitreichende Bedeutung erlangen und Fortschritte hervorbringen, die Meilensteine in der Geschichte darstellen.

Doch der Drache ist nicht das einzige Element, das in der chinesischen Astrologie das Jahr 2024 prägt. Neben den Zeichen, die jährlich wechseln, haben im Land der Mitte nach der Lehre des chinesischen Daoismus auch die fünf Elemente Erde, Wasser, Feuer, Metall und Holz eine Bedeutung. Und dies sogar über einen Zyklus von jeweils zwölf Jahren hinweg. Mit dem Neujahrtsfest 2024 findet ein Zeichenwechsel statt. Vom Wasser, das noch das Jahr 2023 beherrschte, geht es nun ins – daoistische – Element Holz. Das Holz steht nach dieser Lehre wiederum für

Wachstum, Entwicklung, aber auch für Flexibilität.

In der Kombination heißt das, dass Kreativität eine große Rolle spielt und bahnbrechende Innovationen hervorgebracht werden können. Das klingt vielversprechend. Und in der Tat sind im bis dahin letzten „Jahr des Holz-Drachens“ bemerkenswerte Ereignisse passiert. 1964 erhielt Martin Luther King den Friedensnobelpreis, Sidney Poitier wurde als erster Afroamerikaner mit dem Oscar als bester Darsteller ausgezeichnet, und die Beatles belegten mit ihren Titeln die alle Top 5 der US-Hitparade.

Das Drachenjahr 1964

Bei den Durchbrüchen in den Bereichen Technik und Medizin gab es damals gleich mehrere zu nennen, die sich technische

und medizinische Innovationen herausstellten und das Leben revolutioniert haben. Die Straßenverkehrsordnung wurde geändert – Fußgänger erhielten beim Überqueren eines Zebrastreifens Vorrang vor den Fahrzeugen. In Hamburg fand der Jungferflug des ersten von der dortigen Flugzeugbau GmbH in Serie gefertigten Geschäftsreiseflugzeugs mit Strahltriebwerk statt. IBM stellte den Großrechner System/360 vor. Die Programmiersprache BASIC wurde entwickelt, dank der erstmals zwei Programme simultan auf einem Großrechner laufen konnten. Zu guter Letzt kam die Anti-Baby-Pille auf den Markt.

Auch geopolitisch gab es im Jahr des Holz-Drachens vor 60 Jahren bemerkenswerte Schlagzeilen. Jordanien und Israel schlossen einen Friedensvertrag, Kenia

wurde Republik und Malta von Großbritannien in die Unabhängigkeit entlassen. In den USA hatte man das Bürgerrechtsgesetz zur Aufhebung der Rassentrennung unterzeichnet.

Doch auch mit erschreckenden Meldungen hat das Jahr des Holz-Drachens 1964 Schlagzeilen gemacht. In Südafrika wurde Nelson Mandela zusammen mit Mitstreitern des African National Congress (ANC) zu lebenslanger Haft verurteilt. Ein anderes Beispiel ist das sogenannte Karfreitagsbeben. Das Erdbeben mit 125 Todesopfern ereignete sich am 27. März des Jahres im südlichen Zentral-Alaska und erreichte mit 9,2 auf der Richter-Skala den zweithöchsten Wert, den ein Erdbeben seit Beginn der Messungen jemals erreicht hat.

Die Erwartungen an das Jahr 2024 berechtigen der chinesischen Astrologie nach gemäß der Energie des Holz-Drachens zu großen, bahnbrechenden, die Welt verändernden Hoffnungen. Ein Beispiel dafür könnte die Weiterentwicklung eines völlig anders konstruierten Motors sein. Der Quantenmotor, an dem bereits in den zurückliegenden Jahren erfolgreich geforscht wurde, könnte mit dem im Herbst 2023 entdeckten alternativen Antrieb auf Basis der Quantenmechanik technisch seinen Durchbruch erzielen.

Das Konzept, das von Forschern der Universität Stuttgart gemeinsam mit dem Okinawa Institute of Science in Japan entwickelt wurde, hat sich bereits unter Versuchsbedingungen bewährt. Würde es 2024 gelingen, ein Pilotprojekt mit einem Pkw-Motor zu realisieren, so würde auch dies dem Geist des Holz-Drachens voll entsprechen.

Das Jahr des Drachens hat gerade begonnen. Das Potential ist da. Sofern auf Starrsinn und Egoismus verzichtet wird, Visionen mit Durchhaltevermögen und Weisheit angestrebt werden, kann das Jahr 2024 bahnbrechende Ergebnisse liefern, auch geopolitisch. Wenn das chinesische Jahr am 28. Januar 2025 zu Ende geht, werden wir wissen, ob der Holz-Drache gehalten hat, was er verspricht.

TEXTILIEN

Die fleißigen Schneider vom Niederrhein

Ein Erbe handwerklich geschickter Mennoniten – Das Deutsche Textilmuseum in Krefeld präsentiert „Bürgerlichen Kleiderluxus“

Krefeld ist die Stadt von Samt und Seide. Und das kommt nicht von ungefähr. Im 17. Jahrhundert hatten Mennoniten, die als Glaubensflüchtlinge aus katholischen Nachbarregionen in das neutrale Krefeld kamen, die örtliche Seidenindustrie begründet. Firmen, die Krawatten herstellen, vor allem aber das Deutsche Textilmuseum, sind heute noch sichtbare Zeichen eines früheren, längst vergangenen Wohlstands.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die Wirtschaftsgeschichte der Stadt am südlichen Rand des linken Niederrheins. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts wollte Krefeld im internationalen Vergleich konkurrenzfähig bleiben. Also gründeten sich zu dieser Zeit Schulen zur Aus- und Fortbildung von Webern und Färbereien. Dabei wurde auch eine Lehrsammlung angelegt.

Der erste Einschnitt kam dann im Jahre 1880. Textilindustrielle kauften die Privatsammlung des Bildhauers Jakob Krauth aus Mannheim. Die so entstandene „Königliche Gewebesammlung“ kann als Vorläuferin des heutigen Museums an-

gesehen werden. Denn nach dem Tod Wilhelms III. von Oranien kam Krefeld schon 1702 zu Preußen, weshalb sich dort viele Namen und Denkmäler aus der Preußen- und späteren deutschen Kaiserzeit erhalten haben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Zentrale Forschungsstelle für die Restaurierung historischer Gewebe eingerichtet, mit der das neue Bundesland Nordrhein-Westfalen seine gefährdeten kirchlichen Textilschätze retten wollte.

Beide Einrichtungen vereinigten sich 1975 und firmieren seit 1981 unter dem heutigen Namen.

Glaubt man Wikipedia, dann gehört das Deutsche Textilmuseum „zu den international wichtigsten Sammlungen mit historisch kostbaren Textilien und Bekleidung“. Die Sammlung des Hauses umfasst über 30.000 Objekte. Seidengewebe aus der Antike bis zur Neuzeit, afrikanische, indonesische, chinesische, japanische, türkische und persische Textilien, Gewebe aus dem alten Peru ab dem 5. Jahrhundert v. Chr. sowie Jugendstilstoffe seien als Beispiele genannt.

Aufgrund der Empfindlichkeit der Textilien gibt es keine Dauer-, sondern nur Sonderausstellungen. „Prestigesache – Bürgerlicher Kleiderluxus im 18. Jahrhundert“ ist die aktuelle Sonderausstellung betitelt, die noch bis zum 16. Juni zu sehen ist. Das Krefelder Museum präsentiert dabei über 100 seidene Objekte aus seiner eigenen Sammlung. Opulente Damenroben gehören genauso dazu wie Herrenanzüge und Westen, Accessoires sowie textile Raumausstattungen. Das

Erdgeschoss zeigt Lesetafeln und großformatige Zeichnungen an den Wänden, Stoffmuster sowie einige wenige komplette Damenkleider in Vitrinen. Hier steht die Wissensvermittlung im Vordergrund. Im Obergeschoss stehen konkrete Exponate im Vordergrund, leider auch nur in Vitrinen und auf Gemälden. Diese Etage hat also eher Schauchaarakter.

Dass die Exponate größtenteils in Vitrinen ausgestellt sind, mag aus konservatorischen Gründen sinnvoll sein. Als Besucher würde man sich aber auch ein paar taktile Reize wünschen. Es wäre interessant zu wissen, wie sich verschiedene Seidenstoffe anfühlen. Drei Hörstationen bieten viele Hintergrundinformationen zur Seidengeschichte Krefelds. Daneben werden Führungen angeboten. Wer aber weiterführende Informationen, wie etwa zur Herstellung von Seidenbekleidung oder deren Handels- und Vertriebswege, haben möchte, wird sich an anderer Stelle schlau machen müssen.

A. Rüdiger



Aus feinsten Seide: Bemalter Brisefächer aus dem 18. Jahrhundert

FOTO: DEUTSCHES TEXTILMUSEUM KREFELD

● Andreamarkt 8, 47809 Krefeld
www.deustextilmuseum.de

● FÜR SIE GELESEN

Eine besondere Bedeutung

Viele Leser werden sich an den Abenteuerfilm „Peter Voß, der Millionendieb“ mit Walter Gillner aus dem Jahr 1958 erinnern. Der Filmklassiker wurde nach dem 1913 veröffentlichten gleichnamigen Roman des einstigen Erfolgsautors Ewald Gerhard Seeliger gedreht.

Seeliger wurde 1877 in Rathau, Landkreis Brieg, in Schlesien geboren. Seinen Beruf als Volksschullehrer gab er 1907 auf und lebte als freier Schriftsteller in Hamburg und Wedel. Ab 1900 und bis in die 1920er Jahre erschienen seine Romane, die heute vergessen sind. L. Alexander Metz aus Cham vertritt die Autorenrechte für Seeligers Werke. Von Zeit zu Zeit bringt er einen von seinen Romanen heraus, um diese einst sehr beliebte Unterhaltungsliteratur der Nachwelt zu erhalten. Zuletzt wurde der Roman „Das Winkelbergische Herz“ neu aufgelegt, eine Liebes- und „Zurück zur Scholle“-Geschichte aus Seeligers schlesischer Heimat, erschien 1909 und erneut 1920. Um eine kritische Bewertung kommt man leider nicht herum. Denn die schmal-spürige Handlung wird mittels einer zwar durchaus lebendigen, aber ausufernden Erzählweise entwickelt. Beleuchtet werden die Verhältnisse auf einem schlesischen Gutshof in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Insofern hat der Band durchaus seine eigene, besondere Bedeutung. Dagmar Jestrzemska

Ewald Gerhard Seeliger: „Das Winkelbergische Herz“, Herausgeber L. Alexander Metz, Books on Demand, Norderstedt 2023, broschiert, 444 Seiten, 17,99 Euro



Königsberg im Krimi

Der jüdische Kommissar Aaron Singer aus Berlin wird 1924 nach Königsberg beordert, um bei der Aufklärung eines Mordes an dem Sohn eines Reedereibesitzers mitzuwirken. Der Fall soll schnell geklärt werden, da die Festlichkeiten des vor 200 Jahren geborenen Philosophen Immanuel Kant vor der Tür stehen.

Wegen der hebräischen Zeichen, die am Tatort hinterlassen wurden, glaubt man, dass Singer am besten geeignet sei, den Fall zu klären. Da er aber nicht besonders gläubig ist, muss er einen Rabbi zu Rate ziehen. Singer versucht durch Verhöre mehr Hinweise zum Mord zu bekommen. Er unterstützt den örtlichen Kommissar Puschkat, der von dem Eingreifen der Berliner Polizei wenig begeistert ist.

Ralf Thiesens Erstlingsroman „Die Toten von Königsberg“ ist einfach, aber fesselnd geschrieben. Es wird viel erwähnt, was Ostpreußen ausgemacht hat – das Essen, die Kultur und die Stadt. Einige Passagen weisen Ähnlichkeiten zu den „Babylon Berlin“-Büchern von Volker Kutscher auf. Trotzdem ist das Buch ein Lesevergnügen, besonders für ostpreußische Leser. A. Selke



Ralf Thiesens: „Die Toten von Königsberg“, Goldmann Verlag, Taschenbuch, 525 Seiten, 13 Euro

REISEFÜHRER DER WOCHE



Campen am Wasser

Ob hoch im Norden, im Westen, Süden oder Osten Europas – überall finden sich herrliche Ziele zum Baden, Ausruhen oder zum Sporttreiben

Zum Reise-Saisonbeginn, der unmittelbar vor der Tür steht, ist von Marco Polo mit „Ab ans Wasser!“ ein neuer Reiseführer mit 100 Campingzielen, die direkt am Wasser liegen, erschienen. Die europäischen Ziele sind so ausgewählt, dass sie sowohl Familien, Kulturinteressierten und Naturliebhabern etwas zu bieten haben.

Von Norden, wie im Bild ein Campingplatz in Norwegen, nach Süden sind die Kapitel angeordnet. Reich bebildert findet man Informationen über Sehenswertes, Freizeitmöglichkeiten sowie die Adresse jeweils eines Campingplatzes am Wasser. Ganz gleich ob Meer, Fluss oder Seen – es ist für Jeden etwas dabei. MRK



Marco Polo: „Ab ans Wasser. 100 traumhafte Campingziele an Flüssen, Seen & Meer in Europa“, MairDuMont Verlag, Ostfildern 2024, broschiert, 254 Seiten, 24,95 Euro

NATO-OSTERWEITERUNG

Die „Wahrheit“ über das „Versprechen“

US-Historikerin Sarotte legt eine intensive Quellenanalyse zur Klärung dieser Streitfrage vor

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Wer in Mary Elise Sarottes Buch „Nicht einen Schritt weiter nach Osten“ Verständnis für die russische Position sucht, die NATO-Vertreter hätten ihr nach dem Ende des Kalten Krieges gegebenes Versprechen gebrochen, das Bündnis nicht bis an die russischen Grenzen zu erweitern, wird enttäuscht. Die US-amerikanische Historikerin und Lehrstuhlinhaberin für Geschichte an der Johns-Hopkins-Universität vertritt ganz klar die offizielle US-amerikanische Sichtweise, wenn sie konstatiert, „die neuen Demokratien Mittel- und Osteuropas [hatten] nach dem Ende des Kalten Krieges jedes Recht, den Beitritt zum Bündnis anzustreben, ebenso wie die NATO jedes Recht hatte, sie aufzunehmen“. Allerdings kritisiert sie die Art und Weise und das Tempo der NATO-Osterweiterung.

In ihrer akribisch herausgearbeiteten Dokumentation analysiert sie die entscheidenden Ereignisse, die „Putin jetzt so in Rage versetzen“. Die Originalausgabe erschien zwar 2021 noch vor der russischen Invasion in die Ukraine. Da die deutsche Ausgabe – leicht gekürzt – aber erst im vergangenen Jahr erschienen ist, hatte Sarotte hier die Möglichkeit, auf die aktuellen Ereignisse einzugehen. Sie beschreibt detailliert die politischen Akteure des Geschehens sowie das Wie und Wann der getroffenen Vereinbarungen.

Ein Schlüsselpunkt der heutigen Konfrontation zwischen Russland und dem Westen gehe auf die deutsche Vereinigung zurück und die Frage, ob die erweiterte Bundesrepublik Mitglied der NATO bleiben sollte. Der aufgrund der schlechten

Wirtschaftslage der Sowjetunion unter Druck stehende Michail Gorbatschow musste überzeugt werden, militärische und juristische Macht in der DDR aufzugeben. In diesem Zusammenhang wird der damalige US-Außenminister James Baker zitiert: „Was wäre, wenn ihr euren Teil Deutschlands freigeben würdet, und wir zustimmen, dass die NATO sich ‚nicht einen Schritt weiter nach Osten‘ von ihrer jetzigen Position verschiebt?“

Nur ein Gedankenspiel

Sarotte wertet dieses Zitat als Gedankenspiel Bakers. „Die Idee, es werde keine Erweiterung der NATO nach dem Kalten Krieg geben ... entstand als Gedankenspiel während der diplomatischen Kontakte, die 1990 zur deutschen Wiedervereinigung führten. Die Belege zeigen – im Gegensatz zu späteren Behauptungen des letzten sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow –, dass US-Außenminister James Baker und sein bundesdeutscher Kollege Hans-Dietrich Genscher das spekulative Konzept einer potentiellen Nichterweiterung miteinander und mit einer Reihe hoher Politiker einschließlich Gorbatschow diskutierten“, heißt es im Vorwort.

Aus Sarottes Analysen lässt sich schließen, dass ein wichtiges Motiv für die schnelle Osterweiterung die Stationierung von Atomwaffen in den Warschauer-Pakt-Staaten war, die auf amerikanische Städte zielten. Washington wollte die Kontrolle über das sowjetische Atomwaffenarsenal in nur einer Hand, nämlich Russlands, wissen. Während ein Teil der US-Diplomaten auf eine schrittweise Erweiterung der NATO setzte, und Moskau ein gemeinsames Sicherheitsbündnis vorschlug, wollten George Bush und Helmut

Kohl keine Zugeständnisse hinsichtlich der NATO machen.

Der Kreml hatte die schlechteren Karten. Vor der Zahlungsunfähigkeit stehend, war Moskau auf Finanzhilfen aus dem Westen angewiesen, sodass Gorbatschow nachgab. Gorbatschows Zugeständnisse wurden zuhause als Demütigung empfunden. Deutschland gewährte Russland im Gegenzug für Moskaus Zustimmung zur deutschen Vereinigung Milliardenkredite. Ebenso gewährten die USA Russland großzügige Unterstützung. Kein Wunder, dass Hardliner in Moskau ihrer Regierung vorwarfen, käuflich zu sein. Es wuchs die Bitterkeit darüber, dass Moskau sich bei den Verhandlungen über die Stationierung von Atomwaffen auf dem Gebiet der DDR nicht durchsetzen konnte.

In den folgenden Jahren konzentrierte sich die NATO bei der Osterweiterung zunächst auf die Visegrad-Staaten Polen, Ungarn und Tschechoslowakei. Bereits 1999 reichte das Bündnis an der innerostpreußischen Grenze bis Russland. Ein Problem blieb die Ukraine, da klar war, dass Russland deren Verlust nicht hinnehmen würde. Schätzungsweise 25 Prozent des sowjetischen Kernwaffenarsenals wurden dort vermutet, sodass nach der Ablösung Bushs durch Bill Clinton die größte Sorge der USA die gewaltige Zahl der auf sie gerichteten atomaren Langstreckenraketen blieb.

Gravierende Fehler bescheinigt Sarotte beiden Seiten. Die beste Chance zur Annäherung habe es in der Jelzin-Ära gegeben, da der Reformler Jelzin echte demokratische Absichten hegte. Das anfänglich freundschaftliche Verhältnis zu Clinton trübte sich zusehends, als Jelzin in Tschechien Gewalt anwandte. Europas vormalige Verbündete der Sowjetunion sahen

sich in ihrer Sicht Russlands als Aggressor bestätigt, was dem Beitrittstempo neuen Schwung gab. Andererseits sorgte das Eingreifen der NATO im Kosovokonflikt ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates für ein weiteres Zerwürfnis mit Moskau, in dem das Bündnis an Glaubwürdigkeit verlor.

Das schmale Zeitfenster, in dem eine Partnerschaft zwischen dem Westen und Russland möglich gewesen wäre, schloss sich allmählich. Aus Sarottes Quellenstudium wird deutlich, dass die USA nie auf Augenhöhe mit Russland verhandelt haben, sondern mit diplomatischer Finesse und durch teils windige Formulierungen stets die eigenen Interessen durchsetzen. An einigen Stellen ist von Erpressungen die Rede, denen Moskau sich in seiner Schwäche beugen musste.

Eine Einbeziehung Russlands zu einer gleichberechtigten Partnerschaft hätte die Spannungen für ganz Europa mindern können, so Sarotte. „Bush redete über ein ganzes, freies und friedliches Europa, und Clinton verkündete wiederholt seinen Wunsch, keine Linie zu ziehen. Doch durch ihr Handeln förderten beide eine neue Trennlinie durch Europa.“ Der Ukrainekrieg ist die sichtbare Folge.

Sarottes Verdienst ist es, eine umfangreiche und spannend zu lesende Analyse der Ereignisse der 90er Jahre vorgelegt zu haben.



Mary Elise Sarotte: „Nicht einen Schritt weiter nach Osten. Amerika, Russland und die wahre Geschichte der Nato-Osterweiterung“, C.H. Beck Verlag, München 2023, gebunden, 397 Seiten, 28 Euro

HERBERT GRUNDMANN

Von Ostpreußen und seiner Natur beeindruckt

Der Mittelalter-Forscher lehrte an der Albertina – Im Strudel der Kriegereignisse versank die traditionsreiche Universität

VON ROLAND KOPP

Mitte 1944 endete die sechsjährige Lehrtätigkeit des Mediävisten Herbert Grundmann (1902–1970) an der Königsberger Albertus-Universität. Nur wenige Monate nach seinem Weggang versank die traditionsreiche Albertina im Strudel der Kriegereignisse. Derartiges war für Grundmann sicher kaum vorstellbar gewesen, als er zum Sommersemester 1939 aus Leipzig auf den Lehrstuhl für Geschichte des Mittelalters an die Albertina wechselte. Der damals 37-Jährige zählte zu den wenigen Historikern, die ohne NSDAP-Mitgliedschaft auf einen Lehrstuhl berufen wurden.

Grundmann sollte sich von der ostpreussischen Hauptstadt und der umgebenden Landschaft immer wieder beeindruckt zeigen. Offenbar hatte ihm auch eine Reihe von sich ergebenden Personenkontakten das Ankommen im äußersten Nordosten des Reiches erleichtert. Sein späterer Schüler Arno Borst schrieb: „Er kam in eine Landschaft, die den Freund weiter Wasserflächen und ausdauernden Schwimmer seit früher Jugend angezogen hatte, und in eine Universität, die in diesen Jahren zahlreiche junge Gelehrte versammelte. Mit dem Germanisten Hermann Gumbel und den Historikern Alfred Heuß, Kurt von Raumer und Theodor Schieder verband ihn bald herzliche Freundschaft. Die Königsberger Gelehrte Gesellschaft nahm ihn bald als Mitglied auf; in der Kant-Gesellschaft fand er eine über den akademischen Kreis hinausgehende intensive geistige Geselligkeit [...]“.

Zwischen Lehrstuhl und Wehrmacht

Die Begegnung mit Königsberg und Ostpreußen inspirierten Grundmann zu Studien zur Orts- und Landesgeschichte, zur Ostpolitik des Mittelalters, zum Geschichtsverständnis Kants oder zur Literatur des Deutschen Ordens. Wegen seines Alters und seiner Sehschwäche hatte der Mediävistik-Ordinarius, der privat in der Probstheidastraße 8 wohnte, nach Kriegsbeginn zunächst keinen Militärdienst zu leisten gehabt. Dies änderte sich jedoch im Jahr 1941. Ab da war seine universitäre und wissenschaftliche Tätigkeit verschränkt mit Diensten und Schulungsreisen für die Wehrmacht.

1941 wurde er zur Königsberger Flak eingezogen, im Spätsommer 1942 zum Landeschützen-Ersatzbataillon 1 in Preußisch Holland/Opr. 1943 verrichtete er Schreibstubiendienst bei der Division 401 in Königsberg, an der Albertina hielt er nur noch ein Seminar ab. Seinem Wehrmachtsdienst ging Grundmann nicht ohne innere Bereitschaft nach. Bis in das Jahr 1944 hinein war er der Auffassung, dass Deutschland den Krieg gewinnen müsse, und offen dafür, im Wehrmachtskontext dazu einen Beitrag zu leisten.

Der am 22. Juni 1941 begonnene Krieg gegen die Sowjetunion hatte ein Kerngebiet seiner Forschung, die mittelalterliche deutsche Ostexpansion, zu neuer Aktualität gebracht. Ergebnisse der „Ostforschung“ vor der Folie des gegenwärtigen „Ostfeldzuges“, „einzuordnen“, war Sinn und Zweck seiner Schulungsvorträge, die er vor Wehrmacht-Publikum im nordöstlichen Reichs- und Kriegsgebiet hielt. Manche der auf solidem fachlichen Wissen basierenden Publikationen und Vorträge Grundmanns aus diesen Jahren waren nicht frei von Adaptionen an die NS-Terminologie (wenn er zum Beispiel die „Rasse“ als geschichtliche Kategorie betonte), obschon er bis zu der seit 1998 in der Fachwissenschaft breiter ausgetragenen Debatte um die NS-Vergangenheit führender

bundesdeutscher Geschichts-Lehrstuhlinhaber als „unbelastet“ galt.

Zur Innensicht Grundmanns auf seine Zeit in Königsberg steht wichtiges Quellenmaterial erst seit dem Ablauf von Privatkorrespondenz-Sperrfristen zur Verfügung. Hier ist insbesondere auf den umfangreichen Briefwechsel mit seinem Kollegen Hermann Heimpel zu verweisen, der sich in den Universitätsarchiven von Leipzig und Göttingen befindet. Insgesamt exponierte sich Grundmann weniger als andere in der „Ostforschung“ tätige Kollegen im Sinne des Nationalsozialismus. 1943 widerstand er einer Avance, der SS beizutreten. Im Sande verliefen auch Anfang 1944 innerhalb der SS-Forschungseinrichtung „Ahnenerbe“ bestehende Überlegungen, ihn für eine Tätigkeit in der niederländischen – das heißt deutsch besetzten –

Dass sie „in diesem verpflichtenden, anspornenden Bewußtsein in ein neues Jahrhundert ihres Schaffens“ eintrete, verbinde sie „noch über ihre Anfänge zurück mit der Aufgabe und Leistung des Deutschen Ordensstaates, dessen letzter Hochmeister ihr Gründer wurde“.

Auf die Feierlichkeiten blickte Grundmann später nur ungerne zurück. 1968, um einen Beitrag zur 750-Jahr-Feier gebeten, äußerte er: „[...] mir ist die Erinnerung daran makaber und bedrückend, fast beschämend, da auch ich geschwiegen habe. Wie könnte ich jetzt nach Ihrem Wunsch das rühmen, was ich schon damals als unwürdig empfand.“ Von den Jubiläumsfeierlichkeiten scheint er seinem Kollegen Heimpel damals nicht berichtet zu haben. Im nächsten Brief an diesen vom 18. Juli 1944 heißt es:



Theaterplatz 3–5 in Königsberg: In dem Gebäude befanden sich auch die Räumlichkeiten der Philosophischen Fakultät der Universität, von 1939 bis 1944 der Arbeitsplatz Grundmanns
Foto: Bildarchiv Ostpreußen

Universitätsstadt Leiden zu optieren. Grundmann blieb in Königsberg.

Das Vorlesungsverzeichnis der Albertina wies für das Sommersemester 1944 vier von ihm angebotene Veranstaltungen aus. Hauptereignis seines letzten Semesters in Königsberg war die 400-Jahr-Feier der Universität im Juli 1944. Diese Feier stand unter einem zweifach ungünstigen Stern: Zum einen war die Ostfront bereits an die Grenze Ostpreußens herangerückt. Der Rektor der Albertina hatte deswegen auch für eine Absage der Feier plädiert. Vom ostpreussischen Gauleiter Erich Koch war jedoch ein ostentatives Stattfinden der Feierlichkeiten entschieden und deren Ablauf vorgegeben worden.

Grundmann hatte aus Anlass des Jubiläums eine Würdigung der Universitätsgeschichte verfasst, deren Text in der „Preussischen Zeitung“ vom 7. Juli 1944 abgedruckt wurde. Er gab darin – die Albertina eingangs als eine der 29 Universitäten vorstellend, „die heute im Großdeutschen Reich auch und gerade inmitten des härtesten Krieges als Waffenschmieden deutscher Wissenschaft forschend und lehrend wirken“ – einen Abriss der Universitätsgeschichte und ihrer herausragenden Gelehrten und stellte dabei den von 1770 bis 1797 an der Albertina lehrenden Philosophen Immanuel Kant besonders heraus. Er schloss mit dem Ausblick, die Albertina sehe sich angesichts des gegenwärtigen Krieges „als Ostuniversität wie auf Vorposten gestellt [...] gegen die Widersacher des deutschen und europäischen Geistes“.

„Hier ist eine ziemliche Unruhe ausgebrochen, weil man sich, seit die Russen näherkommen, noch östlicher vorkommt als sonst. Wer kann, bringt die Kinder weg. [...] Alles was Beine hat bis zu den betagtesten Kollegen wird aufgeboten zu Befestigungsarbeiten an der Grenze. [...] Man will mich, wie Sie vielleicht schon gehört haben, nach Münster holen [...]. Es tut mir in mancher Beziehung leid, aus Ostpreußen und Königsberg wegzugehen, da ich mich in diesem Lande sehr wohl fühlte, weniger allerdings in dieser Universität und Fakultät, das erleichtert mir den Weggang.“

Der in diesem Brief erwähnte Ruf nach Münster machte einen Umzug nach Westfalen erforderlich, der in den folgenden Tagen zunächst von Grundmanns Frau Annelies mit den drei (in Königsberg geborenen) Kindern vorgenommen wurde. Auch das Gros des Wohnungsinventars aus der Probstheidastraße gelangte so in den vorläufigen neuen Wohnort Lengerich/ Westfalen. Bald darauf, Ende August 1944, wurden bei zwei verheerenden Bombenangriffen der Royal Air Force auf Königsberg die Innenstadt und damit die meisten Gebäude der Albertina zerstört, darunter auch der Gebäudekomplex Theaterplatz 3–5 mit dem Historischen Seminar. Grundmann selbst standen vor dem Wechsel nach Münster noch nachhaltige Erfahrungen als Soldat in Ostpreußen bevor:

Im Herbst 1944 wurde er zur Kraftfahrersatz- und Ausbildungs-Abteilung 1 nach Osterode/Opr. eingezogen. Dieser Einheit hatte 1941/42 – als Fahrlehrer – bereits sein

Königsberger Universitäts-Kollege, der Verhaltensforscher Konrad Lorenz, angehört. Grundmann scheiterte bei der Osterode Einheit an der Fahrprüfung. In der Folge wurde er als Gefreiter zu einem Reserveoffiziersbewerber-Lehrgang bei der Fahrersatz- und Ausbildungs-Abteilung 1 nach Bartenstein versetzt. Dieser Lehrgang erhielt im Februar 1945 eine Abkommandierung zu den Kampfhandlungen im Kessel von Heiligenbeil. Hier erlitt Grundmann am 10. Februar 1945 eine Schussverletzung. Er schaffte es, mit der Verletzung nach Pillau auf ein Evakuierungsschiff der Kriegsmarine zu kommen. Mit diesem gelangte er nach Güstrow und geriet anschließend in britische Kriegsgefangenschaft, die bis Juli 1945 andauerte.

Unterdessen hatte Grundmanns Straßburger Kollege Heimpel im Wintersemes-

den und war anschließend in Königsberg als Professor für Bildungs- und Geistesgeschichte und stellvertretender Direktor der dortigen Staats- und Universitätsbibliothek tätig. Zum 400. Jubiläum verfasste er die offizielle „Geschichte der Albertus-Universität“. Grundmanns Kollege und Korrespondenzpartner Heimpel lehrte bis 1955 an der Göttinger Universität und baute in der Folge vor Ort das Max-Planck-Institut für Geschichte auf.

Der 1946 überwiegend von Wissenschaftlern mit Bezug zu Ostpreußen und Königsberg gegründete „Göttinger Arbeitskreis“ gab von 1951 bis 1994 das Jahrbuch der Albertus-Universität zu Königsberg/Pr. heraus. Erster Präsident des „Arbeitskreises“ war der vormalige Königsberger Universitäts-Kurator Friedrich Hoffmann. Nach dessen Tod (1951) übernahm der von 1920 bis 1928 an der Albertina tätige Völkerrechtler Herbert Kraus, der 1937 bis 1945 aus politischen Gründen in Göttingen Lehrverbot hatte, das Amt. Nicht mehr Zeuge des Neuanfangs der Königsberger Personals in der niedersächsischen Universitätsstadt wurde einer der bedeutendsten dort lehrenden Wissenschaftler, der Mathematiker David Hilbert. Er war 1895 von der Albertina auf einen Lehrstuhl nach Göttingen gewechselt, das damals zu einem Zentrum der Naturwissenschaften wurde und bis 1933 in diesem Bereich Weltgeltung erlangen sollte. Hilbert, 1862 in Königsberg geboren, verstarb 1943 in Göttingen. Einer der letzten später in Göttingen lehrenden Professoren der Albertina war der Althistoriker Alfred Heuß: Er hielt noch bis in die 1980er Jahre Vorlesungen an der Universität.

Ein Erinnerungsort anderer Art mit Bezug zur Königsberger Universität ist in Göttingen das „Collegium Albertinum“, ein 1964 fertiggestelltes Studentenwohnheim im Bonhoefferweg 2 im Stadtteil Klausberg. Teil des Baus ist ein Veranstaltungssaal, der häufig auch für Ostpreußenbezogene Vorträge und Veranstaltungen genutzt wird. Die Trägergesellschaft des „Collegiums“ vergibt seit 1966 eine Verdienstplakette, die nach Simon Dach benannt ist.

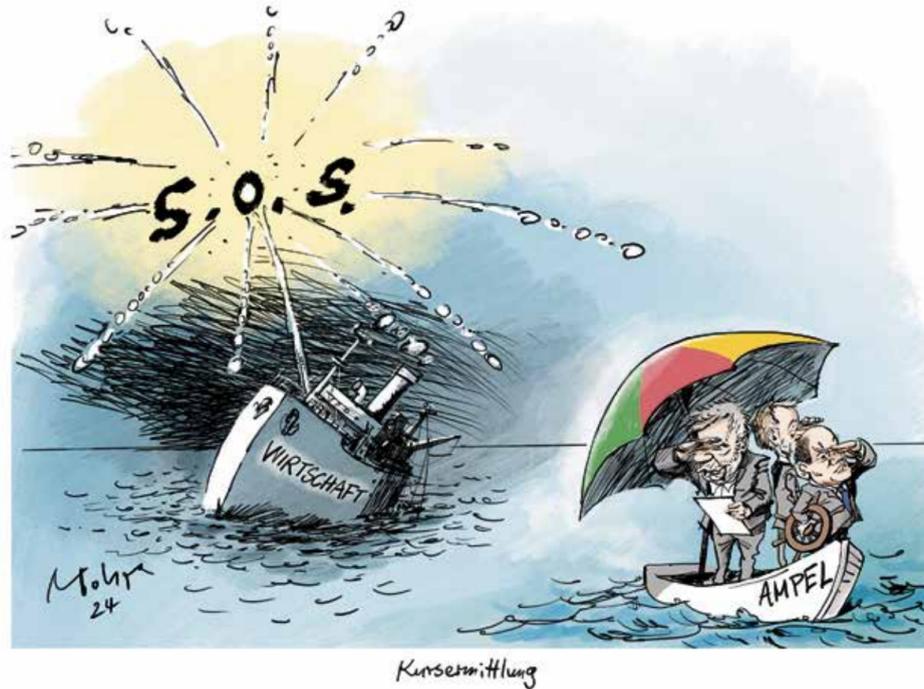
Dieser hatte ab 1639 zwei Jahrzehnte als Professor für Poesie an der Albertina gewirkt. Zu Nachruhm gelangte er vor allem als Text-Verfasser der „ostpreussischen Nationalhymne“ „Ännchen von Tharau“. Bei der Einweihung des Wohnheims hatte auch Theodor Schieder, der letzte Dekan der Philosophischen Fakultät der Albertina und Direktor des Historischen Seminars, zu den Rednern gehört. Seine Erinnerungen an die Königsberger Universität wurden 1972 vom Göttinger „Institut für den wissenschaftlichen Film“ aufgezeichnet.

Neuanfang in Münster

Grundmann trat nach der Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Sommer 1945 seine Professur in Münster an. Als einer der führenden Mittelalter-Forscher in der neuentstandenen Bundesrepublik lehrte er bis 1958 an der Wilhelms-Universität. Von 1959 bis 1970 war er Präsident der Mittelalter-Forschungseinrichtung „Monumenta Germaniae Historica“ in München. Zu seinem umfassenden weiteren Tätigkeitsfeld gehörte bis 1970 die Neuausgabe (8. und 9. Auflage) des „Handbuchs der deutschen Geschichte“ („Gebhardt“). Für den Schlussband der Propyläen-Weltgeschichte schrieb er 1965 den Essay „Über die Welt des Mittelalters“, der „gleichsam eine Summe seines gelehrten Lebensweges“ (Klaus Schreiner) darstellte. Grundmann verstarb am 20. März 1970 im Alter von 68 Jahren in München. Die Trauerrede auf dem Münchener Ostfriedhof hielt sein Kollege Hermann Heimpel.

● AUFGESCHNAPPT

Laut einer Anfang Februar veröffentlichten Studie ist das Vertrauen der Deutschen in die öffentlich-rechtlichen Medien (ÖRR) auf ein Allzeit-Tief gesunken. Wie der Kommunikationsforscher Marcus Maurer von der Uni Mainz ermittelt hat, vertrauen nur noch 62 Prozent den staatlichen Medien, so wenige wie nie. Der Vertrauensverlust hat handfeste Gründe. Laut Medienstaatsvertrag sind die ÖRR einem strikten „Binnenpluralismus“ verpflichtet, sprich: Die verschiedenen Parteien sollten ihrem tatsächlichen Gewicht im Land entsprechend in den Sendern berücksichtigt werden. Wie Maurer erforscht hat, bekommen die SPD und vor allem die Grünen weit mehr Aufmerksamkeit, als es ihren Wahlergebnissen entspräche, bei Union, AfD und Linkspartei ist es entgegengesetzt, bei der FDP etwa ausgewogen. Auch würden die Ampelparteien weit weniger negativ dargestellt als Union, AfD und Linke. Die Bürger scheinen die schiefe Ebene zu spüren – und entziehen den ÖRR entsprechend immer mehr ihr Vertrauen. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

Philippe Fischer meint bei „Nius.de“ (15. Februar) zum Verfassungsschutz:

„Thomas Haldenwang mutiert, angetrieben durch die politische Motivation seiner Ministerin Nancy Faeser, zum Angstmacher. Niemand soll von der politisch gewünschten Meinung abweichen oder auch nur daran denken, sich regierungskritisch zu äußern ... Was Haldenwang in Worten ankündigt und im Falle von Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen bereits in Taten hat folgen lassen, zerstört das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit des Verfassungsschutzes.“

Dieter Rucht weist in der „Frankfurter Allgemeinen“ (16. Februar) auf einen Widerspruch der Anti-Rechts-Demos hin:

„Meine Frau und ich waren auf einer Berliner Veranstaltung. Aber wir sind bald wieder gegangen, weil wir über Lautsprecher dazu aufgefordert wurden, ‚Ganz Berlin hasst die AfD‘ zu skandieren ... Das ist ja auch widersprüchlich – viele hatten Schilder dabei, auf denen stand ‚Gegen Hass und Hetze‘. Dann kann man doch so etwas nicht skandieren.“

Ulf Poschardt ärgert sich in der „Welt“ (15. Februar) über die weltfremden „Experten“, die den Deutschen Sand in die Augen streuen über den Ernst der Lage:

„In jeder Talkshow sitzen Ökonomen darsteller und sagen der Wirtschaft, was sie alles nicht machen dürfe. Beim ständigen Moralisieren merkt Deutschland gar nicht mehr, wie jeden Tag der Abstieg schneller voranschreitet: wirtschaftlich, politisch, sportlich. Dabei sind die Zeichen überall zu sehen.“

In eine ähnliche Richtung strebt auch Jan Fleischhauer im „Focus“ (16. Februar):

„Die Politik der Ampel trug von Anfang an Züge der Traumtänzeri. Mit der Energiepolitik nimmt sie die Abbiegung in Richtung des Hasardeurtums. Nur jemand, der sein ganzes Studium mit Gender Studies oder Postcolonial Studies zugebracht hat, kann annehmen, dass es keinen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie hat, wenn der Energiepreis in den USA bei einem Drittel von dem liegt, wo er bei uns liegt.“

Pierre Wunsch, Präsident der Belgischen Nationalbank, fand im EU-Parlament klare Worte zur grünen Transformation, die „breitbart.com“ (15. Februar) zitiert hat:

„Verleiten Sie die Menschen nicht zu der Annahme, dass die Ökologisierung positive Chancen mit sich bringt, die das BIP steigern und Millionen gut bezahlter Arbeitsplätze schaffen könnten.“

● WORT DER WOCHE

„Wer sich von seinen eigenen Wurzeln und seinem Glauben entfernt, um Angst, Unmut und Zwietracht in der Bevölkerung zu säen und letztendlich Parteipolitik zu machen, der hat das Recht verwirkt, sich ‚Haus Gottes‘ zu nennen.“

Henry Albrecht am 17. Februar auf „Apollo-News“ zur Krise der Kirche

DER WOCHENRÜCKBLICK

Könnte schnell gehen

Wo es nach Flucht aus der Ampel riecht, und warum Olaf Scholz trotzdem so ungerührt bleibt

VON HANS HECKEL

Schmerzhafter kann man dem eigenen Koalitionspartner kaum eins überziehen. FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai spricht öffentlich aus, dass ihm eine schwarz-gelbe Koalition eigentlich lieber wäre als die Ampel. Da wundert es dann nicht mehr, dass der „Focus“ titelt: „Ampel steht vor dem Knockout.“

Normalerweise läuft das ja so: Wenn ein Parteivertreter im Wahlkampf gefragt wird, welche Koalition er nach dem Urnengang denn anstrebe, weicht der geschmeidig aus und stantzt Sätze heraus wie: „Wir wollen mit unseren eigenen Inhalten überzeugen. Über mögliche Koalitionen reden wir nach der Wahl.“ Selbst am Wahlabend, wenn die Ergebnisse schon vorliegen, schwimmeln die Politiker noch herum, sie wollten sich erst „in den Gremien beraten“ und später dann „mit allen demokratischen ...“ Das ist die Stelle, an der Sie immer wegzappen, um sich lieber die neueste Hochrechnung beim Konkurrenzsender anzusehen, statt sich das Geschwafel anzutun.

Und nun haut der Generalsekretär schon kurz nach der Halbzeit einer laufenden Legislaturperiode ein solches Ding raus, alle Achtung! Da ist was im Busch, zumal so ein „General“ immer die rechte Hand des Parteichefs ist, die Sache also mit Lindner abgesprochen sein wird, der sich ja auch schon recht deutlich geäußert hat (die PAZ berichtete).

Ja, die Todesangst kann einem ganz schön Beine machen, und auf einmal traut man sich Sachen, die man eben noch nicht gewagt hätte. Der FDP steht das Wasser der miesen Umfragen bis zum Hals, es geht um alles. Die Suche nach einem Ausweg aus dem Debakelklub namens Ampel hat begonnen.

Den Grünen geht es da noch am besten. So richtig Freude haben sie zwar auch nicht daran, dass ihre Umfragewerte vergleichsweise passabel aussehen. Aber auf jeden Fall würden sie gerne weiterregieren, denn sie sind lange nicht am Ziel – Teile von Deutschland stehen schließlich noch. Indessen macht es sie beinahe fassungslos, dass immer mehr Deutsche mit der Zerlegung ihres Landes unzufrieden sind und das sogar mit rabiaten Methoden zum Ausdruck bringen.

Groß war das Entsetzen, weil aufgebrachte Bürger den politischen Aschermittwoch der Grünen im schwäbischen Biberach mittels Blockade und teils Randalen unmöglich

gemacht haben. Die Empörung war parteiübergreifend, aber bei den Grünen begrifflicherweise besonders heftig: „Was hier passiert, ist ein organisierter Angriff auf die Meinungsfreiheit und auf das Recht, auf Veranstaltungen am Ende des Karnevals zu spotten und zuzuspitzen. Hier sind alle Parteien gefordert, diesen putschistischen Umtrieben einen Riegel vorzuschieben“, schimpft Jürgen Trittin, Grünen-Veteran mit kommunistischen Wurzeln. Schon wieder die „Putschisten“.

Grüne hätten so etwas nie gemacht, insistiert der frühere Umweltminister. Wirklich nicht? Ist da nie irgendwas blockiert worden? Und ist es bei grünen Protestaktionen nicht auch hin und wieder ein bisschen robust zugegangen? Lassen wir das Olaf Scholz beantworten, damit sichergestellt wird, dass sich niemand daran erinnern kann.

Merkwürdig: An eine solch breite Empörung wie nach der grünen „Biberaschung“ (Don Alphonso in der „Welt“) können wir uns als Reaktion auf Blockaden und Gewalt gegen AfD-Veranstaltungen kaum erinnern – und wir sind ja nicht Scholz. Möglicherweise ist das die andere Seite von „Gleiches Recht für alle“: Auch die Ungerechtigkeiten, denen eine Zeit lang nur der politische Gegner ausgesetzt war, treffen einen irgendwann selbst, wenn man sich nicht rechtzeitig genug vor den Gegner und dessen Rechte gestellt hat.

Von der eigenen Genialität besoffen

Auch die neuen Instrumente, mit denen Innenministerin Faeser und ihr Geheimdienstchef Haldenwang künftig Meinungsäußerungen ausdrücklich „unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“ ins Visier nehmen wollen, könnten eines Tages gegen Kreise zum Einsatz kommen, die bislang vollkommen sicher sind, auf der Verfolgenseite zu stehen. Immerhin gibt es ja noch die Demokratie mit ihren freien Wahlen, die alles ändern können.

Damit das Wahldesaster ausbleibt, muss man sich gründlich vorbereiten. In Sachsen, Thüringen und Brandenburg droht bekanntlich Schreckliches im September. Aber keine Sorge: Die Abwehr steht bereit. Die Bertelsmann-Stiftung und die Amadeu-Antonio-Stiftung haben die Initiative „faktenstark“ gegründet, um die Seelen der mitteldeutschen Wähler noch rechtzeitig vor dem Urnengang wunschgemäß durchzukneten.

In der Vorstellung der Initiative heißt es, man wolle Veranstaltungen durchführen, „bei denen wir Expert*innen, Praktiker*in-

nen, Entscheidungsträger*innen und Bürger*innen zusammenbringen, um über den Umgang mit Desinformationen zu diskutieren und zum gemeinsamen Handeln anzuregen.“ Das wird einschlagen!

Nur nebenbei: In einer breit angelegten Umfrage, bei der das Institut Civey mehr als 5000 Deutsche von September bis Dezember 2023 fragte, was sie vom Gendern (also dem Wortgebrauch wie „Expert*innen“) halten, antworteten 80 Prozent, sie lehnten das ab – 70 Prozent sogar ganz entschieden. Nur 13 Prozent wollten sich für die Genderei erwärmen. Im Osten der Republik ist die Ablehnung des Genderns laut Civey-Studie noch ausgeprägter als im Westen.

Das also ist die Ausgangslage, auf der die Leute von „faktenstark“ mit Menschen ins Gespräch kommen wollen, die sie gleich beim ersten Kontakt als „Bürger:innen“ begrüßen und so fast alle in die Flucht schlagen. Die Wahlkämpfer der AfD werden sich kringeln vor Lachen, wie die Kampagne ihrer schärfsten Widersacher schon im Ansatz an deren eigener Borniertheit erstickt.

Vielleicht wählen wir in diesem Jahr ja ebenfalls einen neuen Bundestag, wenn die Ampel tatsächlich bald ihren „Knockout“ erlebt. Am meisten überrascht wäre von dem vorzeitigen Ende der Koalition wohl Olaf Scholz. Unbeeindruckt von dem zunehmenden Gerangel ist der Kanzler von seiner eigenen Großartigkeit ungebrochen überzeugt und glaubt womöglich sogar, nach der nächsten Wahl wieder Kanzler zu werden.

Wie er darauf kommt? Es liegt an einer bemerkenswerten Wahrnehmungsstörung. Dass er wider Erwarten überhaupt Kanzler wurde, liegt in den Augen von Scholz nicht etwa daran, dass sich seine aussichtsreichsten Mitbewerber selbst erledigt haben, entweder ganz (Baerbock) oder teilweise (Laschet, hier hat ja auch Söder kräftig mitgesägt). Sein Sieg von 2021 ist in den Augen von Olaf Scholz ganz allein der strategischen Genialität von Olaf Scholz zu verdanken.

Daran müssen wir uns erinnern, wenn wir mal wieder ratlos vor dem bräsigem Grinsen und der atemberaubenden Dickfelligkeit stehen, mit denen der Kanzler dem Absturz des Landes und dem Zerfasern seiner eigenen Regierungskoalition zusieht. So einer bemerkt den eigenen Schiffbruch erst, wenn er komplett in den Klippen hängt. Der Moment könnte näher sein, als wir ihn zur jetzigen Stunde erwarten.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de